

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Bevor ich unseren Referenten, Herrn Bauer und Herrn Sohn, das Feld überlasse, möchte ich einige persönliche provozierende Fragen und Überlegungen zum Thema äußern.

Zunächst die Frage: Was ist der gemeinsame Nenner für die Staaten, die wir unter dem Begriff "Dritte Welt" zusammenfassen? Eine einfache, auf den ersten Blick einleuchtende Antwort liegt nahe. Man könnte sagen, zur Dritten Welt zählen die Staaten, die noch keine Industriestaaten unseres Typus sind. Damit wäre aber zugleich gesagt, daß die heutigen Staaten der Dritten Welt Industriestaaten in unserem Sinne werden wollen oder sollen.

Es ist selbstverständlich, daß so unterschiedliche Länder wie China oder Uganda, Chile oder Afghanistan dieses Ziel nicht in der gleichen Zeit, mit den gleichen Methoden und mit derselben Erfolgsgewißheit verwirklichen können. Man darf jedoch unterstellen, daß sie alle eine synchrone, das heißt gleichlaufende Entwicklung anstreben, zumal sich auch die Vereinten Nationen als eine Institution synchronisierter Weltpolitik verstehen, weil sie die Gleichzeitigkeit als die wichtigste Voraussetzung der Gleichberechtigung aller Staaten zur Basis ihrer Meinungsbildung machen.

Wenn das Ziel unserer Entwicklungshilfe darin besteht, Hunger, Krankheit und Not von den weniger entwickelten Völkern abzuwenden, so stellt sich die Frage nach dem Weg, auf dem am Ende dieses Ziel zu erreichen ist. Besteht die einzige Alternative wirklich darin, überall in der Welt die Entwicklung zur Industriegesellschaft unseres Stiles voranzutreiben?

Auf diese Frage gibt es offenbar keine klare Antwort. Somit stehen wir hilflos vor der bedrohlichen Tatsache, daß unsere Entwicklungshilfe für die sogenannte Dritte Welt einen unerhörten Kulturkonflikt heraufbeschwört. Wir müssen uns demzufolge eingestehen, daß Entwicklungspolitik trotz aller Konferenzen, multilateralen Organisationen und wechselnden Methoden im Kern irrational ist.

Das ist sicher sehr pointiert gesagt. Aber steckt nicht hinter dem Ethos und Elan der Entwicklungspolitik, insbesondere bei unseren Kirchen, eine Art sublimer Egozentrik? Ich meine die Suche nach der eigenen Identität, die im bloß ökonomisch-technischen Existenzvollzug der Industrienationen so schwer zu finden ist. Wenn das der Fall sein sollte, dann hätten unsere jugendlichen Revoluzzer vielleicht doch die richtige Nase für unsere Schwäche gehabt, als sie ihre Vorbilder im südamerikanischen Urwald, in China oder sonstwo, jedenfalls nicht im eigenen Volk und in unserer eigenen Geschichte gesucht haben.

Daran schließt sich eine weitere Frage. Auch sie betrifft nicht nur die Entwicklungsländer, sondern ebenso uns selbst. Es handelt sich um die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die nicht nur in bilateralen Beziehungen bestehen kann, sondern notwendig den Aufbau der Weltwirtschaft zum Inhalt haben muß. Dabei haben die europäischen Länder bei der Liberalisierung des Welthandels Bedeutendes geleistet. Die Beziehungen zwischen den Industriestaaten haben sich am stärksten verdichtet, die Handelsströme haben ihr Bett hier wesentlich breiter gegraben als im Austausch zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern.

Aber in der Weltwirtschaft scheinen sich Änderungen zu vollziehen, die uns vor ganz neue Probleme stellen. Ich meine erstens den Zerfall der Weltwährungsordnung und im Zusammenhang damit den seit Jahren zunehmenden Verfall der Geldwertstabilität. Dieser Verfall weist auf wachsende Schwächen der Industriestaaten hin, auf Schwächen, die darin deutlich werden, daß die Industrievölker sämtlich besser leben wollen, als ihre Ressourcen es ihnen erlauben.

Des weiteren beginnt sich das Wertverhältnis zwischen Industriegütern und Rohstoffen deutlich zugunsten der Rohstoffe zu verschieben. Die Erdölkrise ist nur das auffallendste Symptom dafür, aber nicht das einzige. Plötzlich sind ausgesprochene Entwicklungsländer, wie der Iran oder Saudi-Arabien, im Besitz eines ungeheuren Geldkapitals. Dieses Kapital wird und kann nicht zur Entwicklung des eigenen Landes allein eingesetzt werden. Auf der anderen Seite reicht das, was zum Beispiel in Italien durch Industrieproduktion verdient wird, vielleicht nicht einmal mehr zum Ankauf der Rohstoffe, die dafür benötigt werden.

Noch vor wenigen Jahren konnten wir im Gemeinsamen Markt die Überzeugung haben, daß der Austausch zwischen den Industrienationen die größtmögliche Effizienz wirtschaftlichen Wachstums bringt. Die englischen Hoffnungen, die bekanntlich auf den Ausbau der alten Empire-Beziehungen zwischen unterentwickelten Rohstoff- und Absatzmärkten mit dem hochentwickelten Mutterland gerichtet waren, erwiesen sich als falsch. Heute jedoch ist die Frage berechtigt, ob nicht ein Gemeinsamer Markt der europäischen Industrienationen, der selbst über keine Rohstoffbasis verfügt, ein problematisches Gebilde werden könnte.

Jedenfalls wird die neue Weltwirtschaft der Zukunft nicht so aussehen, wie wir es etwa noch vor zehn Jahren gemeint haben. Vielleicht hat sich ein Umverteilungsprozeß ergeben, der nicht mehr nur zwischen den gebenden und nehmenden Ländern im Sinne der Entwicklungspolitik stattfindet, sondern zwischen den rohstoffbesitzenden und den industriegütererzeugenden Ländern ausgetragen wird, und zwar nicht immer zum Vorteil der letzteren.

Eine rationale Ordnung dieser Situation ist noch in einiger, um nicht zu sagen, in weiter Ferne. Als Beispiel möchte ich nur den Beschluß des UNO-Wirtschafts- und Sozialrates vom 2. August 1974 in Genf erwähnen, mit dem ein Aktionsprogramm aufgestellt werden soll, nach dem die Industrienationen nicht nur drei bis vier Milliarden Dollar für einen Fonds der Entwicklungsländer zu leisten haben, sondern sich zugleich mit Nationalisierungen privaten Eigentums ohne adäquate Kompensationsregelungen einverstanden erklären sollen.

Solche Beschlüsse bleiben natürlich zunächst ohne Wirkung, denn die Entwicklungsländer können ihre Durchsetzung nicht erzwingen. Sie verdienen aber meines Erachtens deshalb Aufmerksamkeit, weil sie zeigen, daß wir noch weit davon entfernt sind, eine rationale Entwicklungspolitik partnerschaftlich zu betreiben. Müssen wir nicht angesichts des Strudels weltwirtschaftlicher Veränderungen, in den wir alle hineingerissen werden, auch die Entwicklungspolitik neu bedenken?

Eine weitere Frage ergibt sich angesichts der bunten Vielfalt der Staaten in Afrika, aber nicht nur dort.

Werden diese Staaten in den jetzigen mehr oder weniger von kolonialen Zufällen herbeigeführten Formen überleben können? Oberhaupt scheint mir in dem Widerspruch, daß Staaten, die ihr höchstes Recht, die Souveränität, in so zugespitzter Form in Anspruch nehmen, zugleich aber erklären, ohne Hilfe von außen nicht genügend entwicklungs-, das heißt lebensfähig zu sein, eine der zukünftigen, chronischen Krisenursachen der Welt zu liegen.

Einige von Ihnen werden mich vor Verallgemeinerungen, insbesondere vor Vorurteilen und Affekten, warnen. Eine solche Warnung akzeptiere ich. Aber auch diejenigen sollten sie akzeptieren, die sich als Vorkämpfer der Entwicklungspolitik bisherigen Stiles fühlen. Es sind neue Sachverhalte, die wir prüfen, eine neue Politik, die wir entwerfen müssen. Es ist Zeit umzudenken, und ich hoffe, daß dieser Gesprächskreis heute einen Beitrag dazu leisten wird.

Bauer

Ich möchte Ihnen die Gründe darlegen, die mich veranlassen, die Wirksamkeit und die Notwendigkeit der Auslandshilfe in Frage zu stellen.

Der Begriff Auslandshilfe besagt Zuschüsse auf Regierungsebene. Es handelt sich hierbei um Steuergelder. Ich werde mich also nicht mit den Aktivitäten philanthropischer Organisationen oder privater Institutionen befassen. Ich ziehe den Ausdruck Auslandshilfe dem der Entwicklungshilfe vor, weil damit das Ergebnis der Hilfe nicht vorweggenommen wird.

Unkritische Einstellung zur Auslandshilfe

Die Auslandshilfe wird in der allgemeinen Diskussion in Westeuropa nie in Frage gestellt. Sie ist damit, zumindest in England, praktisch die einzige öffentliche Ausgabe, deren Notwendigkeit nicht bezweifelt wird. In England kann man zum Beispiel die Ausgaben für die Verteidigung, für die Universitäten und sogar für das Königshaus anzweifeln, aber nicht die für die Auslandshilfe. Sie wird als über der Politik stehend angesehen. Sie wird im Unterhaus immer einstimmig gebilligt, und Mitglieder des Königshauses dürfen sie öffentlich befürworten, was in England nur dann der Fall ist, wenn ein Thema als überpolitisch angesehen wird.

Da die Entwicklungshilfe im allgemeinen für selbstverständlich gilt, halten es ihre Befürworter in der Regel nicht für erforderlich, Argumente vorzubringen. Werden dennoch Argumente angeführt, so ist der wichtigste Hinweis, daß die Hilfe für die Entwicklung der armen Länder unentbehrlich sei. Hieran kann offensichtlich etwas nicht stimmen; denn sämtliche entwickelten Länder begannen arm und haben sich ohne Auslandshilfe entwickelt. Da die Welt ein geschlossenes System in dem Sinne ist, daß sie von außen keinerlei Mittel empfangen hat, widerspricht die Ansicht, Hilfe sei für den Fortschritt unentbehrlich, dem Phänomen der Entwicklung an sich.

Einige Befürworter der Auslandshilfe geben zu verstehen, daß Gott die Welt in zwei Teilen geschaffen habe. Der eine Teil wurde von ihm entwickelt, das heißt mit einer mehr oder weniger fertigen Infrastruktur hervorgebracht. Dagegen hat er irgendwie vergessen, den zweiten Teil, also die armen Länder, in entsprechender Weise zu bedenken. So haben sich die Dinge jedoch nicht zugetragen.

Herablassende Haltung gegenüber der Dritten Welt

Die Behauptung, die Bevölkerung der armen Länder wünsche verzweifelt den wirtschaftlichen Fortschritt, könne ihn aber ohne Hilfsmittel von unserer Seite nicht erreichen, finde ich unerträglich herablassend. Übrigens ist die ganze Einstellung auf diesem Diskussionsfeld von Herablassung geprägt. So wird zum Beispiel behauptet, daß der Westen für die Rückständigkeit der armen Länder verantwortlich sei, da er sie irgendwie verursacht habe. Das ist völlig falsch. Die ärmsten und rückständigsten Völkergruppen und Gebiete sind diejenigen, welche die geringsten Wirtschaftsbeziehungen zum Westen haben, während die fortgeschrittensten Länder diejenigen sind, mit denen der Westen die intensivsten Wirtschaftsbeziehungen aufgebaut hat.

Dann wird behauptet, unsere Almosen seien für den wirtschaftlichen Fortschritt dieser Länder unentbehrlich. Was immer in diesen Ländern geschieht, soll von uns abhängen oder durch uns bedingt sein. Das empfinde ich als sehr herablassend. Schon der Begriff "Dritte Welt" hat einen Hauch von Herablassung an sich. Er impliziert, daß zwei Milliarden Menschen gleichsam als eine undifferenzierte Masse zu betrachten sind. Es ist bemerkenswert, daß man kaum je von der Ersten oder der Zweiten Welt spricht.

Wenn die Empfänger der Auslandshilfe als Partner in der Zusammenarbeit oder als Partner des Fortschritts bezeichnet werden, ist das ebenfalls eine Art von Herablassung. Sie sind Empfänger von Hilfsmitteln, von Almosen oder von Erpressungsgeldern. Sie als Partner im Fortschritt oder in der Zusammenarbeit zu bezeichnen, bedeutet, daß man sie als Kinder behandelt, denen man die Wahrheit vorenthalten muß. Diese ganze Herablassung ist Ausdruck eines Überlegenheitsgefühls und verstärkt es zugleich. Das ist auch dann noch der Fall, wenn wir Schuldgefühle hegen und äußern.

Wirtschaftlicher Fortschritt ohne Auslandshilfe

Eine solche Herablassung gegenüber den Bevölkerungen von Asien, Afrika und Lateinamerika ist abstoßend. Sie ist auch unbegründet, selbst in wirtschaftlicher Hinsicht. Viele arme Länder haben in den letzten hundert Jahren beträchtliche wirtschaftliche Fortschritte verbucht. Augenfällige Beispiele sind Japan, Hongkong, Thailand, Malaysia, große Teile Ost- und Westafrikas sowie Mexiko und andere lateinamerikanische Länder. Diese Fortschritte haben ohne Auslandshilfe stattgefunden.

Ich sagte bereits, daß die jetzt hochentwickelten Länder sich ebenfalls ohne Auslandshilfe entwickelt haben. Folglich ist sie für die Entwicklung nicht unentbehrlich. Sie ist aber auch nicht ausreichend. Die Navajo-Indianer zum Beispiel, die ein Volk auf eigenem Gebiet mit eigener Regierung und Verwaltung bilden, sind trotz jahrzehntelanger sehr großer amerikanischer Hilfe noch immer beklagenswert arm.

Die Entwicklung hängt von den Fähigkeiten und Motivationen der Menschen sowie von den sozialen und politischen Einrichtungen der Länder ab. Dies sind die grundlegenden Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Fortschritt. In dem Argument, die Auslandshilfe sei für die Entwicklung unentbehrlich, steckt ein Dilemma, dem man nicht entrinnen kann. Wenn die genannten Voraussetzungen vorhanden sind, dann wird das für die Entwicklung notwendige Kapital entweder im Lande selbst gebildet, oder es kommt über den Handel der Regierung oder der Wirtschaft zu. Sind hingegen die übrigen Voraussetzungen nicht vorhanden, bleibt die Auslandshilfe unwirksam. Die Entwicklung hängt von menschlichen Fähigkeiten, Motivationen und Einrichtungen ab und nicht von Zuschüssen oder Almosen. Eine Gesellschaft, die sich nicht ohne Auslandshilfe entwickeln kann, wird sich auch nicht mit ihr entwickeln.

Ungünstige Nebenwirkungen der Auslandshilfe

Unabhängig von dem bisher Gesagten bleibt die Frage offen, ob die Auslandshilfe den Fortschritt fördert oder hemmt. Diese Frage stellen die Befürworter der Auslandshilfe gar nicht erst. Sie nehmen an, daß die Auslandshilfe, die einen Zufluß von Mitteln darstellt, die Entwicklung nur fördern und nicht hemmen kann. Das ist aber nicht so. Die Auslandshilfe fällt nicht wie Manna einfach vom Himmel, ohne irgendwelche Nebenwirkungen auszulösen. Sie hat viele Nebenwirkungen, und die meisten sind für den Fortschritt ungünstig.

Hierzu möchte ich einige Beispiele anführen. Erstens: Die Auslandshilfe verstärkt die unheilvolle Tendenz, das Wirtschaftsleben der Empfangsländer zu verpolitizieren, das heißt zu einer Angelegenheit der Politik zu machen. Die Zahlungen vermehren die Macht und die Mittel der Empfangsregierungen im Vergleich zur Privatwirtschaft. Dieses Ergebnis wird noch dadurch verstärkt, daß bei der Verteilung der Auslandshilfe diejenigen Regierungen bevorzugt werden, die versuchen, staatlich kontrollierte Wirtschaftssysteme einzurichten. Die Tendenz zur Verpolitizierung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in den Empfangsländern ist auch ohne Auslandshilfe festzustellen, sie wird aber durch diese erheblich verstärkt.

Die Politisierung des Lebens hat viele Folgen, die für die wirtschaftliche Entwicklung ungünstig sind. Beispielsweise lenkt sie die Energie und den Ehrgeiz weg vom Wirtschaftsleben hin zur politischen Arena. Zudem provoziert und verschärft sie soziale und politische Spannungen, weil die Frage, wer die Regierungsgewalt besitzt, eine überragende Bedeutung erlangt und damit oft zu einer Angelegenheit von Leben und Tod wird. Dies beweist die neuere Geschichte Indonesiens, Ostafrikas und Nigerias. Es ist aber überall in den Entwicklungsländern zu bemerken.

Zweitens: Die Auslandshilfe unterstützt vielfach Regierungen, die eine Politik treiben, die die Entwicklung nur verzögert. Zum Beispiel beschränken viele Empfängerregierungen die Wirtschaftsaktivitäten der wirtschaftlich leistungsfähigen Minderheiten, wie der Chinesen in Indonesien, der Asiaten in Ost- und Zentralafrika, der Inder in Birma und Sri Lanka und der Europäer überall. Diesen Beschränkungen folgen häufig noch weit ärgere Mißhandlungen dieser Minderheiten, wie Enteignung, Vertreibung oder Vernichtung von Tausenden und Abertausenden von Menschen. Die Vertreibung oder Vernichtung solcher Minderheiten senkt das Pro-Kopf-Einkommen in diesen Ländern und erweitert dadurch die Einkommensunterschiede zwischen jenen Ländern und dem Westen. Die Auslandshilfe unterstützt diese Regierungen und erleichtert ihnen eine solche Politik auch dadurch, daß die unheilvollen Folgen für die eigene Wirtschaft nicht so bald offenbar werden.

Drittens: Die Auslandshilfe unterstützt häufig unökonomische Projekte, welche Jahr für Jahr zu großen Verlusten führen. In vielen Fällen werden die einheimischen Ressourcen mehr belastet, als an Werten geschaffen wird. Aus politischen Gründen müssen solche Unternehmen weiter fortgeführt werden, obwohl schon jahrelang klar ist, daß sie für die einheimische Wirtschaft schädlich sind.

Viertens: Die Hilfe unterstützt die paradoxe Politik vieler Regierungen der Empfangsländer, die den Zufluß und die Verwendung von Privatkapital einschränken, ob es sich dabei um ausländisches oder inländisches Privatkapital handelt. Es gibt heute wohl keine Regierung in den Empfängerländern, die den Zufluß von Privatkapital nicht auf irgendeine Weise beschränkt. Die indische Regierung beispielsweise, die seit vielen Jahren Hilfeleistungen empfängt, baute teure Ölraffinerien auf, obwohl die ausländischen Gesellschaften über freie Kapazitäten verfügten, die sie aber nicht ausnutzen durften.

Fünftens: Die Auslandshilfe fördert die Übernahme ungeeigneter ausländischer Modelle. Der Aufbau unwirtschaftlicher Schwerindustrien und nationaler Fluggesellschaften sind allgemein bekannt. Viel bedeutsamer ist die Errichtung zahlreicher Universitäten westlicher Prägung, deren Absolventen keine Beschäftigung finden, und die Gründung von Gewerkschaften nach westlichem Muster, die nur als Sprungbrett für die Karriere von Politikern dienen.

Die Auslandshilfe verdunkelt nur die Tatsache, daß Fortschritt nicht ohne Eigenleistungen möglich ist und daß die Menschen in den fortgeschrittenen Ländern die erforderlichen Bedingungen selbst schaffen mußten. Sie verstärkt die weitverbreitete Ansicht, daß Fortschritt für den einzelnen oder für seine Familie durch Hilfe von außen ermöglicht wird.

All dies soll nicht heißen, daß die Auslandshilfe niemals die Entwicklung fördern könnte, aber ob sie diesen Zweck erreicht oder nicht, hängt von den jeweiligen Umständen ab. Weil aber die ungünstigen Rückwirkungen der Hilfe die grundlegenden Faktoren beeinträchtigen, ist es zumindest ebenso wahrscheinlich, daß der Fortschritt verhindert, als daß er gefördert wird. Das trifft auch dann zu, wenn die Auslandshilfe die wirtschaftliche Lage vorübergehend erleichtert.

So erklärt sich die ungünstige, sogar unheilvolle Situation, in der sich viele Empfangsländer nach 15 oder 20 Jahren Auslandshilfe befinden. Das erklärt aber auch Vorschläge, wie sie kürzlich in England gemacht wurden, die Auslandshilfe bis wenigstens ins 22. Jahrhundert fortzusetzen.

Bekämpfung der Armut als moralische Verpflichtung?

Bisher habe ich mich mit der Entwicklungshilfe als Instrument zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts befaßt. Ich komme jetzt zum zweiten Hauptargument der Befürworter der Auslandshilfe. Es heißt, sie diene der Bekämpfung der Armut und der damit verbundenen moralischen Pflicht, den ärmeren Mitmenschen zu helfen. Auch dieses hauptsächlich durch die Kirchen verbreitete Argument ist nicht überzeugend. Hierfür einige Gründe:

Die Auslandshilfe unterscheidet sich grundsätzlich von den karitativen Tätigkeiten philanthropischer Organisationen, die aus freiwilligen Beiträgen finanziert werden. Auslandshilfe ist Steuergeld, das zwangsweise erhoben wird. Obwohl ich persönlich, wie deutlich geworden sein dürfte, gegen die Auslandshilfe bin, muß ich dazu beitragen, ob ich will oder nicht. Bin ich dadurch moralisch? Wenn ich meine Einkommensteuer nicht zahle, werde ich eingesperrt. Immer, wenn ich ein Glas Wein trinke oder mir etwas kaufe, zahle ich indirekte Steuern, und ein Teil davon geht in die Auslandshilfe. Mein Beitrag ist also nicht freiwillig und hat nichts mit Moral zu tun.

Die Steuerzahler haben keine Alternative; oft wissen sie nicht einmal, daß sie zur Auslandshilfe beitragen. Ich bin davon überzeugt, daß die große Mehrheit der englischen Steuerzahler keine Ahnung hat, daß wir zur Zeit in außerordentlichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten stehen, aus denen wir nur herauskommen, wenn es gelingt, die Bundesrepublik und die Amerikaner genügend zu erpressen, während wir immer noch ungefähr 300 oder 400 Millionen Pfund im Jahr für Auslandshilfe ausgeben. Ich bin sicher, es wäre eine große Überraschung für die britischen Steuerzahler, wenn sie das wüßten.

Die Befürworter der Hilfe geben also nicht ihre eigenen Mittel, sie wollen Steuern von anderen. Diejenigen, die es als eine moralische Pflicht empfinden, den Regierungen der Entwicklungsländer zu helfen, könnten leicht einen Scheck von ihrem Bankkonto schicken. Und wenn man die Moralität der Auslandshilfe ins Feld führt, sollte man nicht darüber hinwegsehen, daß viele der Empfangsregierungen eine Politik treiben, die gegen die elementarsten moralischen Prinzipien verstößt. Die Massenenteignungen, Massenvertreibungen und Massenmorde von Minoritäten sind deutlich sichtbare Beispiele.

Sohn

Zunächst will ich auf einige neuere Entwicklungen innerhalb der Weltwirtschaft hinweisen, um daraus gewisse Konsequenzen für die Position der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu ziehen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit - wie ja auch die Bezeichnung des entsprechenden Bundesministeriums lautet - umfaßt mehr als das, was Herr Bauer Auslandshilfe nennt.

In den letzten Jahren ist, wie Sie wissen, der deutsche Export immer mehr zur Stütze der konjunkturellen Entwicklung geworden. Von dem Handelsbilanzüberschuß des Jahres 1973 in Höhe von 33 Milliarden DM entfallen allein 28 Milliarden auf den Außenhandel mit Industrieländern, davon wiederum fast 10 Milliarden auf die Mitgliedsländer der EG. Das bedeutet, daß die künftige

Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik, soweit sie vom Außenhandel getragen wird, von der Stabilität unserer Exportmärkte, insbesondere der industriellen Märkte, abhängen dürfte.

Wirkungen der Ölpreiserhöhung

Die Politik der Verteuerung der Rohölpreise durch die OPEC-Staaten trifft neben den Entwicklungsländern vor allem die industriellen Hauptimporteure. Dies sind einmal die Mitgliedsländer der EG sowie Japan und mit großem Abstand die USA. Letztere wären ja durchaus in der Lage, energiepolitisch völlig autark zu sein, wenn sie sich nur ein wenig einschränken würden. Dagegen sind Japan und die Mitgliedsländer der EG auch künftig in wachsendem Umfange auf Energieimporte angewiesen und müssen dafür zusätzliche Devisen aufbringen.

Nach der Statistik des internationalen Währungsfonds lagen die Währungsreserven der OPEC-Staaten im September 1974 bei 74,7 Milliarden US-Dollar. Sie haben sich seit der Vervierfachung der Ölpreise um rund 22 Milliarden US-Dollar, das heißt um über 180 Prozent erhöht. Die Ölländer weisen in ihrer Leistungsbilanz ein Plus von rund 60 Milliarden US-Dollar auf, während die Entwicklungsländer ein Minus von 13 Milliarden und die Industrieländer ein Minus von 22 Milliarden US-Dollar zu verzeichnen haben. In dem Umfange also, in dem dieser Transfer an Devisen erfolgt, verlieren die Industrieländer ihre Reserven beziehungsweise verschulden sich gegenüber Dritten.

Für die Bundesrepublik als einem der Hauptabnehmerländer bedeutet dies, daß für die deutschen Exportwaren schon bald Schwierigkeiten auftreten dürften, die traditionellen Exportmärkte zu halten. Die Industrieländer des Westens, in die rund 70 Prozent, also der größte Teil unserer Exporte, gehen, müssen sich entweder neue Deviseneinnahmen erschließen oder sich verschulden oder aber ihre Importe beschränken.

Dabei wird es kaum möglich sein, daß die Industrieländer eine rapide wachsende Verschuldung gegenüber den OPEC-Staaten in Kauf nehmen. Das dürfte schon wegen der starren Haltung dieser Staaten, langfristige Kredite zu geben, zunächst eine Fiktion sein. Die Industrieländer als Hauptabnehmer der deutschen Exportgüter werden somit schon in naher Zukunft nur noch einen Bruchteil der Importwaren aus der Bundesrepublik finanzieren können. Das hat zur Folge, daß der Export als Stütze der Konjunktur zunehmend labil wird. Unsere konjunkturelle Situation ist also sehr viel stärker von strukturellen Ursachen und Tendenzen abhängig, als das heute vielerorts bekannt ist.

In dieser Situation dürfte es für die deutsche Wirtschaft neben der stärkeren Beachtung des Binnenmarktes nur die Möglichkeit geben, die Auslandsmärkte direkt anzugehen; denn auch wir brauchen Devisen, um notwendige Importe zu finanzieren. Aus diesem Grunde wird die deutsche Industrie sowohl in den Industrie- als auch in dritten Ländern investieren müssen, um die schwieriger werdenden Exportbedingungen zu kompensieren. Sie wird dafür sowohl auf eigenes wie auch auf transferierbares Geld zurückgreifen müssen. Damit das Währungssystem in Zukunft arbeitsfähig bleibt und auch die Öl-Dollar produktiv, daß heißt ertrageich, genutzt werden, kommt es darauf an, aus dieser Situation schon jetzt die Konsequenzen zu ziehen. Das heißt, in einer Art gemeinsamer Aktion sollten von den Regierungen wie von Privatunternehmen Methoden aufgezeigt werden, wie solche Möglichkeiten praktisch zu nutzen sind.

Schwieriges Recycling der Erdöldollar

Wie Sie wissen, ist auf der letzten Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds ausführlich erörtert worden, welche Möglichkeiten für den Rückfluß der in die Erdölländer strömenden Dollarbeträge gegeben sind. Für die USA und auch für andere Industrieländer, zum Beispiel für Großbritannien, scheint sich diese Frage zumindest kurzfristig gelöst zu haben. Es fragt sich nur, wie lange für Großbritannien das Problem gelöst bleibt. Soweit es die Anlagefonds der Öl-Dollar in Großbritannien betrifft, ist sicherlich nicht mit einer langfristigen Stabilität zu rechnen.

Ob dieses Problem für die EG durch die geplante Öldollar-Anleihe gelöst wird, bleibt abzuwarten. Das hängt davon ab, ob die EG bereit ist, die von den zehn OPEC-Staaten genannten Bedingungen zu akzeptieren und sich gegenüber den Ölländern zu verschulden. Es fragt sich auch, inwieweit eine Anlage dieser Art überhaupt realistisch ist. Jedenfalls waren die OPEC-Staaten bisher nicht bereit, ihre Mittel anders als kurzfristig und zu den jeweils günstigsten Marktbedingungen anzulegen. Wenn sie sich langfristig engagieren, dann sicher nur in Form von ertrageichen, relativ sicheren Beteiligungen an Industrieunternehmen.

Betrachten Sie einmal den Fluß der Dollar bis August 1974: Da haben wir 10-13 Milliarden an Euro-Dollar, mit sinkender Tendenz; 7 Milliarden gingen in die USA, mit einer gering wachsenden Tendenz; 3 Milliarden nach Großbritannien. 5 Milliarden wurden für Kapitalanlagen, das heißt für Investments verwandt; 3 Milliarden flossen an internationale Organisationen; 2 Milliarden wurden in Form von

bilateralen Anleihen gegeben. Es ist also ein relativ einseitiger Strom dieser ölmilliarden, und zwar zu Bedingungen, die die Labilität dieser Anlagen deutlich machen.

Nun haben die OPEC-Staaten mehrfach erklärt, daß sie in den kommenden Jahren mehr Entwicklungshilfe leisten wollen, sogar mehr als die DAC-Mitgliedsstaaten. Ob dies jedoch der Fall sein wird und vor allem zu welchen Bedingungen, muß abgewartet werden. In meinen Augen wäre es jedenfalls revolutionär, wenn die Ölländer Kapitalhilfe-Darlehen zu gleichen Bedingungen geben würden, wie das die Industrieländer seit Jahren tun. Dabei will ich gar nicht von IDA-Bedingungen sprechen. Es genügte schon, wenn die Ölländer solche Darlehen zu DAC-Standard-Konditionen, das heißt zu 2 Prozent Zinsen bei 10 tilgungsfreien Jahren und 30 Jahren Laufzeit, geben würden.

Es kommt ein weiteres hinzu. Die öffentliche Hilfe der Industrieländer ist, gemessen an ihrem Bruttosozialprodukt, minimal. Man wird es den ölländern nicht verdenken können, wenn sie ihre Leistungen am Beitrag der Industrieländer, gemessen an deren Bruttosozialprodukt, orientieren. Dies hieße aber, daß seitens der Ölländer nur ein ganz geringer Teil der Erdöleinnahmen überhaupt für Zwecke der öffentlichen Entwicklungshilfe verwendet werden würde. Um so wichtiger scheint mir deshalb die Frage, ob der größte Teil dieser Mittel in einer Form angelegt werden kann, die einerseits den Rentabilitätsvorstellungen der Ölländer entspricht, andererseits aber nicht nur auf ein kurzfristiges Recycling abgestellt ist.

Die Umschichtung der riesigen Währungsbeträge auf die OPEC-Staaten dürfte jedenfalls zunächst endgültig sein. Im Rahmen geänderter terms of trade werden hier Zahlungen geleistet, die nicht durch vergleichbare Einnahmen an anderer Stelle kompensiert werden können. Im Gegenteil, die Industrie-Ausrüstungen, welche die Industrieländer den OPEC-Staaten direkt liefern, werden nicht selten zu Preisen verkauft, die wegen des harten internationalen Konkurrenzkampfes dumpingähnlichen Charakter haben und insofern noch zusätzlich subventioniert werden.

Die Ölländer geben im Rahmen ihrer kurzfristigen Anlagen den Industrieländern in gewisser Hinsicht Kontokorrentkredite, mit denen diese ihre sonst schon längst eingetretenen Zahlungsbilanzdefizite zumindest teilweise ausgleichen. Das gewährleistet aber auf die Dauer keinen stabilen Zustand; denn die Ölländer können sich damit letztlich nicht zufriedengeben. Vor allem läßt sich dieser Kreditrahmen nicht beliebig ausweiten. Irgendwann wird der Betreffende zur Kasse gebeten. Das wird im Zweifel dann der Fall sein, wenn die Erdölstaaten der Ansicht sind, daß ein Land nicht mehr kreditwürdig ist.

Wenn zum Beispiel die englische Regierung Nationalisierungsabsichten realisieren sollte, werden sich die ölstaaten überlegen, ob England für Geldanlagen noch sicher genug ist. Wenn dann Mittel sehr kurzfristig abgezogen werden, würde die englische Zahlungsbilanz sofort ein Defizit aufweisen. Eine solche Situation muß von seiten der Industrieländer verhindert werden.

Beteiligung der Erdölstaaten an westlichen Industrieanlagen

Ich sehe deshalb die einzige Lösung, welche die Interessen sowohl der Industrie- als auch der ölländer annähernd befriedigt, in der gemeinsamen Beteiligung an der Finanzierung von Industrieanlagen, und zwar zu kommerziellen Bedingungen. Diese Anlagen können in den Industrieländern selbst liegen. Das Beispiel Iran/Krupp ist bisher eine Ausnahme geblieben. Was spricht aber dagegen, wenn sich die ölstaaten in den Ländern der EG umschaute, möglicherweise auch in den USA, und ihre Dollar in Form von Beteiligungen an Publikumsgesellschaften investieren. Ich sehe darin keinen Nachteil; denn das bedeutet ja nur eine Verschiebung von Vermögenstiteln.

Die einzige Voraussetzung ist allerdings, daß jeder, der sich in dieser Form eigentumsmäßig in der Bundesrepublik engagiert, sich unter deutsches Recht, das heißt Aktienrecht, Unternehmensverfassungsrecht, Konkursrecht, stellt. Dann kann man einer solchen Entwicklung gelassen entgegensehen - wenn man nicht gerade ein Nationalist ist. Im Gegenteil. Je stärker sich jemand finanziell an unseren Industrien beteiligt, desto mäßiger wird er sich in seiner sonstigen Politik verhalten. Denn er schädigt sich ja selbst, wenn er diese Industrien durch noch stärkeres Steigen der Energiepreise in Schwierigkeiten bringt. Einwände gegen eine solche Form der Beteiligung sind allenfalls psychologisch bedingt; denn weder ökonomisch noch vermögensrechtlich kann ernsthaft etwas gegen eine direkte, allerdings langfristige Beteiligung der ölländer an westlichen Industrieanlagen vorgebracht werden.

Gemeinsames Engagement von Industrie- und Erdölstaaten in Entwicklungsländern

Darüber hinaus sollten aber auch Möglichkeiten genutzt werden, daß sich Industrie- und ölländer gemeinsam in anderen Ländern engagieren. Länder wie der Iran, Algerien, Venezuela, Indonesien sind durchaus in der Lage, für ihre wachsende Liquidität zunächst noch im eigenen Land Anlagemöglichkeiten zu finden. Dabei könnten wir ihnen wegen der noch unterentwickelten

Infrastruktur und der "absorbative capacity" Hilfe leisten. Aber die Bevölkerung ist vorhanden, und die Bedürfnisse sind gegeben. Langfristig dürfte jedenfalls kein grundsätzlicher Widerstand für eine Anlage der Gelder im eigenen Land bestehen.

Anders sieht es mit Ländern aus, die über eine nur geringe Bevölkerung verfügen und die, wie die Scheichtümer oder selbst wie Saudi-Arabien, Kuwait oder in gewisser Hinsicht Libyen, für die Mittel, die ihnen zufließen, keine unmittelbare Verwendung haben, um damit das Wachstum ihrer Volkswirtschaften zu fördern und die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen zu verbessern. In diesen Ländern dürften "joint ventures" mit Unternehmen aus Industrieländern die geeignetste Form sein.

Dabei wären Finanzierung und Technologietransfer kein Problem. Man könnte sich sogar darüber verständigen, daß gewisse zusätzliche Garantien für solche Investitionen gewährt werden. Gegenwärtig sind ja viele Hasardeure darauf aus, diese Dollar einzufangen. Die Ölländer haben ein verständliches Interesse daran, seriös beraten zu werden. Warum sollten also nicht Regierungen mit ihren anerkannten Institutionen, soweit sie über das entsprechende Fachwissen verfügen, hier im Wege einer Beratung tätig werden. Es dürfte auf Jahrzehnte hinaus in diesen Ländern Entwicklungsaufgaben geben, die eine derartige Zusammenarbeit mit Industrieländern in deren eigenem Interesse sinnvoll erscheinen lassen.

Anders verhält es sich gegenüber Entwicklungsländern. Das Interesse der Erdölstaaten, einen Teil der ihnen zuströmenden Dollar in Unternehmen in Entwicklungsländern zu investieren, ist offensichtlich schon wesentlich geringer. Denn diese Unternehmen müssen unter den dort herrschenden politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten errichtet und betrieben werden. Andererseits dürfte zukünftig ein erheblicher Teil des Produktionszuwachses auch der westlichen Industrieunternehmen aus Investitionen außerhalb der Industrieländer stammen. Diese Entwicklung wird man den Erdölländern deutlich machen und ihnen gleichzeitig Garantien dafür bieten müssen, daß es sich um langfristige ertragreiche und auch um sichere Engagements handelt.

Künftig wird ein wesentlich größerer Teil der Investitionen als bisher von privaten Unternehmen in solchen Entwicklungsländern getätigt werden müssen. Die Entwicklung unserer außenwirtschaftlichen Struktur ist dafür ein Indiz. Die Mittel dafür werden jedoch knapper werden, einmal wegen der gestiegenen Energiekosten, aber auch wegen der allgemeinen Kostenexplosion in den Industrieländern.

Bei joint ventures privater Unternehmen wird deshalb ein weiterer Partner hinzukommen müssen. Waren es bisher der Investor selbst, sein Mitgesellschafter am Ort und gegebenenfalls ein deutsches Finanzierungsinstitut, so träte in Zukunft, vor allem bei größeren Investitionsvorhaben, eines der Ölländer als Teilhaber hinzu. Bei der Mentalität der meisten Erdölstaaten läge es nahe, für diese Form nur solche Investitionsprojekte auszuwählen, die sowohl eine ausreichende Rendite als auch eine relative Sicherheit garantieren. Es käme darauf an, zumindest die arabischen Erdölstaaten, die ja nicht unternehmerisch veranlagt sind, zu einem solchen Engagement zu ermuntern.

Es wäre auch zu überlegen, ob wir nicht diesen Teil des auswärtigen Finanzierungsbeitrages in eine deutsche Kapitalanlagengarantie miteinbeziehen. Es besteht ja heute bereits die Möglichkeit, bei Liefergeschäften ausländische Zulieferungen in einem bestimmten Umfang und unter bestimmten Umständen durch die Hermes-Garantie mitabzudecken. Vielleicht könnte auch bei Kapitalanlagen eine solche Garantie für einen ausländischen Finanzierungsbeitrag gegeben werden.

Natürlich reicht die Beteiligung nicht aus, um die Dollarflut zu bändigen und das internationale Währungssystem gesund zu erhalten. Dazu bedarf es weiterer Maßnahmen. Ich denke beispielsweise an Öl-Anleihen der EG und einzelner Industriestaaten, die Erhöhung der Quoten des IWF zugunsten der Ölländer und die Finanzierung der Weltbank durch die OPEC-Staaten. Die beiden letzten Lösungen dürften allerdings gegenwärtig noch kaum realistisch sein: wegen der erwähnten Vorbehalte der Erdölstaaten bei der Anlage ihrer Mittel. Ob man den Devisenzuschuß auf die Dauer durch eine drastische Senkung des Ölverbrauchs verringern kann, ist in erster Linie eine Frage der Elastizität von Angebot und Nachfrage.

Im übrigen finde ich die Rede des amerikanischen Außenministers in Chicago hochinteressant, in der einige Aspekte anklagen, die die Mitgliedsländer der EG dazu veranlassen sollten, sich in ein solches Konzept miteinzuordnen. Ich würde allerdings warnen vor jeder Form der Indexierung, das heißt der automatischen Koppelung des Ölpreises an die Preisentwicklung für Industriegüter. Das würde wegen der sehr unterschiedlichen Größenordnung, um die es hier geht, eine relativ stärkere Erhöhung der Ölpreise bewirken. Außerdem würde dadurch praktisch die Inflation indexiert, was wir keineswegs tolerieren können.

Thurn

Dieses Gespräch gibt mir Gelegenheit, neue Meinungen auf einem Gebiet zu hören, auf dem ich jahrelang

tätig gewesen bin. Die Entwicklungshilfe läuft jetzt seit ungefähr 25 Jahren. Den Startschuß gab Truman im Jahre 1949 mit seinem Punkt-vier-Programm. Damit wurde eine Aktion in die Wege geleitet, die zu einer der großen Leitideen unserer Generation geworden ist, zu einer der Hauptdoktrinen unserer Außenpolitik. Erfahrungen aus 25 Jahren liegen vor. Welches sind die Konsequenzen, die wir aus diesen Erfahrungen ziehen, was ist der Ausblick für die Zukunft?

Die Ausführungen von Herrn Bauer lassen den unabhängigen Wissenschaftler liberaler Tendenz erkennen, der nichts als gegeben, nichts als selbstverständlich betrachtet, der jede Meinung auf ihre Rechtfertigung prüft, der keine Aussage, keine Behauptung akzeptiert, wenn sie nicht, entsprechend bewiesen ist. Seine Ausführungen werden nicht ohne Widerspruch bleiben, aber davon erwarte ich eine Belebung und Bereicherung der Diskussion.

Herr Sohn sieht die Dinge mehr von der praktischen Seite, wobei ich keinen Gegensatz zwischen Praxis und Theorie anerkenne. Eine Theorie, die sich nicht immer mit der Praxis konfrontiert, wird zu einem Dogma. Herr Sohn hat uns zahlreiche Anregungen zur Ölproblematik und zur Kooperation mit den Entwicklungsländern, den joint ventures, gegeben, die für die Außenwirtschaftspolitik richtungsweisend sein könnten. Auch bei Herrn Sohn scheint indes eine gewisse Ernüchterung, eine gewisse Skepsis eingetreten zu sein, obwohl er das Grundkonzept der Entwicklungshilfe nicht in Frage stellt.

Bevor wir in die Debatte eintreten, sollten wir uns klar darüber werden, was wir unter Entwicklungshilfe verstehen wollen. Ich schlage vor, die rein karitative, philanthropische, private Hilfe auszuschließen. Das gleiche gilt für die sogenannte kommerzielle Hilfe, also für die rein privaten Investitionen und die Lieferantenkredite ohne staatliche Garantie und ohne staatliche Zuschüsse.

Entsprechend dieser Abgrenzung sollten wir unter Entwicklungshilfe die Übernahme einer dauernden Verpflichtung verstehen, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Länder mit Hilfe von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln zu fördern. Man könnte auch von der Übernahme einer Art globaler

Verantwortung durch die Industriestaaten sprechen, die zum Inhalt hat, den Lebensstandard in den unterentwickelten Ländern allmählich den Standards der Industriestaaten anzugleichen. Kontinuität und Verwendung von Steuergeldern halte ich für die beiden wesentlichen Kriterien der Entwicklungshilfe.

Damit komme ich zur Kernfrage. Sollen wir die so definierte Entwicklungshilfe grundsätzlich in Frage stellen, das heißt auf ihre Notwendigkeit und auf ihre Nützlichkeit prüfen, oder sollen wir sie als selbstverständlich betrachten? Für viele Regierungen und einen großen Teil der öffentlichen Meinung - vielleicht nicht in der Bundesrepublik, wie Herr Sohn sagte, aber in England, in Österreich und in Amerika - ist die Entwicklungshilfe vollkommen unbestritten; sie ist gewissermaßen ein Axiom, eine Art Glaubenssatz. Wenn wir diese Einstellung zugrunde legen, brauchen wir uns mit der Frage nach Sinn und Zweck der Entwicklungshilfe nicht allzusehr zu befassen und könnten uns mehr auf die Modalitäten, auf die Formen der Entwicklungshilfe konzentrieren. Das wäre die eine Möglichkeit.

Die andere Möglichkeit bestünde darin, daß wir die Entwicklungshilfe, wie sie heute gegeben wird, grundsätzlich daraufhin überprüfen, ob sie notwendig und nützlich ist. Das ist die Einstellung zahlreicher unabhängiger Wissenschaftler, vor allem die von Herrn Bauer, aber ich könnte auch Namen wie Friedmann, Haberler, Schoeck und andere mehr nennen. Dann würden wir die gesamte Konzeption der Entwicklungshilfe in Frage stellen.

Ich habe den Worten von Herrn Körber entnommen, daß er sich nicht in ausgefahrenen Pfaden bewegen will, sondern die ganze Situation nach 25 Jahren Entwicklungshilfe, die hinter uns liegen, neu sehen möchte.

Wenn wir die Entwicklungshilfe nicht als selbstverständlich ansehen, könnten wir uns fragen: Ist sie nützlich im Hinblick auf die Ziele, die sie sich gesetzt hat? Haben sich die Erwartungen erfüllt oder nicht? Von daher könnten wir zu verschiedenen Teilaspekten übergehen und zum Beispiel über die Motivationen sprechen, etwa über das Schuldgefühl, den Egalitarismus, den sittlichen Wert, die Angst und so weiter. Wir könnten auch über die verschiedenen Interessen sprechen, die hinter der Entwicklungshilfe stehen, das kommerzielle, das außenpolitische und das ideologische. Auch das theologische Interesse wäre zu erwähnen. Die Kirchen haben die Entwicklungshilfe ja schon fast kanonisiert.

Am Ende der Diskussion lassen sich vielleicht irgendwelche Schlußfolgerungen ziehen, die ich jetzt noch nicht voraussehen kann.

Matzke

Es ist sicher schwierig, Entwicklungshilfe zu definieren - ich weiß weder genau zu sagen, was Entwicklung ist, noch kann ich kurz definieren, was Hilfe ist. Herr Bauer ist derjenige, der das Ob in Frage stellt. Er äußert sich zwar auch über das Wie, aber das halte ich nur für eine Hilfsargumentation. Im Grunde lehnt er Entwicklungshilfe, wie immer definiert, ab. Im Gegensatz dazu würde ich bei all meiner Skepsis gegenüber der Entwicklungshilfe und bei all meiner Desillusionierung das Ob mit einem unbedingten Ja beantworten.

Für mich ist Entwicklungshilfe in dem Sinne eine Illusion, als es auch heute noch, trotz aller negativen Erfahrungen, viele verantwortliche Menschen gibt, die glauben, sie hätten hier ein griffiges Instrument an der Hand, mit dem sich das Ziel einer weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit verwirklichen ließe. So hohen Anforderungen kann die Entwicklungshilfe nicht gerecht werden. Dennoch muß sie geleistet werden.

Wenn wir über die Motivationen der Entwicklungshilfe sprechen, so ergibt sich die Hauptthese aus dem folgenden Gedankengang: Wir haben es in der Dritten und Vierten Welt - bei allen Unterschieden im Einzelfall - mit Gebieten zu tun, in denen das gesellschaftliche Gleichgewicht zerstört worden ist. Ich sehe die Funktion der Entwicklungshilfe darin, daß wir den betroffenen Ländern helfen, dieses zerstörte Gleichgewicht einigermaßen wiederherzustellen.

Ich hüte mich hier davor zu fragen, wer dieses Jahrtausende währende Gleichgewicht zerstört hat. Ich plädiere auch an die Teilnehmer aus den betroffenen Ländern, dieses Thema möglichst auszuklammern; denn damit könnten wir die ganze Diskussion blockieren.

Als weiteres Motiv nenne ich den Kampf gegen die Armut. Unter diesem Stichwort geht es darum, die Lebensbedingungen der breiten Masse zu verbessern. Man muß Arbeitsplätze schaffen und etwas auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik tun.

Entwicklungshilfe ist auch eine Art Ausgleich für unsere restriktive Handelspolitik, vor allem auf dem Agrarsektor. Wir geben die Entwicklungshilfe als eine Art Linsengericht, weil wir uns handelspolitisch nicht so verhalten, wie wir es in unserem Brevier, das wir sonst verkünden, predigen.

Herr Sohn gebrauchte die Formel "Hilf dir selbst, so hilft dir Gott". Dazu würde ich sagen: Die Entwicklungshilfe hat eine infinitesimal geringe Bedeutung. Sie allein nützt gar nichts. Im Gegenteil, sie würde in größeren Dosen nur wie ein süßes Gift wirken, soweit sie die notwendigen Maßnahmen in den betreffenden Ländern selbst verzögert. Die Wiederherstellung des verlorengegangenen Gleichgewichts kann nur deren eigene Aufgabe sein. Da stimme ich Herrn Bauer zu. Wenn die Länder das nicht wollen, ist unsere Hilfe wirkungslos. Trotzdem müssen wir Hilfe leisten, denn sie kann eine Katalysatorwirkung haben.

Was das Wie der Entwicklungshilfe angeht, so sind meine Illusionen durch elf Jahre Tätigkeit auf der multilateralen Seite und durch Einblicke bei Länderbesuchen in die bilaterale Seite weitgehend geschwunden. Vor allem fehlt es der bilateralen Hilfe an einer effizienten Evaluierung und an Kontrollmöglichkeiten. Es sind doch nur leere Worte, wenn es heißt: "Wir kontrollieren das ganz genau." Ich werfe insbesondere der Nahrungsmittelhilfe der EG auch heute noch vor, daß sie Millionenbeträge ausgibt, ohne zu kontrollieren, was damit in den Empfängerländern wirklich geschieht.

Wenn es heißt, die Empfängerländer würden jede Art der Kontrolle als Beleidigung ihrer Souveränität auffassen, so habe ich in den elf Jahren, in denen ich als multilateraler Beamter tätig war, bessere Erfahrungen gemacht. Ich konnte immer darauf hinweisen, daß die zur Verfügung gestellten Mittel von der Weltgemeinschaft aufgebracht worden seien. Wenn wir nicht unseren Mitgliedsländern aus aller Welt darlegen könnten, was aus den Projekten geworden ist, würden wir keine weiteren Mittel mehr erhalten. Das hat zwar nicht immer, aber doch oft gewirkt. In der bilateralen Hilfe fehlt die Parallele.

Schunck

Offenbar geht es Herrn Bauer in der Tat um eine Darlegung des altliberalen Prinzips "Hilf dir selbst, so hilft dir Gott". Dagegen fehlte in seinen Ausführungen völlig eine konstruktive Kritik an Zielen, Kriterien und Methoden der Entwicklungspolitik als internationaler Verteilungspolitik. Das scheint insofern konsequent, als das altliberale Prinzip ja im Widerspruch zu sekundär-verteilungspolitischen Anliegen steht. Möglicherweise käme Herr Bauer zu ähnlichen Urteilen über die nationale Umverteilungspolitik,

also Sozial- und Steuerpolitik. Ganz bestimmt würde er aber das verteilungspolitische Wirken der Gewerkschaften als diesem altliberalen individualistischen Prinzip zuwiderlaufend betrachten.

Wenn Sie zum Beispiel kritisieren, Herr Bauer, daß die Gewerkschaften in Entwicklungsländern Karrieresprungbretter für Funktionäre darstellen, um so das Wirken dieser Organisationen zu disqualifizieren, kann ich Ihnen nur antworten: Das soll auch in der Bundesrepublik Deutschland gelegentlich vorkommen. Sie werden aber nicht bestreiten können, daß die Gewerkschaften im Hinblick auf verteilungspolitische Zielsetzungen, die Sie offenbar ablehnen, dennoch erfolgreich sind. Über Methoden läßt sich streiten, nur habe ich den Eindruck, Sie lehnen schon das Ziel ab.

Hemmer

Daß die Kritik an der bisherigen Auslandshilfe, insbesondere an der Kapitalhilfe, so schlecht ausfällt, hat einen historischen Grund. Die theoretische Konzeption dieser Kapitalhilfe, die während der fünfziger Jahre entwickelt wurde, ging nämlich davon aus, daß man in jene Länder nur Kapital hineinzupumpen brauche, und schon laufe alles wie von selbst. Das war die gleiche Ideologie, die bei uns der Marshallplan hervorgerufen hat. Das ist die postkeynsianische Entwicklungstheorie, die, wie wir inzwischen wissen, für diese Länder gar nicht zutrifft.

Was ist denn für die Entwicklung eines Landes entscheidend? Das hängt vor allem von den Faktoren ab, über die ein Land verfügt. Kapital ist nur einer von fünf oder zehn Faktoren. Genauso relevant sind die Qualität und Quantität der verfügbaren Arbeit, genau so relevant ist das technische Wissen, genauso relevant sind bestimmte Verhaltensweisen, genauso relevant ist die gesamte soziale Infrastruktur, wozu auch das gesellschaftliche und politische System gehören.

Es gibt nun eine Konstellation, bei der ein erhöhter Kapitaleinsatz, finanziert durch Kapitalhilfe, die Entwicklung in einigen Ländern fördert: Jene, bei der die Verfügbarkeit über Kapital den entscheidenden Entwicklungsempfang darstellt. Diese Konstellation liegt sicherlich in vielen Ländern vor. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Länder, in denen ein Mehr an Kapital ein Weniger an Entwicklung zur Folge hat, weil es dort an den notwendigen komplementären Faktoren fehlt und weil die Entwicklungshilfe gerade dazu beiträgt, die anderen Faktoren nicht weiter zu entwickeln, sondern sie in ihrer Wirkungsweise eher beeinträchtigt. In diesen Fällen wäre zu überlegen, ob man nicht statt Kapitalhilfe stärker technische Hilfe - definiert in einem sehr weiten Sinne - leisten sollte. In Einzelfällen müßte man vielleicht sogar jegliche Hilfe einstellen, damit sich diese Länder erst einmal konsolidieren.

Selbst wenn Länder alle diese Faktoren besitzen, fehlt es außerdem oft noch an den Absatzchancen. Das ist nicht nur ein Problem der Handelspolitik zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, Herr Matzke. Welche Produkte, die die Entwicklungsländer auf den Weltmarkt bringen, sind denn, abgesehen von einigen agrarischen Erzeugnissen, im internationalen Rahmen tatsächlich wettbewerbsfähig? Es wäre für die Entwicklungsländer viel wichtiger, den Versuch zu machen, untereinander größere Märkte aufzubauen und effiziente Produktionseinheiten zu erstellen, deren Erzeugnisse sich in den benachbarten Ländern absetzen ließen, als - so wie der Fuchs nach den Trauben - nach den Industrieländermärkten zu schießen.

Von einer solchen Zusammenarbeit einzelner Entwicklungsländer sind wir jedoch noch weit entfernt. An der westafrikanischen Küste befinden sich acht Zwergstaaten mit einem jeweiligen Bruttosozialprodukt in einer Höhe, wie sie der Bezirk Bergedorf von Hamburg aufweist. Aber jedes dieser Länder muß ein eigenes Zementwerk, ein eigenes Stahlwerk und eine eigene Düngemittelfabrik haben. Unter ökonomischen Aspekten ist das die ineffizienteste Verwendung von Kapital, die man sich vorstellen kann.

Das liegt nicht in erster Linie an der Handelspolitik der Industrieländer, die, so wird häufig behauptet, Kapitalhilfe nur geben, um sie sich hinterher über Zollmauern wieder zurückzuholen. Das eigentliche Problem sehe ich darin, daß wir den Entwicklungsländern einen bestimmten Entwicklungsprozeß aufreden wollen, der sich einseitig an der historischen Erfahrung der Industrieländer orientiert.

Hier hat Herr Bauer recht: Die ganze Diskussion um die Entwicklungshilfe ist das Beispiel einer angewandten Arroganz, gerade der westlichen Welt, die meint, sie müsse Ihre eigenen gesellschaftlichen Ideen und wirtschaftlichen Vorstellungen diesen Ländern oktroyieren. Das ist für diese Länder nicht nur ein schleichendes, sondern mitunter sogar ein schnellwirkendes Gift, Herr Matzke.

Mittendorff

Als wir in der Bundesrepublik mit der Entwicklungshilfe begannen, sind wir in der Tat von den Prinzipien des Marshallplans ausgegangen und haben uns der Illusion hingegeben, daß das, was für Europa gut war, auch für Entwicklungsländer gut sein müßte. Das war sicherlich eine Illusion, weil Europa zumindest in großen Teilen die gleichen Voraussetzungen aufweist wie die USA; das gilt aber nicht für die Entwicklungsländer.

Was wir an Entwicklungshilfe geben, speziell an Kapitalhilfe, ist tatsächlich nur von marginaler Bedeutung, und zwar sowohl was den Transfer von Gütern in die Entwicklungsländer im Verhältnis zu unserem Gesamtexport angeht als auch, was die Wirkung auf die Struktur der Empfängerländer ausmacht. Es ist nur ein Bruchteil, was an Kapitalhilfe zu concessional terms geleistet wird.

Wenn wir den Entwicklungsländern das Recht zugestehen, ihre eigene soziale und ökonomische Struktur autonom zu bestimmen, dann frage ich mich, ob wir mit den lächerlichen ein bis zwei Milliarden Entwicklungshilfe, die wir pro Jahr geben, überhaupt eine Verbesserung dieser Struktur erreichen. Wir können allenfalls einen Beitrag zum wirtschaftlichen Fortschritt leisten, aber keine grundlegenden Änderungen bewirken.

Die Möglichkeit der Gegensteuerung ist im Verhältnis zu dem, was im infrastrukturellen und auch im kommerziellen Bereich aus Nichtentwicklungshilfequellen insgesamt finanziert wird, sehr bescheiden.

Stordel

Mein Eindruck ist, daß Herr Bauer das Ziel der Entwicklungshilfe rein wirtschaftlich definiert. Dabei wissen wir, daß sie vielen Zwecken dient, zum Beispiel dem Abbau von Spannungen, der Förderung von freundschaftlichen Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern, insbesondere auch der Sicherung von Absatzmärkten, wie Herr Sohn ausführte. Im übrigen gibt es neben der Kapitalhilfe auch die technische Hilfe und die Handelshilfe.

Zwischen diesen verschiedenen Arten der Hilfe besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Würden wir den Entwicklungsländern beispielsweise mehr Handelshilfe gewähren, um ihnen zu ermöglichen, ihre Erzeugnisse zu kompetitiven Bedingungen abzusetzen, dann brauchten wir viel weniger an Kapitalhilfe zu leisten. Denn die Kapitalhilfe soll doch die Entwicklungsländer in die Lage versetzen, ausreichend Maschinen, Patente und dergleichen auf den Weltmärkten zu kaufen. Dafür benötigen sie Währungsmittel, die sie entweder durch den Verkauf ihrer Produkte erhalten oder sie müssen, wenn das nicht möglich ist, versuchen, sich das Geld irgendwie zu leihen.

Geben wir diesen Ländern mehr Möglichkeiten auf dem Gebiet der Handelspolitik; geben wir ihnen in einem größeren Umfang Zugang zu unseren Märkten; gewähren wir ihnen bessere Zollpräferenzen und erlauben wir eine bessere internationale Arbeitsteilung. Wenn wir das alles durchführen würden, könnte die Kapitalhilfe abgebaut werden. Die EG tut schon einiges auf diesen Gebieten, aber doch in sehr engen Grenzen. Die Widerstände gegen die Handelshilfe, scheinen weit größer zu sein als die gegen eine Kapitalhilfe, die vom Steuerzahler bezahlt wird. Denn die pressure groups für eine Protektion sind weit stärker als diejenigen, die vermeiden wollen, daß Steuergelder für Entwicklungshilfe verbraucht werden.

Wenn Herr Bauer sagt: Die Entwicklungshilfe erfülle gar nicht den Zweck einer wirtschaftlichen Förderung der Entwicklungsländer, dann muß man sich fragen, ob sie denn zu diesem Zweck gegeben wurde. Wollte man damit den Entwicklungsländern eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen, oder ging es mehr darum, beispielsweise Verbündete für die Nichtanerkennung gewisser Staaten zu gewinnen und so weiter? Ob die Entwicklungshilfe effektiv war, hängt also von den jeweils angestrebten Zielen ab.

Inwieweit sind die Entwicklungsländer auf Entwicklungshilfe angewiesen? Die Kapitalhilfe macht nur ein Fünftel ihrer Devisen aus, während sie vier Fünftel durch eigene Exporte erzielen. Demnach scheint die Entwicklungshilfe doch nicht unbedingt nötig zu sein; sie kann aber den Entwicklungsprozeß außerordentlich beschleunigen. Denn die Entwicklungsländer, insbesondere die least developed countries, haben kaum Möglichkeiten, Kredite zu erhalten, vor allem nicht für den Aufbau der Infrastruktur, die für eine wirtschaftliche Tätigkeit Voraussetzung ist.

Herr Bauer meinte, Privatinvestitionen setzten weder das Vorhandensein einer Infrastruktur noch größere Märkte voraus, um in diesen Ländern eine entsprechende Produktion aufzubauen. Ich habe vor kurzem den öffentlichen Hearings des Bundestages über die multinationalen Gesellschaften beigewohnt. Dort erklärten die Praktiker eindeutig, daß sie in den Ländern investierten, in denen eine geeignete Infrastruktur und auch ausreichende Märkte vorhanden seien, damit sie ihre Waren absetzen können.

Das Kriterium der Armut ist für die Entwicklungshilfe sicher nicht entscheidend; denn es ist eine Tatsache, daß die least developed countries am wenigsten Entwicklungshilfe bekommen. Sie wird gewöhnlich nur dahin geleitet, wo man auch etwas erwarten kann. Entwicklungshilfe ist eben nicht in erster Linie eine humanitäre Hilfe, sondern sie dient meistens vor allem dem Eigeninteresse der Geberländer.

Thurn

Was die Verbesserung der Handelshilfe angeht, so dürfte es wohl niemanden geben, der gegen die Öffnung der Märkte in den Industriestaaten an sich etwas einzuwenden hätte und diese Form der Entwicklungshilfe ablehnen würde.

Stordel

Da muß ich Ihnen widersprechen. Bei der UNCTAD bemühen wir uns seit zehn Jahren um die Öffnung der Märkte. Der Erfolg ist bisher außerordentlich gering geblieben.

Thurn

Warum bekommen denn die ärmsten Entwicklungsländer keine Kredite zu kommerziellen Bedingungen?

Stordel

Ich habe bereits gesagt, daß Privatinvestitionen, also Kredite zu kommerziellen Bedingungen, in diese Länder nicht gehen, weil die multinationalen Unternehmen kein Interesse haben, dort zu investieren. Außerdem ist die Produktion dort wegen der fehlenden Infrastruktur kommerziell nicht möglich.

Böll

Ich halte Ihre These für falsch, Herr Bauer, daß sich die Industriestaaten des Westens ohne Entwicklungshilfe entwickelt haben. Allerdings ist diese Hilfe nicht freiwillig gegeben worden, sondern man hat sie sich geholt. Mit anderen Worten: Die Rohstoffländer haben unsere Entwicklung massiv alimentiert. Außerdem haben wir einen Teil unserer internen Probleme, etwa unser Überbevölkerungsproblem im 19. Jahrhundert, auf dem Wege der Auswanderung und Kolonisierung exportiert - in manchen Gebieten der Welt sind dabei die einheimischen Bevölkerungen nahezu ausgerottet worden.

Heck

Ich nenne zwei weitere Gründe, warum die Entwicklung der Industrienationen damals nicht mit der Situation der Entwicklungsländer heute zu vergleichen ist. Erstens die unterschiedliche Bevölkerungsvermehrung. Die Industrieländer hatten seinerzeit eine Nettozuwachsrate der Bevölkerung von maximal einem Prozent. In den Entwicklungsländern dagegen haben wir heute in der Spitze drei bis vier Prozent. Das ist ohne Parallele in der Geschichte.

Zweitens: Als die heutigen Industrieländer sich entwickelten, bestand, weltweit gesehen, kein so großes ökonomisches Gefälle wie heute.

Böll

Herr Bauer sagte weiter, die Entwicklungshilfe hemme häufig die Entwicklung eines Landes eher, als daß sie sie fördere. In dieser Hinsicht bin ich gelegentlich sogar seiner Meinung, aber zum Teil aus genau den entgegengesetzten Gründen. Denn mit der Entwicklungshilfe haben wir oft die kulturellen und ökonomischen Gegensätze, die in der Zeit des Kolonialismus einseitig herausgebildet wurden, in dieser Einseitigkeit noch verstärkt. Es blieb uns häufig keine andere Wahl, da Modernisierung oft unvermeidlich die Übertragung unserer Art, Probleme zu lösen, auf fremde Gesellschaften bedeutet. Erst in letzter Zeit versuchen wir, bewußter gegenzusteuern.

Auch Ihre These, wir würden Entwicklungshilfe freiwillig leisten, stimmt kaum noch. Wir gehen nämlich langsam, aber sicher zu einem Tributsystem über. Wenn die ölländer demnächst 6 Milliarden Dollar in andere unterentwickelte Länder fließen lassen sollten, dann handelt es sich dabei um Geld, das sie uns vorher abgenommen haben. Es ist doch interessant, daß wir in den letzten Jahren aufgrund innerer Widerstände nicht in der Lage waren, unsere Entwicklungshilfe aufzustocken, während wir in

diesem Jahr durch die direkten und indirekten Wirkungen der Ölpreissteigerungen 17 Milliarden DM mehr aufbringen müssen, von denen ein Teil in andere Entwicklungsländer fließt.

Da stellt sich dann ein neues Problem: Was können die Entwicklungsländer mit diesem vielleicht reichlicher vorhandenen Geld an Leistungen kaufen? Unsere Angebotsstruktur ist nämlich auf unsere Märkte ausgerichtet und entspricht häufig weder nach Art noch nach Umfang dem, was die Entwicklungsländer für die Entwicklung von Massengesellschaften vordringlich benötigen. Das wurde bisher durch die geringen Mittel und das starke Mitspracherecht der Industrieländer bei der Wahl der Projekte verdeckt. Jetzt wollen die Länder selbst darüber bestimmen, was mit dem Geld gemacht werden soll.

Zwei Beispiele: Ein Ölland hat uns vor kurzem mitgeteilt, man habe einige Anlagen gekauft, die aber nicht funktionierten. Wir wüßten doch, wie man Wirtschaftswunder mache. Sie wollten jetzt von uns den Service: Management, Vermarktung, Integration in ihre Wirtschaft und in die ökonomische Struktur des Weltmarkts. Da müssen wir bis jetzt noch oftmals passen.

Ein anderes Entwicklungsland wollte einige tausend Fachkräfte bei uns ausbilden lassen. Wir hätten doch ein so hervorragendes Ausbildungssystem. Geld spiele keine Rolle, man wolle das alles bezahlen. Auch dazu sind wir aber nicht in der Lage; denn unsere Kapazität an Ausbildungsplätzen ist so begrenzt, daß wir nicht einmal 2000 oder 3000 ausländische Fachkräfte mehr ausbilden könnten, als wir es jetzt tun.

Herr Sohn erwähnte das Risiko der Industrie. Eine kritische Betrachtung der Art, wie Firmen aus Industrieländern Geschäfte machen, darf nicht nur auf die Privatinvestitionen sehen - ein Modethema der Linken;- , sondern muß vor allem den Kampf um Liefergeschäfte genauer beobachten, der sich häufig in brutalen Formen abspielt.

Einige Entwicklungsländer weigern sich, bestimmte Handelsschulden zurückzuzahlen - zum Teil sind sie dazu auch gar nicht mehr fähig. Sie verweisen etwa darauf, daß inzwischen abgesetzten Diktatoren nutzlose Dinge oft mit erheblichem Einsatz von Schmiergeldern aufgeschwatzt worden seien. Für die Folgen solcher unfairen Aquisitionsmethoden wolle man nicht aufkommen. Diese Weigerungen werden zu einem politischen Fall, der die Garantieleistung unseres Staates auslöst.

Das Risiko ist also für unsere Industrie trotz einer gewissen Selbstbeteiligung keineswegs so sehr groß.

Da aber der Finanzminister die Garantieleistungen wieder hereinhaben will, besteht er darauf, daß vor weiteren Entwicklungshilfen solche Schulden aus oft zweifelhaften Geschäften geregelt werden. Eine Folge ist, daß wir dann die Entwicklungshilfe nicht voranbringen können.

Das, was Herr Sohn über die Möglichkeiten privaten Engagements ausgeführt hat, gilt sicher nicht für die Entwicklung der Landwirtschaft in großem Stil. Es muß das wichtigste Ziel der Entwicklungshilfe sein, in den betreffenden Ländern innere Märkte vor allem in ländlichen Gegenden zu schaffen. Da versucht die Weltbank jetzt, großzügig zu helfen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein privater Investor überhaupt in der Lage ist, sich im Bereich des Kleinbauerntums zu engagieren.

Landwirtschaftsprojekte, Infrastrukturmaßnahmen, Schulen, Gesundheitswesen, all das ist für ausländische Investitionen ebenso uninteressant - abgesehen von Liefergeschäften;- , wie wenn es um Mitarbeit und Mobilisierung der ländlichen Massen, um Fortschritte auf einfachem Niveau geht. Da aber solche Vorhaben vor allem zu fördern sind, bleibt es doch wohl beim Vorrang der öffentlichen Hilfe.

Steeg

Die Industrieländer und besonders die Bundesrepublik haben in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, Herr Stordel, daß der Handelsaustausch zwischen den industrialisierten Ländern und den Entwicklungsländern erheblich zugenommen hat. Das beweisen allein die gestiegenen Importe der Entwicklungsländer und die höhere Kapitalhilfe.

Herr Böll hat eben mit Recht Kritik an den Liefergeschäften, den Privatinvestitionen oder auch an der öffentlichen Hilfe geübt. Dies ist meines Erachtens nur ein Beweis dafür, daß die Ziele in der Vergangenheit zu hoch gesteckt waren. Trotz aller bisheriger Fehlschläge und Mängel sollte aber an dem System der Entwicklungshilfe nichts geändert werden. Dagegen kommt es darauf an, die Modalitäten der Hilfe zu verbessern.

In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, wie angesichts einer veränderten Weltwirtschaftslage unsere Zusammenarbeit mit den verschiedenen Blöcken in Zukunft aussehen wird. Sicher werden wir den Ölländern keine Kapitaltransfers mehr geben.

Bauer

Bis Ende vorigen Jahres hat England Saudi-Arabien und Libyen Kapitalhilfe gewährt.

Steeg

Aber heute nicht mehr. Herr Böll hat zu Recht gefragt: Wie können wir den Entwicklungsländern personelle und technische Hilfestellung leisten, um politische Ressentiments abzubauen und ihnen den Aufbau einer rationalen Wirtschaft zu ermöglichen? Für große Teile der Welt ist weniger der Transfer von Kapital als vielmehr der Transfer von technischen und von personellen Ressourcen wichtig. Ich weiß nicht, wie man das bei der derzeitigen Lage unserer Unternehmen bewerkstelligen soll.

Bei den least developed countries dagegen geht es sowohl um die personelle als auch um die kapitalmäßige Hilfe. Ich bestreite, daß - abgesehen von einzelnen Großunternehmen, die etwa im Rohstoffsektor Infrastruktur miterstellen und mitfinanzieren - durch private Investitionen die Probleme dieser Länder allein gelöst werden können, Herr Bauer. Wenn es uns nicht gelingt, sie in die Weltwirtschaft miteinzubeziehen, dann werden wir irgendwann einen Aufbruch dieser Länder erleben und vor ähnlichen Verhältnissen stehen wie heute mit den Ölländern.

Matzke

Der Beitrag, den die EG, auch die Bundesrepublik, zum Abbau der Einfuhrschranken gegenüber den Entwicklungsländern geleistet hat, war jedenfalls nicht ausreichend, Frau Steeg, besonders bei den verarbeiteten Agrarprodukten, wo die Wettbewerbsfähigkeit vieler Entwicklungsländer am größten ist. Die Analyse der Präferenzen zeigt, daß die interessantesten Produkte ausgeklammert sind. Das halte ich für viel nachteiliger, als wenn man die Entwicklungshilfe einstellen wollte. Wir brauchten viel weniger Entwicklungshilfe, wenn das in Ordnung gebracht werden könnte. Da gebe ich Herrn Stordel recht.

Heck

Die Handelspolitik der Industrieländer ist vor allem im Agrarbereich ausgesprochen protektionistisch. Das gilt gerade auch für die Europäische Gemeinschaft. Die Entwicklungsländer sollten sich von dirigistischen Importsystemen nicht allzu viel versprechen; denn das Beispiel der EG zeigt, daß dort, wo der staatliche Einfluß und Dirigismus am größten ist - nämlich in der Agrarpolitik;-, die Handelsbeschränkungen am ausgeprägtesten sind.

Stordel

Neben den Agrarerzeugnissen nenne ich auch die Textil- und die Ledererzeugnisse, die nach dem Erdöl und den Nichteisenmetallen die dritte Stelle unter den Exportgütern der Entwicklungsländer einnehmen.

Wenn man die Einfuhr für Textilerzeugnisse erleichtern würde, erhielten diese Länder, wie Herr Matzke sagte, mehr Devisen und könnten dann auf größere Kapitalhilfe verzichten. Das gilt allerdings nicht für die least developed countries, die überhaupt nichts zu exportieren haben.

Steeg

Es ist ein Irrtum zu meinen, Handelspolitik sei Handelshilfe; vielmehr ist sie ein normaler kommerzieller Austausch von Gütern und Dienstleistungen.

Heck

Auch Zollpräferenzen?

Steeg

Auch diese, Herr Heck.

Es ist sicher richtig, daß etwa auf dem Textil- oder auf dem Leder- und Schuhsektor gewisse protektionistische Tendenzen nicht gerade zum Nutzen des weltwirtschaftlichen Wachstums ausschlagen. Das liegt unter anderem daran, daß in den Industrieländern die Strukturen noch nicht so fortentwickelt sind, daß wir unsere eigenen Industrien und landwirtschaftlichen Unternehmen ohne Dirigismus dem freien Weltmarkt aussetzen können.

Ich bestreite aber, daß darin die derzeitige Verschlechterung der terms of trade begründet ist. Beispielsweise wird das Zollpräferenzsystem der Europäischen Gemeinschaften für gewerbliche Waren bei weitem nicht ausgenutzt. Wir müssen den Entwicklungsländern Hilfe geben bei der Ausnutzung bestimmter Produktionsstrukturen, was das Know-how der Vermarktung angeht. Wenn das aber so ist, dann kann man nicht in dem Mangel an Zugang zu Märkten den entscheidenden Grund für die Mißverhältnisse sehen.

Mühlfenzi-Schneider

Ich stimme Frau Steeg zu: Bei der Handelspolitik geht es um ganz normale Handelsbeziehungen; da ist das Wort Hilfe völlig unangebracht. Es wird doch niemand etwas dagegen haben, daß wir mit den Entwicklungsländern Handel treiben.

Auch wenn wir Entwicklungsländern Geschenke zukommen lassen, weil wir uns, zum Beispiel in bezug auf bestimmte Rohstoffe, in einer gewissen Abhängigkeit von ihnen befinden, hat das mit Hilfe nichts zu tun. Allenfalls kann man davon sprechen, daß wir unter Druck gesetzt werden, oder wir geben Geschenke, wie sie in Geschäftsbeziehungen üblich sind.

Matzke

Aufgrund der OPEC-Anregung ist auf der gerade zu Ende gegangenen Welternährungskonferenz die Gründung eines Weltagrarfonds verkündet worden. Man möchte damit Hilfe in Form von 'Düngemitteln, Nahrungsmitteln, Schädlingsbekämpfungsmitteln und so weiter ermöglichen. Wie wirkt sich aber die Düngemittelhilfe in einem Land aus, das auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft Preisstops verfügt hat? In diesem Falle denkt der Subsistenzfarmer doch gar nicht daran, statt 12 Eier jetzt 2 bis 4 oder statt eines Doppelzentners Weizen jetzt zwei zu produzieren. Er wird produzieren, was er braucht, und dazu benötigt er möglicherweise keine Düngemittel.

Auf der Konferenz ist das Preisthema nur von wenigen Rednern aufgegriffen worden, unter anderem von Kissinger und von dem amerikanischen Landwirtschaftsminister Butz. Aber auch ein Mann aus einem Entwicklungsland, nämlich der neue Generalsekretär der UNCTAD, Gamani Corea, sprach von dem Dilemma, in dem sich diese Länder befinden. Sie wollen einerseits den Farmern incentives geben, andererseits aber den Städtern billige Lebensmittel zukommen lassen. Seine Antwort scheint zu sein, daß man den Farmern incentives geben muß, weil sie sonst nicht genügend produzieren, während für die armen Städter unter Umständen subsidierte Rationen in Erwägung zu ziehen sind. Das ist dann eine Form interner Nahrungsmittelhilfe, bei der auch eine externe Hilfe sehr wirkungsvoll sein könnte.

Valdés

Herr Boll hat die Prämisse von Herrn Bauer in Frage gestellt, daß sich die westlichen Ländern ohne Auslandshilfe entwickelt haben. Ich möchte die andere Seite derselben Prämisse angreifen, wonach die westlichen Länder angeblich überhaupt nichts mit der Unterentwicklung eines großen Teils der Welt zu tun gehabt haben. Die Geschichte Lateinamerikas könnte zum Beispiel ohne weiteres interpretiert werden als die Geschichte von Ausbeutungen, die sich von den Zeiten Cortez bis in die Gegenwart erstrecken. Um das festzustellen, braucht man nur die Wirklichkeit der Länder Lateinamerikas zu betrachten, die hauptsächlich von Monokulturen leben.

Die Europäer machen sich Gedanken darüber, ob die Entwicklungshilfe karitativ oder nicht karitativ sei oder was dabei Hilfe und was Entwicklung bedeuten. Das sind nicht die richtigen Fragestellungen.

Herr Matzke sprach davon, das Gleichgewicht in den Entwicklungsländern sei gestört worden. Diese Gleichgewichtsstörung trifft aber mit der Entwicklung der westlichen Welt zusammen. Deshalb stellt sich für uns die Frage, ob die industrialisierten Länder bereit sind, dieses Gleichgewicht wiederherzustellen, das heißt der Dritten Welt die Möglichkeit zu einer echten Entwicklung zu geben. Einer der Gründe, weshalb die Entwicklungshilfe bisher so wenig erfolgreich war, ist vielleicht gerade darin zu sehen, daß man nicht bereit war, die Konsequenz aus der Tatsache zu ziehen, daß Unterentwicklung nur ein anderer Name für ein gestörtes Gleichgewicht des internationalen Systems ist. Solange Unterentwicklung die Kehrseite der Entwicklung ist, und solange man nicht bereit ist,

diese Lage grundsätzlich zu ändern, würde ich Herrn Bauer zustimmen: Schluß mit der Entwicklungshilfe; denn so fördert sie die Entwicklung nicht.

Man kann auch die privaten und die staatlichen Investitionen nicht immer trennen. Es ist bekannt, daß es in einigen Industrieländern gesetzliche Bestimmungen gibt, die offizielle Maßnahmen zum Schutz von privaten Investitionen erlauben. Es genügt, an den Fall Hickenlooper in der Auseinandersetzung zwischen Peru und den USA zu erinnern.

Die entscheidende Frage ist, ob die Industrieländer bereit sind, auf vieles zu verzichten, um der Dritten Welt Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Herr Hemmer behauptet, die "Dritte Welt habe nur wenige Produkte auf dem Weltmarkt anzubieten. Ich halte diese Behauptung nicht für richtig, wenn man etwa in Betracht zieht, wie groß der Anteil Lateinamerikas an der Ausfuhr von Rohstoffen ist.

Thurn

Ihrer Ausbeutungsthese kann ich nicht ganz folgen.

Kohlhase

Herr Garzón Valdés hat zu Recht darauf hingewiesen, daß im internationalen System, so wie es bisher funktioniert hat, selbst die Entwicklungshilfe noch für die Geberländer profitabel war. Es ist deshalb irreführend, Herr Bauer, die Sache so darzustellen, als handele es sich bei der Entwicklungshilfe um Almosen oder "Manna, das vom Himmel fällt". Sie ist geradezu darauf angelegt, auch denen einen Vorteil einzubringen, die sie leisten.

Neu ist, daß von den Entwicklungsländern heute praktisch in allen internationalen Gremien die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zu den Industrieländern gefordert wird. Die Länder, die unter dem geltenden System benachteiligt waren, verlangen jetzt mit Nachdruck faire Austauschbedingungen. Die Erhöhung der Rohstoffpreise, das heißt die Verbesserung der terms of trade zugunsten der Dritten Welt, gibt einen ersten Eindruck davon, wie man sich die Korrektur vorzustellen hat.

Es überrascht deshalb auch nicht, daß, es anlässlich der Ölpreisteigerungen keine Notkoalition zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten gegen die Ölländer gegeben hat. Der Solidarisierungseffekt ist schon deshalb ausgeblieben, weil die anderen Entwicklungsländer nur auf die Gelegenheit warten, nun auch ihrerseits von den Industrieländern höhere Preise zu fordern. Und das ist kein Problem, Herr Sohn, das die ehemaligen Kolonialländer allein betrifft, sondern in dieser Sache sitzen alle Industrieländer mitverantwortlich in einem Boot.

Todenhöfer

Sie sagen, Herr Kohlhase, Entwicklungshilfe läge fast immer im Interesse der Geberländer. Aber wenn die Bundesrepublik ein Drittel ihrer Kapitalhilfe für die Förderung ihres eigenen Exports einsetzt, dann nützen ihre verbilligten Kredite auch den Entwicklungsländern. Eine solche Politik liegt im beiderseitigen Interesse. Dies kann nicht als Ausbeutung diskriminiert werden.

Das gleiche gilt im Bereich der Handelspolitik: Wenn gefordert wird, daß die Länder der Dritten Welt in der Handelspolitik und vor allem in der Agrarpolitik größere Zugeständnisse erhalten, dann liegt das ebenfalls im beiderseitigen Interesse, im Interesse der Entwicklungsländer und auch in unserem eigenen. Nicht alles, was uns nutzt, schadet den Entwicklungsländern.

Matzke

Auch ich wende mich gegen die Ausbeutungsthese. Warum sind denn gerade die ärmsten der Entwicklungsländer, wie Afghanistan, Äthiopien, Thailand oder Burma, die niemals von den Kolonialmächten ausgeplündert wurden, heute zum Teil noch ärmer als die imperialistisch ausgebeuteten? Wir sind noch als Menschen für diese Länder irgendwie verantwortlich, aber nicht, weil einst die Engländer oder Franzosen dort ihre Kolonien hatten. Die Ausbeutungstheorie ist kein brauchbares entwicklungspolitisches Instrument.

Allenfalls kann man uns unsere törichte Handelspolitik vorwerfen.

Clausen

Ich gehe erstens davon aus, daß Entwicklung etwas mit Chancenequalisierung nach oben zu tun hat. Ich gehe zweitens davon aus, daß es in allen sozialen Beziehungen reine Hilfe im Sinne des

einseitigen Schenkens nicht geben kann. Die subtilen Sozialpsychologen belehren uns: Wenn ich jemandem etwas schenke, und er nimmt es an, dann akzeptiert er zumindest meine Definition, wie bedürftig er ist. Das gilt auch für die Entwicklungshilfe.

Worin besteht die Zweiseitigkeit der Entwicklungshilfe? Zunächst: Wir bekommen etwas dafür, wenn wir sie geben- Militärstützpunkte, Investitionsmöglichkeiten für unsere Privatindustrie oder sonst etwas. Zum anderen hat die Entwicklungshilfe zur Folge, daß die Gruppen, die sie gebend und nehmend disponieren, einen allmählichen Prozeß der Wertannäherung durchmachen. Inwieweit beide Gruppen innerhalb ihrer Gesellschaften dadurch eine Legitimationsbasis erhalten, ist ein offenes Problem.

Von daher stellt sich dann die Frage, wie die Kosten der Sache abgewälzt werden und welche Vorteile die disponierenden Machteliten für sich behalten. Wir müssen also mitanalysieren, was in unserer Gesellschaft geschieht, wie es hier mit der Egalisierung der Chancen steht. Diesem Mechanismus kann man nur entrinnen, wenn derjenige, auf den die Kosten abgewälzt werden, auch disponiert. Man fragt somit: Wer zahlt bei uns die Steuern? Die arbeitende Bevölkerung. Also greifen hier besser die Gewerkschaften ein. Entsprechend: Wie sieht es mit den Agrarreformen in den Entwicklungsländern aus, und welche Rolle spielen dabei unsere Agrarinteressen? Eine beklagenswerte und zum Teil sehr kuriose.

Für wen ist Entwicklungshilfe eine Illusion? Für diejenigen, die ihre Lasten tragen, aber nicht an ihren Vorteilen innerhalb unserer eigenen Gesellschaft teilhaben. Dagegen kann die Entwicklungshilfe in dem Sinne sogar sehr erfolgreich sein, wenn wir ein Stahlwerk exportieren und dafür einen Militärstützpunkt erhalten. Insofern ist sie auch keine Illusion. Illusion kommt erst auf, wenn man auf beiden Seiten über die Abwälzung der Kosten schweigt.,

Holzer

Ich kann das Gefühl nicht loswerden, Herr Bauer, als hätten Sie in Ihrem Referat das Porzellan von vor zehn Jahren zerschlagen. Ihre Beweisführung war absolut nicht stichhaltig. Ich habe den Eindruck, als hätten Sie eine Art Idi-Amin-Syndrom. Sie führen beispielsweise die Minderheiten an, die in Afrika so schlecht behandelt würden. Jeder hier weiß das; aber jeder hier weiß doch auch, welche sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Probleme die Anwesenheit der Asiaten in Ostafrika darstellten, lange bevor es einen Idi Amin gab.

Wirklich störend sind einige falsche Behauptungen, etwa die, die Hilfe gehe von Regierung zu Regierung. Das stimmt für einen großen Teil der offiziellen deutschen aus Steuergeldern finanzierten Entwicklungshilfe einfach nicht. Dann stellen Sie in Frage, daß die Menschen in den Entwicklungsländern überhaupt verzweifelt eine wirtschaftliche Entwicklung ähnlich der unseren anstreben. Wer immer in diesen Ländern herumreist, und ich habe das zwanzig Jahre lang getan, wird aber feststellen, daß die internationale Kommunikation diesen Menschen andere Vorstellungen von ihrem Leben heute und morgen vermittelt hat, als sie sie noch vor dreißig Jahren besaßen.

Sie führten Thailand als Erfolgsbeispiel an. Dabei ist Thailand selbst in den Augen konservativer amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler ein eklatantes Beispiel für einen Mißerfolg. Sie sagten weiter, die Entwicklungspolitik werde verpolitisiert, sie stärke die Macht der Regierungen gegenüber der Privatwirtschaft. Aber, lieber Herr Bauer, wenn Sie keine Unternehmer haben, mit wem wollen Sie dann als Partner in einem Entwicklungsland zusammenarbeiten? Das ist doch das große Problem der Entwicklungshilfe in den letzten zehn Jahren gewesen.

Auf der anderen Seite wird niemand bestreiten, daß in der Entwicklungspolitik im Ansatz und in der Durchführung unendlich viele Fehler gemacht worden sind, und zwar unabhängig davon, ob sich diese Entwicklungspolitik sozialdemokratisch, liberal oder Christdemokratisch definierte. Deshalb bedaure ich manche der Behauptungen von Herrn Bauer, so gerne ich Provokation sonst habe, weil sie uns den Blick dafür verstellen, wie man die Entwicklungshilfe verbessern könnte. Ich weiß wirklich nicht, an welcher Stelle man diesen Ansatz von Herrn Bauer liberal nennen kann.

Die Entwicklungsländer wollten von uns keine Modelle haben, Herr Bauer, aber sowohl der Osten wie auch der Westen haben sie sinnloserweise gezwungen, gesellschaftspolitische Modelle zu übernehmen. Wir im Westen haben so getan, als sei die Westminster-Demokratie ein phantastisches Beispiel dafür, wie es funktionieren könne. Die Sowjets haben den Ländern genau das Gegenteil gesagt: Macht es so wie wir, und ihr werdet bald erfolgreich sein. Dabei haben alle stets nur mit städtischen Minderheiten verhandelt, obwohl 75 bis 98 Prozent der Bevölkerung in den Staaten Afrikas auf dem Land leben. Die landwirtschaftliche Entwicklung ist vollkommen vernachlässigt worden.

In einem Land wie dem Senegal etwa sind 85 Prozent allen privaten wie staatlichen Kapitals, das in den ersten zehn Jahren der Unabhängigkeit investiert wurde, in die Region Dakar und die engste Umgebung gegangen. Für die Bauern wurde nichts getan. Durch diese Vernachlässigung wurde fast überall eine Flutwelle von Landflucht ausgelöst, so daß schließlich nicht einmal mehr Länder sich selbst ernähren konnten, die nicht in der klimabedrohten Sahel-Zone liegen. Natürlich ist es ein dogmatisches linkes Argument zu sagen, das sei nur die Folge von fünfzig oder von hundert Jahren Ausbeutung durch die kapitalistische Welt. Aber nur am Klima liegt es eben auch nicht.

Heck

Die meisten Entwicklungsländer übernehmen für ihre Wirtschaftspolitik weitgehend das Modell der Industrieländer. Das wirkt sich vor allem auf den Faktor Beschäftigung aus: Die Geberländer stehen nun vor der Frage, ob sie Entwicklungshilfe im Rahmen dieses wirtschaftspolitischen Grundmodells leisten sollen, weil sie damit unter Umständen bestimmte negative Tendenzen noch verstärken. Das ist in den letzten 25 Jahren überwiegend geschehen, teils bewußt aus politischen Motiven, teils aus Unkenntnis.

In jüngster Zeit hat man einen anderen Weg eingeschlagen, indem man versucht, dort, wo es möglich ist, gegenzusteuern. Aber genau wie die Entwicklungshilfe selbst ist diese Gegensteuerung nur von marginaler Bedeutung, wie Herr Matzke sagte.

Kreye

Das, was Herr Bauer ausgeführt hat, ist erstens theoretisch falsch, zweitens empirisch falsch, drittens politisch falsch und viertens moralisch fragwürdig.

Es ist theoretisch falsch, weil es den Bereich der Entwicklungshilfe von jeder historischen und von jeder gesamtgesellschaftlichen Entwicklung losgelöst betrachtet. Es wurde nicht der Versuch gemacht, Entwicklungshilfe einzuordnen in die sonstigen Beziehungen zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern, sie einzuordnen in die kommerziellen und industriellen Beziehungen zwischen unterentwickelten kapitalistischen, unterentwickelten sozialistischen, entwickelten kapitalistischen und entwickelten sozialistischen Ländern. Es gibt auf dieser Welt nicht nur bilaterale Beziehungen; man muß die Gesamtheit der multilateralen Beziehungen begreifen, um Entwicklungshilfe zu verstehen.

Es ist zweitens empirisch falsch, weil die Beobachtungen, die uns mitgeteilt wurden, nichts mit dem zu tun haben, was heute in der Dritten Welt wirklich geschieht. Herr Holzer hat auf einige Beispiele in Afrika und auch auf Thailand hingewiesen. Ich weiß nicht, was das für eine Welt ist, die Herr Bauer in seinem Referat gezeichnet hat. Es ist nicht die Welt, die ich gesehen habe, als ich in Lateinamerika, Afrika oder Asien war. Es ist nicht nur das Porzellan von vor zehn Jahren zerschlagen, sondern auch eine Welt von vor zehn Jahren geschildert worden.

Es ist drittens politisch falsch, weil es von der Vorstellung ausgeht, daß sich die unterentwickelte Welt ohne Entwicklungshilfe entwickeln wird. Es ist auch deswegen politisch falsch und irrelevant, weil es von der Vorstellung ausgeht, daß die Welt so bleiben wird, wie sie gegenwärtig ist, daß es also keine Kriege, keine Revolten, keine Gewalt geben und sich die Welt so wie in den letzten zehn oder zwanzig Jahren weiterentwickeln wird.

Time Magazine hat eine seiner letzten Ausgaben "The Last Year of the Past" überschrieben. Das mag andeuten, was in der Welt heute los ist. Vielleicht werden wir - ob mit oder ohne Entwicklungshilfe - in zehn Jahren hier nicht mehr so ruhig über die Zustände in der Dritten Welt diskutieren können. An vielen Stellen der Welt kann ein dritter Weltkrieg ausgelöst werden, ohne daß irgend jemand weiß, wie man ihn verhindern will.

Schließlich, viertens, einige Worte zur moralischen Fragwürdigkeit der Ausführungen von Herrn Bauer. Die Arroganz, die er angesprochen hat, trifft meistens nicht für diejenigen Menschen zu, die sich in der Entwicklungshilfe in der Dritten Welt engagiert haben. Gerade diese werden häufig von einem hohen moralischen Bewußtsein geleitet, den Menschen in der Dritten Welt zu helfen. Daß ausgerechnet über diese der Stab gebrochen wird und sie den Makel der Arroganz tragen sollen, ist mir völlig unverständlich. Natürlich gibt es Arroganz in westlichen und auch in sozialistischen Ländern, aber in der Regel nicht bei denjenigen, die in der Entwicklungshilfe tätig sind.

Angesichts der Not und des Elends, wie es selbst der Präsident der Weltbank, McNamara, feststellt, wie es jeder, der in der Dritten Welt herumgereist ist oder gearbeitet hat, vor Augen hat, angesichts der Tatsache, daß eine Milliarde Menschen hungern, im Dreck und im Elend leben, keine medizinische Versorgung haben, nach wie vor ihre Primärbedürfnisse nicht befriedigen können, ist es

überhaupt keine Frage, daß Entwicklungshilfe sinnvoll sein kann. Zu fragen ist aber auch, ob das angesichts der Strukturen der internationalen Ökonomie eine ausreichende Antwort ist.

Thurn

Sie haben die Welt in ihrem gegenwärtigen traurigen Zustand geschildert, und das nach immerhin 25 Jahren Entwicklungshilfe und nachdem über hundert Milliarden Dollar in die Entwicklungsländer geflossen sind. Das scheint nicht gerade den Erfolg der bisherigen Entwicklungshilfe zu bestätigen.

Kohlhase

Vielleicht erklärt sich dieses negative Ergebnis damit, Herr Thurn, daß mehr als hundert Milliarden Dollar auch wieder in die Geberländer zurückgeflossen sind.

Stich

Auch für mich ist Entwicklungshilfe eine Notwendigkeit. Schon die in einer interdependent gewordenen Welt heute vorhandenen politischen "Zwänge" lassen gar keine Alternative zu.

Allerdings läßt sich meines Erachtens die Frage des "Ob" und des "Wie" der Entwicklungshilfe in der Praxis nur gedanklich trennen. Hier hat sich in den letzten zwanzig Jahren eben gezeigt, daß die verschiedensten Arten von illusionärer Entwicklungspolitik durchexerziert worden sind. Das begann mit der Vorstellung der Amerikaner, man könne in fünf oder zehn Jahren die Welt entwickeln und in solch kurzer Zeit Prozesse, die normalerweise sechzig, achtzig oder mehr Jahre dauern, durchziehen. Es gibt auch heute viele Leute, die glauben, daß man die Entwicklungsprobleme durch Umverteilung innerhalb von fünf oder zehn Jahren lösen könne.

Ebenso verbreitet sind Vorstellungen der Entwicklungshilfe, nach denen die Verhältnisse in den Empfängerländer so gestaltet werden müßten, wie es dem jeweils "letzten Schrei" gesellschaftspolitischer oder wissenschaftlicher Orientierung in den Geberländern entspricht.

Wenn wir demgegenüber beispielsweise im EG-Bereich sehen, wieviel Geld während Jahrzehnten nach Südtalien gepumpt worden ist und wie relativ wenig die dabei verfolgten Ziele bisher erreicht werden konnten, dann wird klar, daß die eigentlichen Probleme vieler Entwicklungsländer außerhalb der materiellen Sphäre liegen. Entscheidend ist vielmehr der Mensch, seine Motivation und sein Verhalten im Bereich der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Die eigentliche Frage für viele Entwicklungsländer sehe ich also darin, ob die Menschen dort bei den vielfach vorhandenen andersartigen geistig-seelischen Orientierungen eine Motivation übernehmen wollen, die so etwas wie unsere Leistungsorientierung - also den Willen, durch eigenen Einsatz voranzukommen - darstellt. Wenn diese Frage in einzelnen Ländern mit nein zu beantworten wäre, entfällt damit weitgehend die Basis auch für eine wirksame Entwicklungshilfe. Diese Grundfrage wird heute noch viel zu wenig behandelt.

Todenhöfer

Ich frage mich häufig: Hat die Entwicklungshilfe einen Sinn? Das darf kein Tabu sein. Die gleiche Frage stellt sich auch für die Strukturpolitik in unserem eigenen Land, mit der wir die strukturschwachen Gebiete fördern wollen. Herr Stich erwähnte eben Südtalien als Beispiel für die geringen Erfolgsaussichten einer europäischen Regionalpolitik.

Trotz all dieser Zweifel und Bedenken komme ich immer wieder zu dem Ergebnis, daß Entwicklungshilfe geleistet werden muß.

Wenn Sie so generell gegen Entwicklungs- oder Auslandshilfe sprechen, Herr Bauer, dann vergessen Sie möglicherweise, daß wir von den Entwicklungsländern ebenfalls abhängig sind.

Wie sehr die liberale Weltwirtschaft, die auf der internationalen Arbeitsteilung beruht, heute in Schwierigkeiten ist, hat sich zuletzt auf der "Rohstoffkonferenz" in New York gezeigt. Dort ist deutlich geworden, daß die Entwicklungsländer zwar nicht wissen, welche neue Weltwirtschaftsordnung sie wollen. Aber sie sind sich völlig einig, daß sie die jetzige Weltwirtschaftsordnung nicht mehr wollen. Solange wir aus Gründen der internationalen Arbeitsteilung von zwei Dritteln der Erde, den Entwicklungsländern, abhängig sind, müssen wir einen Weg suchen, um dort ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Stabilität zu erreichen. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir selbst die Hauptleidtragenden sein. Vielleicht müßten wir den Akzent weniger auf die Entwicklungshilfe, sondern stärker auf die für die Entwicklungsländer viel entscheidenderen Fragen der Handels- und Währungspolitik legen.

Wenn wir uns überlegen, ob Entwicklungshilfe überhaupt einen Sinn hat und in welchen Formen sie wirksam geleistet werden kann, dann sollten wir auch die Frage stellen, welchen Entwicklungsländern wir in Zukunft bevorzugt Entwicklungshilfe gewähren. Ich bin der Meinung, daß wir Kapitalhilfe und technische Hilfe überwiegend den Ländern der "Vierten Welt" geben müssen, also jenen Ländern, die im Augenblick kaum Entwicklungschancen haben, die weder über Kapital noch über Rohstoffe verfügen. Dabei denke ich nicht nur an die 25 least developed countries, denen die Bundesrepublik bisher nur zehn Prozent ihrer gesamten Entwicklungshilfe gegeben hat - entgegen allen pragmatischen Beteuerungen.

Dagegen müßten wir gegenüber den weiter fortgeschrittenen Ländern der Dritten Welt Formen echter Partnerschaft finden und auch Interessenpolitik, Politik im beiderseitigen Interesse, betreiben. Das meine ich weniger im Sinne der Exportförderung und der Rohstoffsicherung. Wir müssen ganz generell nach Wegen suchen, die es für die Länder der Dritten Welt lohnenswert erscheinen lassen, sich an einem System der arbeitsteiligen Weltwirtschaft zu beteiligen.

Was die Herablassung der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern angeht, so stimme ich Herrn Bauer zu. Diese Herablassung hängt mit der karitativen Motivation zusammen, die viele Industrieländer der Entwicklungspolitik gegeben haben. Diese Motivation hat auch in Deutschland nach außen die entscheidende Rolle gespielt und sicher in den Entwicklungsländern manchen Schaden angerichtet. Wir haben das karitative Moment überbetont und das auch vorhandene wohlverstandene Eigeninteresse unseres Landes zu sehr diffamiert.

Im übrigen, Herr Sohn, Sie sprechen hier davon, was man entwicklungspolitisch alles tun sollte. Sie haben doch jahrelang Gelegenheit gehabt, das durchzuführen, was Sie heute fordern.

Thurn

Ich entsinne mich eines Vertrages, den der Undersecretary of Commerce der USA im Entwicklungsinstitut der Weltbank hielt, in dem er Höhe und Qualität der amerikanischen Entwicklungshilfe pries. Nach dem Vortrag wurde er gefragt, warum die USA so ungeheure Anstrengungen für die Entwicklungshilfe unternähmen. Will man die eigenen Fabriken beschäftigen oder die landwirtschaftlichen Überschußgüter loswerden? Beides wurde verneint. Auch das Motiv, die Widerstandskraft gegen den Kommunismus zu stärken, wurde als vordergründig abgetan. Dieses Argument habe nur den Zweck, daß der Kongreß die Mittel für die Entwicklungshilfe bewillige.

Nein, der eigentliche Sinn der Hilfe sei, so eröffnete der Regierungsbeamte den erstaunten Zuhörern: -"We want to make a better world!" Wie sollte man das verstehen: Zuerst kamen die Spanier und die Portugiesen und wollten das Gold. Dann folgten die Holländer und die Engländer, denen es um den Handel ging. Jetzt ist also das Zeitalter der Amerikaner, und die wollen eine bessere Welt herstellen. Das konnten die Leute einfach nicht verstehen. Wo immer ich in Afrika oder in Südostasien gewesen bin, keine Antwort auf die Frage, warum wir Entwicklungshilfe geben, war für die Leute befriedigend.

Sigmond

Herr Bauer meinte, obwohl die Entwicklungshilfe nicht viel taue, würden die Kirchen an ihr hängen. Nun gibt es in den Kirchen zu dieser Frage sehr unterschiedliche Auffassungen. Die Haltung der Kirchen in den USA. ist eine ganz andere als in Südamerika oder in Afrika. Insofern trifft die Behauptung nicht zu, sie würden die gegenwärtige Entwicklungshilfe generell bejahen.

Zudem stammt die Entwicklungsideologie nicht von den Kirchen. Sie sind erst zehn Jahre später in die Diskussion eingetreten. Dabei haben sie die Entwicklungshilfe einerseits unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit befürwortet. Zum anderen haben sie aber die falschen Motivationen kritisiert, von denen die Entwicklungshilfe bestimmt ist.

Historisch gesehen hatten die Kirchen in Europa immer etwas mit der Entwicklung zu tun - kulturell und auch ökonomisch. Mit der zunehmenden Säkularisierung der Gesellschaften sind die Kirchen dann in den Hintergrund getreten.

Senghaas

Wenn es stimmt, daß die Entwicklungshilfe, wie Herr Matzke sagt, nur von infinitesimaler Bedeutung ist, dann frage ich mich, warum beschäftigen wir uns nicht mit den Haupttrends der internationalen Ökonomie? Inwiefern wirken sie sich auf die Ökonomien in den Gesellschaften der Dritten Welt aus?

Ich hielte es für sinnvoll, zu untersuchen, welche Auswirkungen heute etwa die multinationalen Firmen auf die Infrastruktur dieser Länder haben. Sie operieren dort in den verschiedenen Sektoren,

beispielsweise auf dem Rohstoffsektor; weiterhin tragen sie zu einer Internationalisierung des Binnenmarktes bei; und drittens werden Betriebe, die bei uns nicht mehr produktiv arbeiten, dorthin ausgelagert. Die überkommenen Strukturdefekte der Wirtschaft in jenen Ländern, die durch eine ungleiche internationale Arbeitsteilung bedingt sind, werden mit solchen Maßnahmen nicht behoben, sondern nur verschärft.

Von diesem Zusammenhang her müssen wir uns vor allem auch die Frage stellen: Führt das, was wir im Bereich der Entwicklungspolitik zur Veränderung der internationalen Arbeitsteilung heute zu tun bestrebt sind, zu weiteren Strukturdefekten, oder ist unsere Entwicklungspolitik ein echtes Korrektiv?

Deshalb kommen wir nicht umhin, klar zu sagen, was wir unter Unterentwicklung und was wir unter Entwicklung verstehen. Der Begriff, Unterentwicklung meint etwa hinsichtlich der ökonomischen Struktur: strukturell defekte Wirtschaftskreisläufe. Was bedeutet Unterentwicklung hinsichtlich der gegebenen Gesellschaftsformation und so weiter? Erst von solchen Fragen und Antworten her können wir einen sinnvollen Begriff von Entwicklung gewinnen, der die Voraussetzung ist, um eine Kritik der überkommenen Entwicklungshilfe vorzunehmen und eine neue normative Theorie von sinnvoller Entwicklungshilfe zu erarbeiten.

Malaviya

Ich bin überrascht, wie sehr sich hier die Teilnehmer aus den Industriegesellschaften offenbar davor fürchten, sich mit Fragen der Ethik und Moral zu befassen. Beide Referenten haben sich gegenseitig nicht genug versichern können, daß Moral und Ethik nicht die eigentlichen Maßstäbe für die Entwicklungshilfe sein sollten. Wenn dies eine Folge der Diskrepanz zwischen technisch-ökonomischer Entwicklung und sozialem Vorstellungsvermögen ist, dann sollte sich die Dritte Welt ein Beispiel daran nehmen, daß ein Fortschritt dieser Art einen sozialen Analphabetismus mit sich bringt, der nicht nachahmenswert ist.

Die beiden Vorträge von Herrn Bauer und Herrn Sohn lehne ich entschieden ab. Bei Herrn Bauer vermisste ich nicht nur das, was Herr Kreye angeführt hat, sondern frage mich außerdem, ob sich Gegenwart und Zukunft überhaupt verstehen und gestalten lassen, wenn man sich nicht die Geschichte vor Augen führt. Ich bin erstaunt über Ihre Arroganz, Herr Bauer, wenn Sie den westlichen Völkern, die sich durch Ausplünderung, Mord und Ausbeutung entwickelt haben, eine selbständige Entwicklung zuschreiben, der jede empirische, vor allem aber jede theoretische und auch politische Perspektive fehlt.

Wenn wir uns heute, Ende 1974, immer noch fragen müssen, was Unterentwicklung und was Entwicklung ist, wo auf der einen Seite ein Drittel der Menschheit infolge übermäßigen Kalorienverbrauchs eine höhere Sterblichkeit aufweist, während auf der anderen Seite das zweite Drittel der Menschheit verhungert, dann sollten wir uns ernsthaft fragen, ob wir in der Lage sind, eine Weltperspektive zu entfalten, die notwendig ist, um überhaupt politisch handeln zu können.

Wenn wir Entwicklungspolitik betreiben wollen, sollten wir zunächst klären, was wir unter Entwicklung und Unterentwicklung verstehen. Besteht zwischen beiden vielleicht ein Zusammenhang in dem Sinne, daß sich die einen Gebiete nur dann entwickeln können, wenn andere in der Unterentwicklung stehenbleiben? Wenn das zutrifft, wird die Entwicklungshilfe so, wie man sie heute definiert, eine Illusion bleiben. Dann können nämlich die Reichen nur geben, wenn sie zuvor irgendwo irgend etwas genommen haben. Ob das innerhalb eines Landes oder auf Weltebene geschieht, ist nicht entscheidend; denn die Folgen wirken sich weltweit aus.

Ich bin weiter der Ansicht, daß die politischen Kräfte in den Industriegesellschaften, ob in der Bundesrepublik oder in den USA, von ihren sozialen Machtzentren so beeinflußt werden, daß dadurch die Richtung der Entwicklungspolitik wesentlich mitbestimmt wird. So leisten die christlichen Kirchen Spendenhilfe

auf karitativer Basis. Die multinationalen Konzerne kommen aus den gleichen Zentren, in denen die Kirchen ihre Spendenmittel sammeln. Hier besteht ein direkter Zusammenhang. Solange die multinationalen Konzerne diese Gesellschaften ausbeuten können, muß es auch Kirchen geben, die Spendenmittel sammeln. Erst beides zusammen garantiert eine gewisse politische Stabilität.

Wenn wir uns schließlich die Frage stellen, ob die Entwicklungshilfe eine Illusion ist, dann müssen wir weiter fragen: Ist nicht Entwicklung überhaupt eine Illusion? In einem weltweiten Zusammenhang heißt das: Welche Entwicklung müssen die Industriegesellschaften nehmen, damit sie ihre Freiheiten nicht auf den Unfreiheiten des anderen, des armen Teils der Menschheit aufbauen? Diese Frage stellt sich unmittelbar für die Zentren der entwickelten Welt, die nicht in der Lage sind, sich so weit zu ändern, daß die anderen, die am Rande verhungern, auf den grünen Zweig kommen. Das Problem ist nicht

der Analphabetismus oder die Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern, sondern das Problem ist, daß die Alphabeten für die Menschheit keine vernünftigen und produktiven Ansätze zustande bringen.

Bauer

* Etliche Ihrer Feststellungen, etwa die Kritik an den Asiaten in Ostafrika und die These, der Reichtum des Westens sei den armen Ländern zuvor weggenommen worden, implizieren, daß wirtschaftliche Tätigkeit ein Nullsummenspiel ist und der Reichtum der Besitzenden notwendigerweise den Armen abgenommen wurde. Dem ist nicht so. Einkommen werden erzeugt. Dies sieht man am deutlichsten, wenn man die Aktivitäten mittelloser Einwanderer, etwa der Juden in Nordamerika und der Chinesen in Südostasien, betrachtet. Die Chinesen kamen alle als arme Kulis nach Südostasien und wurden außerordentlich reich.

Die Auffassung, daß wirtschaftliche Tätigkeit ein Nullsummenspiel ist, bei dem die Reichen und Wohlhabenden den Armen das Ihre abnahmen, hat eine lange und verhängnisvolle Geschichte. Es war einer der Trümpfe in den Händen der Nazis, daß die Juden auf Kosten des deutschen Volkes reich geworden seien. Dies geht zurück bis in die Antike.

Dagegen läßt sich nachweisen, daß gerade jene Entwicklungsländer die ärmsten sind, welche die geringsten Kontakte mit der Außenwelt haben. Was hat, sagen wir, der Reichtum der Vereinigten Staaten, Deutschlands oder der Schweiz mit der Armut der Pygmäen in Zentralafrika oder der Stämme in MittelGuinea zu tun - um einige Extremfälle zu nennen?

* Die folgenden Beiträge von Prof. Bauer wurden in englischer Sprache gehalten. Wegen einer Fernostreise war es ihm nicht möglich, seine ins Deutsche übertragenen Texte zu überprüfen.

Senghaas

Sehr viel.

Bauer

Nun, darüber läßt sich streiten.

Alles was heute Bestandteil des modernen Lebens ist, wurde während der Zeit des Kolonialismus nach Afrika gebracht. Im jenseits der Sahara liegenden Afrika konnten die Menschen vor dem Einzug der Kolonialmächte weder lesen noch schreiben, es gab keine oder kaum von Menschen angelegten Straßen und Schulen. Ich bin kein Verfechter des Kolonialismus; ich habe keinerlei Bindung an die Kolonialherrschaft. Ich meine, wir hätten viel besser daran getan, uns aus diesen Ländern herauszuhalten. Aber es ist nun einmal Tatsache, daß es jenseits der Sahara in Afrika nichts gab, was wir dem modernen Leben zurechnen. Natürlich kenne ich die berühmten und herrlichen Ruinen in der tropischen Welt. Das hat aber nichts mit allgemeinem materiellem Fortschritt zu tun. Das waren wunderbare Einzelleistungen.

Auf der anderen Seite stimmt es genausowenig, wenn behauptet wird, daß etwa die Neger in Afrika oder die Malayen in Südostasien Kinder der Natur seien, die nicht imstande sind vor auszuplanen. Herr Holzer sprach davon, daß es in diesen Ländern kein Unternehmertum gebe. Dies ist richtig und falsch zugleich. So gibt es zum Beispiel im ehemaligen Britisch-Westafrika 1,2 Millionen Hektar, die mit Kokospalmen bepflanzt sind. Jeder Baum gehört den Afrikanern, wurde von ihnen gepflanzt und wird von ihnen bewirtschaftet. Eine Kokospalme benötigt sechs Jahre, bis sie Früchte trägt. Jemand, der eine Kokospalme pflanzt, kann somit sechs Jahre vorausschauen. Natürlich unterscheidet sich das Unternehmertum dort, wenn man diesen Ausdruck verwenden will, vom Unternehmertum in unserer Gesellschaft vollkommen.

Was verstehen wir unter Entwicklung? Ich habe vorausgesetzt, daß wir für Auslandshilfe oder Entwicklungshilfe, wie immer Sie sie nennen wollen, das zur Zeit herkömmliche Kriterium akzeptieren, nämlich ein Wachstum des Volkseinkommens oder des Einkommens pro Kopf. Die Auslandshilfe wurde konzipiert und geleistet mit der Zielsetzung, daß sie die Pro-Kopf-Einkommen oder die Volkseinkommen in diesen Ländern erhöht.

Im Zusammenhang mit der Bevölkerungsexplosion stellt sich die Frage, woran wir den materiellen Fortschritt messen wollen. Überall in der sogenannten unterentwickelten Welt ist während der letzten ein bis zwei Jahrzehnte eine ungeheure Zunahme der Bevölkerung zu verzeichnen. Jeder sagt: Das ist entsetzlich. Aber betrachten Sie das einmal unter dem Gesichtspunkt, daß die Sterblichkeit zurückgeht, die Menschen also länger leben, dann bekommt dieses Phänomen eine ganz andere

Bedeutung. Denn die meisten Menschen schätzen eine höhere Lebenserwartung für sich und ihre Kinder. Dieses Kriterium tritt aber in den herkömmlichen Volkseinkommensstatistiken nicht in Erscheinung.

Wenn wir die Welt betrachten, dann kann die Frage nicht lauten: Warum sind manche Länder unterentwickelt? Vielmehr müssen wir die Armut als den Normalzustand der Menschheit nehmen, aus der manche Menschen oder Gruppen von Menschen aufgestiegen sind. Das ist kein Vorgang, der nur die letzten einhundertfünfzig Jahre betrifft, sondern das Ergebnis von Anstrengungen, die Tausende von Jahren zurückreichen.

Ich gebe Ihnen ein sehr einfaches Beispiel dafür. Systematische Reisen in ferne Teile der Welt wurden während der letzten dreitausend Jahre ständig vom Westen aus nach Afrika sowie Südasien und Südostasien unternommen. Eine Bewegung in der umgekehrten Richtung gab es praktisch nicht. Eine ganze Reihe von europäischen Reisenden besuchte schon zu Zeiten des Kaiserreiches China und wurde von den Chinesen in Erstaunen versetzt. Die Chinesen dagegen waren nicht im geringsten daran interessiert, etwas über die Länder zu erfahren, aus denen diese Reisenden kamen.

Zum Thema Agrarpolitik erwähnte Herr Matzke die Feststellung Gamani Coreas, es bestehe in den weniger entwickelten Länder das Dilemma, einerseits den Bauern Anreize zu geben, damit sie höhere Leistungen erbringen, gleichzeitig aber die Lebenshaltungskosten des ärmeren Teiles der städtischen Bevölkerung niedrig zu halten. In vielen der weniger entwickelten Länder sind die Bauern während der letzten dreißig Jahre in ihren Möglichkeiten beschränkt worden. Einen Grund dafür sehe ich in dem von den Engländern eingeführten schlechten System. Sämtliche Güter nämlich, die Afrika für den Export erzeugt, sind Regierungsmonopole: Kakao, geriebene Nüsse, Palmöl, Palmkerne, Baumwolle, Kaffee.

Die Engländer haben den nachfolgenden afrikanischen Regierungen die fertige Rahmenstruktur eines totalitären Staates hinterlassen. Dies ist das üble Erbe der Kolonialzeit. Dadurch hat sich der "Preis" für die politische Macht überall in Afrika erheblich erhöht; denn bei der Frage, wer die politische Macht innehat, geht es oft um Tod und Leben. Diese Monopole wurden nicht dazu benutzt, um die Lebenshaltungskosten der städtischen Bevölkerung niedrig zu halten, sondern um den Politikern enorme Vorrechte zu verschaffen. Für Nkrumah etwa dienten sie als Basis seiner Macht. Auch in Birma waren sie die Machtgrundlage für die verschiedenen Militärdiktaturen.

Birma war früher der größte Reisexporteur der Welt. Heute wird kein Reis von dort mehr exportiert, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man den Bauern so wenig dafür bezahlt, daß es sich für sie nicht lohnt, mehr Reis anzubauen.

Matzke

Das hängt auch mit der abnehmenden Anbaufläche zusammen.

Bauer

Natürlich hat die Anbaufläche abgenommen. Birma ist in den letzten dreißig Jahren materiell gesehen ärmer geworden. Aber seltsamerweise hat man nicht das Gefühl, daß die Menschen in dieser Gesellschaft unglücklich sind.

Matzke

Aber warum?

Bauer

Warum das so ist, weiß ich nicht.

Malaviya

Wenn Sie A sagen, müssen Sie auch B sagen.

Bauer

Nein, das muß ich nicht. Ich bin mir über das eine sicher, aber nicht über das andere. Ich bin nicht der Meinung, daß Kritik etwas Negatives ist. Die Tatsache, daß wir Krebs nicht heilen können, ist kein Grund dafür, einen Quacksalber nicht als Scharlatan zu entlarven.

Holzer

Sie sagten, die britische Regierung habe das Recht zu exportieren in die Hände der Afrikaner gelegt. Dem muß ich widersprechen; denn in Uganda, inTansania, dem früheren Tanganyika, und in Kenia lagen Export und Import fast ausschließlich in den Händen der asiatischen Minderheit, soweit nicht Europäer aktiv waren.

Bauer

Ich sagte: Die britische Regierung schuf Exportmonopole, offizielle Absatzorganisationen, die allein .exportieren dürfen. Das ist in Uganda, Ghana, Goldküste und Nigeria der Fall. Das hat jenen, die das Exportmonopol innehaben, eine ungeheure Macht verliehen.

Frau Steeg sprach über die Bedeutung der Infrastruktur. Die ölkonzerne und die internationalen Gesellschaften würden in diesen Ländern erst investieren, wenn eine entsprechende Infrastruktur vorhanden sei. Wie haben sie aber in der Vergangenheit investiert? Wie haben die Gummigesellschaften in Malaysia, die Zinnbergwerksgesellschaften und viele andere investiert? Natürlich begrüßen die 'multinationalen Gesellschaften westliche Auslandshilfe, weil für sie dadurch die Gefahr sinkt, enteignet zu werden. Sie gehen von ihrem engen Interessenstandpunkt aus; denn es paßt in ihre Pläne, daß die deutschen, britischen und amerikanischen Steuerzahler diesen Ländern Geld geben.

Sicher kann die Infrastruktur nicht vollkommen von privatwirtschaftlicher Seite her finanziert werden. Aber es besteht an sich kein Grund, warum die Regierung nicht Auslandsanleihen auf dem Weltmarkt aufnehmen sollte und diese dann mit Hilfe höherer Steuereinnahmen wieder zurückzahlt. Zwei Gründe halten sie davon zur Zeit ab: Erstens kommt es zu so vielen Enteignungen, daß ihre Kreditwürdigkeit darunter leidet, und zweitens: Wenn sie wissen, daß sie Kapital umsonst bekommen können, warum sollten sie dann handelsübliche Zinsen dafür bezahlen?

Herr Sohn sprach davon, wie wichtig es sei, Auslandshilfe zu gewähren, damit für den deutschen Export Exportmärkte aufgetan würden. Wenn man so argumentiert, sollte man sich auch darüber im klaren sein, was hier vorgeht. Da es sich um Steuergelder handelt, geht die Inlandsnachfrage im gleichen Maße zurück, wie der Auslandsmarkt expandiert. Weiter folgt aus diesem Argument, daß das Kapital in Entwicklungsländern produktiver angelegt ist, als wenn es in den Geberländern investiert worden wäre. Das ist aber äußerst unwahrscheinlich. Wenn nämlich das Kapital in den Empfängerländern produktiver als in den Geberländern wäre, würde es ohne jede Hilfe dorthin fließen.

Das Argument impliziert auch, daß die Auslandshilfe weitgehend eine Subvention seitens des Steuerzahlers an den Exporteur darstellt. Das ist größtenteils sicher richtig. Aber dann sollten wir es auch offen sagen. Dies wiederum gibt jenen in den weniger entwickelten Ländern Auftrieb, die behaupten, die ganze Auslandshilfe diene nur dazu, sonst unverkäufliche Waren loszuwerden.

Schließlich klingt diese ganze Argumentation ein wenig so, als würde man sagen: Es ist zum Nutzen eines Ladenbesitzers, wenn jemand in sein Geschäft einbricht und hinterher einen Teil des geraubten Geldes wieder in seinem Laden ausgibt.

Sohn

So, wie Sie es schildern, sehe ich die Zusammenhänge nicht. Das ist Ihr Standpunkt, Herr Bauer, aber nicht der meine.

Bauer

Wichtig ist mir folgendes: Ich bestreite, daß der Fortschritt irgendeines dieser Länder auch nur im geringsten von einer Landreform abhängt. So war es beispielsweise den Chinesen in Malaysia verboten, Land zu besitzen; denn dieses war den Malayen vorbehalten. Die Chinesen konzentrierten sich daher auf Handel und Industrie und wurden enorm reich. Die Auffassung, daß die Landreform eine Voraussetzung für materiellen Fortschritt sei, ist nichts anderes als eine weitere jener unklaren Versionen der Vorstellung, um die Armen reich zu machen, müsse man die Reichen arm machen. Aber ich sagte schon: Wirtschaftliche Tätigkeit ist kein Nullsummenspiel.

In der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg war es in Britisch-Malaya eine stehende Redewendung, daß es dem Chinesen gleichgültig sei, wem die Kuh gehöre, solange er sie nur melken dürfe. An diesem Ausspruch ist einiges wahr und einiges falsch. Falsch ist die darin enthaltene Annahme, die Chinesen hätten ihren Reichtum den Malayen weggenommen. Sie nahmen ihn nicht weg, sie schufen ihn selbst; denn vorher gab es ihn nicht. Richtig ist dagegen die Erkenntnis: Wenn ein Land relativ gut regiert

wird, kommt es den Bewohnern gar nicht so sehr darauf an, wer die Regierungsgewalt in den Händen hält. Kein Chinese in Malaysia wird heute sagen, es sei ihm gleichgültig, wer an der Regierung ist. Denn die Regierung schreibt ethnische Quoten für die einzelnen Berufssparten vor, sie vergibt Importlizenzen, sie erteilt Geschäftskonzessionen, und alles ist von Politik durchdrungen.

Kreye

Regierungsstatistiken zufolge kontrollieren die Chinesen nur etwa zehn bis zwanzig Prozent der Wirtschaft in Malaysia. Zwei Drittel der wirtschaftlichen Tätigkeit wird von Ausländern und nicht von Chinesen kontrolliert. Das gilt zum Beispiel für die Bergwerke, die Gummiplantagen, das Palmöl.

Eine Million Chinesen leben nach wie vor in Wehrdörfern, in die sie umgesiedelt wurden. Zwei Drittel der chinesischen Bevölkerung sind arm.

Bauer

Natürlich sind sie arm, aber sie sind weitaus besser dran als die Malaien.

Es wurde zu Recht gesagt, daß die Auslandshilfe neben dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung auch politische Ziele verfolge. Viele Leute meinen, die Auslandshilfe sei ein Instrument der politischen Strategie. Aber in dieser Form hat sie häufig genau die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Dazu ein Beispiel: Im Jahre 1965 einigten sich die Regierungen von Indien und Pakistan darauf, die Vermittlung im Kaschmirkonflikt dem sowjetischen Premierminister zu übertragen, obwohl Indien und Pakistan seit vielen Jahren westliche Auslandshilfe erhielten. Wenn mit der Auslandshilfe politische Ziele verfolgt werden sollen, dann müßte sie als ein Instrument der Außenpolitik verstanden werden und nicht nur mit stillschweigenden, sondern auch mit ausdrücklichen Bedingungen verbunden sein. Allerdings besitzen die meisten Empfängerländer keine wie immer geartete politische oder militärische Macht.

Ich persönlich würde jede Auslandshilfe einstellen, und ich stehe mit dieser Ansicht nicht allein; es gibt auch zahlreiche Linke, die sie teilen. Offenbar wird man aber in dieser Diskussion nur dann als Experte anerkannt, wenn man entweder ein Verfechter oder ein Verwalter der Auslandshilfe ist.

Ich würde also die Auslandshilfe einstellen, aber ich weiß natürlich, daß dies nicht geschehen wird. Denn die herkömmlichen Interessen - das Exportinteresse, das ideologische Interesse, das Interesse der Kirchen und so weiter;-, sie alle sind inzwischen so stark geworden, daß keine Hoffnung auf Einstellung der Hilfe besteht. Wenn sie aber weiter gewährt wird, sollte sie ausschließlich in Form von Geldbeihilfen an bestimmte Regierungen gegeben werden. Man sollte hier nicht von Anleihen sprechen; denn diese "Anleihen" haben gegenwärtig zu neunzig Prozent den Charakter von Beihilfen.

Man sollte jene Regierungen unterstützen, die eine Außenpolitik verfolgen, die sowohl im Interesse ihrer eigenen Bevölkerung als auch jener der Geberländer liegt. Weitere Kriterien wären etwa, ob die Regierungen versuchen, ein angemessenes Schulsystem, ein Verkehrsnetz, ein wirkungsvolles Geld- und Steuersystem und einige weitere Dinge dieser Art zu schaffen. Die Auslandshilfe sollte möglichst so gegeben werden, daß die politischen Spannungen verringert werden. Es ist jetzt überall ein soziales und ein politisches Problem, wer die Regierung innehat; denn die Einsätze im Kampf um die Macht haben sich wesentlich erhöht. Das wäre auch ohne Auslandshilfe der Fall gewesen, wurde aber durch sie erheblich verschärft. Daher sollte sie, solange sie noch weitergeführt wird, so gelenkt werden, daß diese Wirkungen soweit wie möglich abgeschwächt werden.

Stordel

Für die Definition der Ziele der Entwicklungshilfe existiert ein Dokument, das von allen Staaten der Vereinten Nationen für die zweite internationale Entwicklungsdekade gebilligt worden ist. Darin heißt es: "Das endgültige Ziel der Entwicklung muß es sein, eine anhaltende Besserung im Wohlergehen des einzelnen herbeizuführen und Vorteile für alle zu bringen. Wenn ungerechtfertigte Vorrechte, extremer Reichtum und soziale Ungerechtigkeiten weiterhin bestehen, dann erfüllt die Entwicklungshilfe ihren wesentlichsten Zweck nicht." Mit anderen Worten: Es handelt sich bei der Entwicklungshilfe nicht nur darum, das Pro-Kopf-Einkommen der einzelnen Länder zu erhöhen, Herr Bauer.

Das ist noch weiter ausgeführt in dem Dokument über die Entwicklungsstrategie. Dort wird unter anderem gesagt: Es ist wesentlich, eine ausgeglichene Verteilung des Einkommens und des Wohlstandes zu erzielen, die soziale Gerechtigkeit zu verbessern und die Produktivität zu erhöhen. Das Beschäftigungsniveau soll gehoben und ein höheres Maß an Einkommenssicherheit erzielt werden. Insbesondere sollen die Möglichkeiten für eine bessere Erziehung, Gesundheit, Ernährung, Unterbringung und soziale Sicherheit durch die Entwicklungshilfe gefördert werden. Auch in diesen

Formulierungen wird deutlich, daß die Zielsetzung der Entwicklungshilfe weit umfangreicher ist, als nur das Volkseinkommen dieser Länder zu erhöhen.

Herr Bauer sagte weiter, daß die Auslandsanleihen durch Steuereinnahmen finanziert werden können. Ich würde gerne wissen, wie in den am wenigsten entwickelten Ländern höhere Steuereinnahmen erzielt werden können. Und wie können Kredite, die in einer ausländischen Währung gewährt worden sind und bei denen auch die Zinsen in ausländischer Währung zu bezahlen sind, von solchen Steuereinnahmen in einheimischer Währung finanziert werden?

Herr Bauer betonte außerdem, daß die Entwicklungshilfe für die Erreichung politischer Ziele völlig unwirksam sei. Ich gebe zu, daß solche politische Entwicklungshilfe in vielen Fällen nicht zu den Zielen führt, für die sie an und für sich bezahlt wird. In anderen Fällen war sie jedoch sehr erfolgreich. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Anerkennung der DDR durch Entwicklungshilfe für etliche Jahre hinausgezögert worden ist.

Bauer

Diese UNO-Erklärung ist so vage, Herr Stordel, daß man ihren Inhalt nicht festlegen kann. Zum Beispiel waren und sind die privilegierten Gruppen in Malaysia die Malayen, aber reicher sind die Einwanderer. Diese UNO-Erklärung, wie viele andere, setzt Reichtum mit Privileg gleich. In ihr wird einfach unterstellt, wenn jemand besser ist als andere, dann muß er einen besonderen Vorteil gehabt haben. Aber dem ist nicht so. Der Reichtum der Juden in Deutschland oder in Amerika oder der Hugenotten und anderer Gruppen stand in keinem Zusammenhang mit Vorrechten. Der Reichtum der Chinesen oder selbst jener der Inder in Ostafrika oder in Südostasien hat nichts mit Privilegien zu tun.

Was zum anderen die Verbesserung der Beschäftigungslage als soziales Ziel angeht, so kann dem in dieser UNO-Erklärung jede beliebige Bedeutung gegeben werden. Wie wird dieses Ziel durch Auslandshilfe gefördert?

Sie fragen, Herr Strobel, wie diese Länder Zinsendienst und Rückzahlung der Anleihen leisten können. Aber wie waren denn die sehr armen Länder im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in der Lage, Zinsendienst und Rückzahlung bei Anleihen zu leisten?

Stordel

Was die Definition der Entwicklung anbetrifft, so bedauere ich natürlich auch, daß sich das nicht immer in meßbaren Größen darstellen läßt. Die Konsequenz darf aber nicht sein, Entwicklungshilfe so zu definieren, daß sie nur in Zahlen ausgedrückt werden kann. Im übrigen haben Sie in Ihrem Aufsatz zu Recht darauf hingewiesen, daß die Definition des Pro-Kopf-Einkommens sehr schwankt, je nachdem, was als Basis genommen wird. Sie sind dabei sogar so weit gegangen zu sagen, daß man gar nicht mehr unterscheiden könne, was arm und was reich ist.

Bauer

Ich sagte, es gebe bei den herkömmlichen Pro-Kopf-Einkommen eine stetige Kurve. Daher ist das Gerede von der ständig größer werdenden Kluft eine vollkommen bedeutungslose Feststellung. Es kommt nämlich ganz darauf an, wo die Trennlinie gezogen wird; denn dadurch bestimmt sich erst, wie hoch der Unterschied in den Pro-Kopf-Einkommen ist.

Hemmer

Wenn Sie sagen, Herr Bauer, daß die These von der ständig größer werdenden Kluft eine Fiktion sei, so wird diese Feststellung durch neuere empirische Untersuchungen von Branco Horvat gestützt, der eine Korrelationsanalyse zwischen dem Niveau des Pro-Kopf-Einkommens und der Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens durchgeführt hat. Er zeigt, daß es eine eindeutige positive Korrelation gibt bis zu einem Mittelwert des Pro-Kopf-Einkommens. Dann kippt die ganze Richtung jedoch um, so daß wir gewissermaßen zwei Korrelationsfunktionen haben: eine für arme und eine für reiche Länder.

Das heißt, mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen nimmt zuerst die Wachstumsrate zu, bis wir einen Wert erreichen, bei dem sich heute die weniger entwickelten europäischen Länder befinden. Von da an fällt die Kurve wieder ab. Wenn also das Pro-Kopf-Einkommen darüber hinaus ansteigt, nimmt die Wachstumsrate wieder ab. Wenn man an dieser Zäsur die Grenze zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern anlegt, haben Sie mit Ihrer Behauptung recht.

Malaviya

Als Inder bin ich jetzt verunsichert, Herr Bauer. Ich frage Sie: Welches waren die spezifischen Eigenschaften der Inder in Ostafrika, daß sie sich so gut entwickelt haben, und wie verhält es sich bei den Indern, die nicht das Glück hatten, mit nach Ostafrika genommen zu werden? Wie kommt es, daß sich die Inder in Ostafrika haben entwickeln können, während sich in Indien die Unterentwicklung weiter verbreitete?

Außerdem hätte ich gern gewußt: Was ist das Besondere an den Indern, die heute in Indien unter gleichen Bedingungen leben und trotzdem zu Wohlstand gelangt sind, wie zum Beispiel die Birlas und die Tatas? Woran liegt es - ohne daß ich das Nullsummenspiel hier akzeptiere;- , daß die eine Gruppe sich entwickelt und die andere Gruppe nicht? Wenn wir diese Zusammenhänge analysieren, können wir daraus vielleicht gewisse strategische Schlüsse ziehen, was wir tun müssen, um die Menschen zu motivieren.

Bauer

Ihre Frage ist sehr interessant, Herr Malaviya. Ich habe mich mit diesem Problem lange beschäftigt. Die Antwort weiß ich nicht. Die meisten Inder kamen als Hilfsarbeiter nach Ostafrika, um beim Bau der Eisenbahnlinie Mombasa-Nairobi-Kampala zu arbeiten. Sie waren die Niedrigsten unter den Niedrigen. Sie waren Kulis, manche kamen als ganz kleine Händler. Allerdings befand sich unter ihnen, im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung, eine hohe Zahl von Leuten, die fähig waren, ungenutzte wirtschaftliche Möglichkeiten wahrzunehmen.

Dies erklärt jedoch die Leistungsunterschiede zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen nicht völlig. Denn sowohl die chinesischen als auch die indischen Einwanderer kamen als mittellose Kulis nach Malaysia, und die Chinesen haben die Inder weit hinter sich gelassen, wenn auch die Leistung der Inder ebenfalls beachtlich war.

Wie die Leistungsunterschiede der Gruppen und Individuen zu erklären sind, darauf weiß ich keine Antwort, und ich glaube auch nicht, daß irgend jemand sonst hier die Antwort geben kann.

Ich bin ein eifriger Leser des indischen Schriftstellers Nirad Chaudhuai. Er schrieb, das Klima in Indien schlage sich in einer Bedrücktheit nieder, die in der Bevölkerung irgendwie ein Gefühl der Trägheit hervorrufe. Ich kann das verstehen. Ein anderes Buch trägt den Titel "Continent of Circe". Es ist das beste Buch im Bereich der Entwicklungswirtschaftslehre über die Zustände in Indien, das ich kenne. Warum nennt der Autor sein Buch "Continent of Circe"? Circe war eine Zauberin im klassischen Griechenland. Sie verwandelte alle Menschen, die auf ihre Insel kamen, in Tiere. Der Autor meint, das Klima in Indien sei so zerstörerisch, daß es die Kräfte aller Gruppen, die nach Indien kamen und über mehrere Generationen dort blieben, unterminierte. Er mag unrecht haben, aber er ist immerhin Inder.

Malaviya

Als Wissenschaftler müssen wir die politischen und andere Hintergründe ermitteln, also die Motivationen und Ziele herausfinden. Wenn mit der Auslandshilfe bestimmte politische Ziele verfolgt werden, dann müssen wir definieren, welches Interesse das Geberland veranlaßt, die Hilfe zu gewähren, und welches Interesse das Empfängerland hat, das die Hilfe erhält. Ich stimme mit Ihnen in vielem überein, aber die Schlüsse, die Sie aus Ihrer Analyse ziehen, sind bei der vorherrschenden sozio-ökonomischen Struktur der Industrieländer sehr gefährlich. Offenbar bewerten Sie die menschlichen Gesellschaften schon fast danach, ob sie mit einem Schraubenzieher umgehen können oder nicht.

Bauer

Ich lehne jegliche Kriterien dieser Art vollkommen ab.

Holzer

Ich finde Ihre These sehr interessant, Herr Bauer. Ich meine aber, es ist gar nicht so schwer zu erklären, warum sich die Verhältnisse der Inder in Indien von denen ihrer Landsleute in Ostafrika unterscheiden. In Ostafrika sind nämlich Formen von Zwischenherrschaft entstanden, die ganz andere Bedingungen herstellen. Die Inder, die zuerst kamen, waren in der Tat Kulis der Europäer. Schon in der nächsten Generation aber war bereits eine Zwischenherrschaft der Asiaten entstanden, verbunden mit - das sage ich im Gegensatz zu Ihnen - massiven Privilegien. Die britische Kolonialherrschaft brauchte nämlich eine Zwischenherrschaft, die entweder ihre Anordnungen durchführte oder den Handel betrieb und anderes mehr. Dieser asiatischen Minderheit wurden massive Privilegien gegenüber der afrikanischen Bevölkerung eingeräumt.

Nun wird niemand bestreiten, daß die asiatische Minderheit in Ostafrika außerordentlich tüchtig und arbeitsam gewesen ist. Das nicht zuletzt deshalb, weil sie eben eine Minderheit war. Jede Minderheit - die Ibos in Nordnigeria waren ein klassisches afrikanisches Beispiel dafür - ist in ihrer Arbeit anders motiviert. Sie muß sich zum Beispiel gegen die Mehrheit schützen, muß sich gegenüber einer Mehrheit wirtschaftlich behaupten.

Auf diese Weise ist noch in der kolonialen Zeit ein Machtprivileg entstanden. Deshalb kann man nicht einfach die Massenvertreibungen durch Idi Amin erwähnen, ohne die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede und die daraus erwachsenden Spannungen zu berücksichtigen, die durch dieses Machtprivileg entstanden sind.

Bauer

Aber die Inder sind nicht nur in Ostafrika, sondern auch in Sri Lanka und in Burma vertrieben worden.

Malaviya

Aber das ist doch logisch. Während wir Inder versuchten, die Engländer loszuwerden, wird die gleiche Logik von den Ugandern angewendet, damit sie ihre "sehr guten" Inder loswerden.

Bauer

Die Engländer besaßen die Regierungsgewalt, was für die Asiaten weder in Uganda noch in Sri Lanka zutrifft.

Hemmer

Bei den Minoritäten ist Ihr Hinweis auf die Etablierung von Zwischenherrschaften nicht die einzig mögliche Erklärung, Herr Holzer. Denken Sie an die Hugenotten, die Friedrich der Große nach Preußen geholt hat. Denken Sie an die Juden im Mittelalter. Aus Westafrika kennen wir das Problem der Libanesen und der Levantiner aus der vorkolonialen Zeit.

Minoritäten haben in traditionellen Gesellschaften nur geringe Chancen, integriert zu werden. Deshalb konzentrieren sie sich auf die Aktivitäten, die von den etablierten Schichten als unwürdig angesehen werden. Das waren in vielen Entwicklungsländern die ökonomischen Tätigkeiten. Diese Begründung halte ich für viel plausibler, warum in vielen Entwicklungsländern gerade die Minoritäten das Leistungspotential am besten aktiviert haben. Sie wollten dadurch die für sie nachteiligen gesellschaftlichen Verhältnisse kompensieren.

Holzer

Ich behaupte nicht, daß mit dem Begriff der Zwischenherrschaft alles erklärt werden kann; aber teilweise trifft sicher zu, was ich gesagt habe.

Kreye

Von der Bevölkerung Malaysias sind etwa vierzig Prozent Chinesen, zehn Prozent Inder und fünfzig Prozent Malayen. Dabei leben die Chinesen besser als die Inder, und die Inder sind wiederum besser dran als die Malayen. Es stimmt auch, daß die Chinesen und Inder vor zweihundert Jahren als arme Kulis nach Malaysia gebracht worden sind und es ihnen wesentlich schlechter ging als den Malayen, die das Land besaßen. Sie schildern uns das aber so, daß der Eindruck entsteht, als hätten die unterschiedlichen Lebensbedingungen, die diese drei Bevölkerungsgruppen in Malaysia heute aufweisen, etwas mit irgendwelchen ethnischen Faktoren zu tun. Hier greift die Analyse einfach zu kurz.

Als die Chinesen und Inder als Kulis nach Malaysia kamen, sind sie in die Zinnminen und in die Gummipflanzungen gebracht worden, das heißt in den sich entwickelnden kapitalistischen Sektor. Dort wurden sie integriert. Folglich haben einige von ihnen mit dem Aufstieg dieses Sektors ebenfalls eine Veränderung ihrer ökonomischen Bedingungen erfahren. Den Malayen dagegen ging es zu der damaligen Zeit auf dem Lande besser, als es ihnen in den Minen oder den Gummipflanzungen gegangen wäre. Deshalb waren sie dort nicht integrierbar.

Man kann also erklären, warum es heute die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen gibt. Herr Holzer erwähnte das Beispiel der Zwischenherrschaft aus Afrika;- , ohne daß das etwas mit ethnischen Merkmalen zu tun hat. Eine rassistische Argumentation klingt bei Herrn Bauer immer wieder an, ohne daß sie offen ausgesprochen wird.

Ist Entwicklungshilfe eine Illusion? Lassen Sie mich dafür ein konkretes Beispiel aus Malaysia anführen. Dort ist in diesem Jahr eine Gruppe von Entwicklungshelfern aus der Bundesrepublik im Bereich der Waldwirtschaft tätig. Es sind Forstfachleute, die technische Hilfe geben. Sie zeigen etwa, wie man Waldwege anlegt oder wie man Drainagesysteme gestaltet. Diese Leute leisten positive Entwicklungshilfe, die dazu beiträgt, daß der Wald sinnvoll genutzt wird.

Zur gleichen Zeit wird in Malaysia von der internationalen Holzwirtschaft Raubbau am tropischen Regenwald betrieben. Experten sagen voraus, daß dieser Raubbau in zehn oder zwanzig Jahren zu Bodenerosion und zu Überschwemmungen führt, da der Regen von den Bergen abfließt und nicht mehr durch das Moos und die Flora des Waldes gehalten wird. Durch die Überschwemmungen wird die fruchtbare Erde aus den Tälern weggespült und damit den Bauern die Lebensgrundlage entzogen. In weiteren zehn Jahren werden Hunger und Unterernährung die Folge sein.

Nun kommt nach zwanzig Jahren Herr Bauer und sagt, es habe dort doch Forstwirtschaft und technische Hilfe aus der Bundesrepublik gegeben. Das Ergebnis sei, daß es jetzt schlechter gehe als je zuvor.

Wenn man die Wirkungen der Entwicklungshilfe richtig beurteilen will, dann ist es unumgänglich, jeweils die Gesamtzusammenhänge der ökonomischen Entwicklung zu sehen und sich nicht irgendeinen Faktor herauszugreifen, um daran das Versagen der Hilfe zu konstatieren. Was diese Forstfachleute aus der Bundesrepublik in Malaysia tun, ist durchaus sinnvoll. Aber es reicht nicht aus, das wiedergutzumachen, was im gleichen Augenblick von anderer Seite zerstört wird. Diesen Zusammenhang vermisste ich ständig in der Analyse von Herrn Bauer.

Matzke

Warum wenden Sie sich nicht an das Federal Government in Kuala Lumpur, das dafür zuständig ist? Das ist dann doch keine Frage der Entwicklungshilfe mehr.

Bauer

Diese Argumentation von den Gummiplantagen habe ich schon vor dreißig oder vierzig Jahren gehört. Es heißt, in zwanzig Jahren sei alles zerstört, weil man sich nur für die Nutzung des Waldes, aber nicht für die menschliche Umwelt interessiert habe. Möglicherweise haben Sie recht, Herr Kreye, aber ich komme zu einer anderen Schlußfolgerung als Sie. Technische Hilfe sollte nur gegeben werden, wenn die einheimische Regierung dafür zahlt; denn nur sie selbst weiß, welche Art von technischer Unterstützung für ihr Land am wirksamsten ist.

Die Japaner beispielsweise haben im ersten Drittel dieses Jahrhunderts eine erhebliche Anzahl ihrer Leute nach Deutschland und England geschickt, damit sie lernen sollten. Außerdem haben sie ausländische Fachleute nach Japan engagiert. Gerade weil sie selbst dafür bezahlt haben, wußten sie besser, welche Art der technischen Hilfe entsprechend den damaligen sozialen und politischen Voraussetzungen in Japan am geeignetsten war.

Kreye

Meine Schlußfolgerung ist aber: Der Raubbau am Wald ist das Übel, nicht die Entwicklungshilfe.

Hemmer

Irgendwie fasziniert es mich, Herr Kreye, daß in bestimmten Aussagesystemen spätestens im dritten Satz das Schlagwort von der Ausbeutung durch die Ausländer auftaucht.

Kreye

Das habe ich nicht gesagt.

Hemmer

Sie wird aber von Ihnen de facto unterstellt. An diese Ausbeutungsthese schließt sich dann noch die Reflexion auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang an, den keiner genau kennt. Das sind doch, überspitzt gesagt, Phrasen.

Liberia holt beispielsweise ausländische Gesellschaften herein, weil die über das beste technische Knowhow verfügen, wie man den Wald möglichst sinnvoll verwertet. Dann spricht man von

Ausbeutung. Wenn die Liberianer das selbst machen würden, wäre der Wald total zerstört worden. Das nur als Gegenthese.

Holzer

Ich muß Ihnen da widersprechen, Herr Hemmer. In Liberia hat die Bundesrepublik ein Forstprogramm finanziert, eine ausgezeichnete Untersuchung. Dann hat in der Tat eine korrupte eigene Regierung dieses Gutachten einer Anzahl internationaler Holzabbau-Spezialisten vorgelegt. Wer am besten zahlte, bekam die Konzession. Heute reichen die Waldbestände, über die Liberia selbst verfügen könnte, nicht einmal mehr aus, um eine holzverarbeitende Fabrik aufzubauen.

Matzke

Wir können uns doch nicht in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einmischen.

Holzer

Darum geht es nicht.

Matzke

Es ist ein zentrales Thema, die Unfähigkeit einer mehr oder minder korrupten Regierung mit der Effizienz der Entwicklungshilfe in Verbindung zu bringen. Solange mir nicht ein Friedensforscher die Frage beantwortet, wie man unfähige Regierungen zur Landreform veranlaßt oder dazu bringt, nicht mehr korrupt zu sein oder die Bäume nicht im Raubbau abzuholzen, solange bleibt das eine Idylle.

Holzer

Nyerere, der Präsident von Tansania, hat einmal gesagt, Entwicklung sei nicht zuerst der Bau von Fabriken, von Straßen und von Krankenhäusern, sondern Entwicklung finde nur statt, wenn die Menschen sich entwickelten. Das ist nicht so idealistisch gemeint, wie es sich anhört. Es bedeutet vielmehr die Rückkehr zu größerer Bescheidenheit.

Deshalb halte ich zum Beispiel nicht die wirtschaftliche Ausbeutung für die schlimmste Folge der Kolonialherrschaft, sondern die bewußte und unbewußte Zerstörung der Identität, des Selbstbewußtseins großer Teile der Bevölkerung in jenen Ländern. Das geschah auf verschiedene Weise, indem man sie zu halben Franzosen, halben Engländern, halben Deutschen machte oder zu machen versuchte. Oder man hat ihr eigenes Selbstbewußtsein einfach zerstört - die Mission genauso wie die Verwaltungsbeamten, indem man propagierte: Alles, was von euch kommt, ist schlecht, alles, was von uns kommt, ist gut.

Bitterli

Die Entwicklungshilfe wird daran gemessen, ob es ihr gelingt, das, was wir als koloniale Situation bezeichnen, abzubauen. Der Prozeß der Dekolonisierung ist nicht schon dadurch abgeschlossen worden, daß die Staaten unabhängig wurden.

Die koloniale Situation ist dadurch geprägt, daß die Gesellschaft in diesen Ländern ihre archaische Struktur, die für sich gesehen eine hohe Lebensqualität besaß, verloren hat. Dadurch haben die ethnischen Gruppen einen Geschichtsverlust erlitten und sind in Apathie verfallen, so daß sie sich sozial kaum mehr aktivieren lassen. Sie sind heute fast nur noch durch Katastrophenhilfe und karitative Spenden am Leben zu erhalten.

Hinzu kommt in diesen Ländern eine Europäisierung der regierenden Schichten, welche sehr oft darauf hinausläuft, die Strukturen kolonialistischer Machtausübung zu bewahren. Es zeigt sich hier ethnologisch das Phänomen der Überassimilation. So kann es geschehen, daß sich die regierenden Schichten in scharfen Gegensatz zur eigenen Bevölkerung stellen.

In der neueren Auseinandersetzung unter intellektuellen Afrikanern wird eine Tendenz immer deutlicher: Es geht darum, die Wiedergewinnung der Identität, die Erlangung der Selbstachtung vor das Wirtschaftswachstum zu stellen. Man muß hier nicht nur von China sprechen, auch in Algerien hat die Erneuerung der kulturellen Tradition sehr viel an Gewicht gewonnen. So hat man zum Beispiel die arabische Sprache aufgewertet, obwohl sie es den Algeriern erschwert, Kontakte mit Europa aufzunehmen.

Kohlhase

Mir scheint auch, daß sich die Entwicklungsländer in einer Identitätskrise befinden. Eine eigene Konzeption für ihre Entwicklungsziele haben die wenigsten von ihnen. Zugegeben oder nicht, die Entwicklungsstrategie läuft in der Regel darauf hinaus, unsere Wirtschaftsstruktur und am besten auch gleich die dazugehörige Bedarfsskala so rasch wie möglich zu kopieren. Einer der Gründe hierfür mag darin liegen, daß die Verantwortlichen in diesen Ländern sich häufig an westlichen Universitäten ihre Meinung darüber gebildet haben, was sie zu Hause durchsetzen wollen. Ob das aber die Werte und Maßstäbe sind, die unter den ganz anderen Bedingungen der Dritten Welt angemessen sind, ist heute fraglicher denn je.

Nur ein Land hat bisher hartnäckigen Widerstand geleistet gegen die Tendenz zur Anpassung an die Verhältnisse, wie sie für die westlichen Industrieländer charakteristisch sind, nämlich China. Die Führung des Landes hat freilich im Stile einer "Erziehungsdiktatur" in periodischen Abständen dieser ideologischen Versuchung gegensteuern müssen. Die Kulturrevolution und die jetzige Anti-Konfuzius-Kampagne sind wohl auch als Versuche zu verstehen, die Tendenz zur Annäherung an westliche Gesellschaftsmodelle aufzuhalten, selbst um den Preis von Wachstumseinbußen.

Steppacher

Meiner Meinung nach waren für die Entwicklungshilfe in der Vergangenheit drei Dinge charakteristisch, die mir gerade im Hinblick auf das Stichwort China relevant erscheinen. Einmal waren die gewählten modernen Techniken problematisch. Zweitens war man nicht bereit zu einer Politik, die Landreformen und andere gesellschaftliche Veränderungen unterstützte. Drittens hat man sich nicht auf die Güter konzentriert, die vom Standpunkt essentieller Grundbedürfnisse wirklich wichtig gewesen wären.

China hat sich genau umgekehrt verhalten. Es hat die Landreform und andere institutionelle Reformen durchgeführt, es hat mittlere Techniken neben modernen gewählt, und es hat sich auf die wichtigsten Güter konzentriert.

Matzke

Und - vor allem - es waren Chinesen.

Steppacher

Es ist auch problematisch, hier nur ganz allgemein von unterentwickelten Ländern zu sprechen. Es gibt Gruppierungen unter ihnen, und die politische Machtstruktur, die die Entscheidungsgewalt innehat, repräsentiert selten die Mehrheit der Bevölkerung. Mit diesem politischen Entscheidungssystem hängt es auch zusammen, daß landwirtschaftliche und andere Reformen nicht durchgeführt worden sind. Die Entwicklungshilfe hat diese Zusammenhänge ignoriert. Warum erreicht sie gerade die ärmsten Schichten der Bevölkerung nicht?

Malaviya

Wenn hier die chinesische Entwicklung als beispielhaft hingestellt wird, dann sollte man daraus auch die Schlußfolgerung ziehen, daß den Völkern der Dritten Welt offenbar nur in einem kommunistischen System eine Entwicklung möglich ist, das heißt, wenn sie sich von den kapitalistischen und demokratischen Teilen der Welt isolieren. Das ist nicht meine Position; denn es gibt auch Beispiele für andere mögliche Entwicklungen.

Senghaas

Das China-Beispiel lehrt uns dreierlei. Erstens: Es gibt Entwicklung nur außerhalb des von den kapitalistischen Metropolen beherrschten Weltmarktes, das heißt, wenn man unabhängig von einer ungleichen internationalen Arbeitsteilung bleibt.

Zweitens: Es gibt eine Entwicklung im Sinne der Befriedigung der Primärbedürfnisse der heute verarmten großen Masse der Bevölkerung nur, wenn es zu einer internen Umwälzung in den betreffenden Gesellschaften kommt, das heißt zu aufeinanderfolgenden politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Revolutionen.

Drittens: Es gibt eine Entwicklung nur - das gilt für China nicht aufgrund seiner Größe;- , wenn wir zu einer Form von regionaler Kooperation mit neuer internationaler Arbeitsteilung kommen.

Es ist falsch, wenn heute behauptet wird, diese Länder müßten sich besonders arbeitsintensiv betätigen. Das chinesische Beispiel lehrt vor allem, daß es auf eine Mischung ankommt: höchste

Kapitalintensität in bestimmten Bereichen, zum Beispiel in der Grundstoffindustrie, hohe Arbeitsintensität dagegen in der Landwirtschaft und in der lokalen Industrie, soweit sie auf die landwirtschaftliche Produktion bezogen ist.

Ein Land kann erst dann sinnvollerweise wieder in eine Form selektiver Kooperation mit dem Weltmarkt eintreten, wenn intern ein einigermaßen kohärenter Wirtschaftskreislauf aufgebaut worden ist. Dies hat China während der letzten 20 bis 25 Jahre erreicht.

Auch das Beispiel Japans zeigt, wie am Ende des vergangenen und zu Beginn dieses Jahrhunderts selbst ein Land mit kapitalistischem Entwicklungsweg durch eine sehr selektive Interaktion mit dem damaligen kapitalistischen Weltmarkt den Aufbau relativ kohärenter Wirtschaftskreisläufe zuwege brachte. Auf dieser Basis konnte es - höchst selektiv - in der Umwelt sich jene Technologien beschaffen, die geeignet waren, die Produktivität einzelner Sektoren zu erhöhen. Dagegen ist es etwas völlig anderes, wenn ein Land offensteht und vom internationalen Kapital umfassend penetriert werden kann, wie beispielsweise Brasilien. Insofern sollte China hier in der Diskussion bleiben.

Thurn

Was wissen wir eigentlich von China? Unlängst hat ein aus Peking zurückgekehrter Botschafter erklärt, es gebe in Peking 200 Europäer, darunter drei Journalisten, die nicht über die Stadtgrenze hinaus dürften. Die übrigen seien überwiegend maoistische Studenten. Am Schluß, seines Vertrages sagte er, den Chinesen gehe es heute besser als je zuvor in ihrer Geschichte; sie seien alle satt.

Ich habe mir erlaubt zu fragen: Woher wissen Sie das? Früher gab es in jedem Dorf in China Missionare, die ständig Briefe schrieben, so daß man genau wußte, was dort geschah. Heute ist das nicht mehr der Fall. Deshalb weiß ich nicht, ob man über China sprechen kann. Über Brasilien kann man reden; denn man weiß, wie die Verhältnisse dort sind.

Kreye

Es gibt eine Vielzahl unverdächtiger Zeugen, die China bereist haben, Herr Thurn. Lesen Sie etwa Berichte des Weißen Hauses: Prof. Barlogh, der für die Züchtung des Kurzstrohweizens mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, hat kürzlich zusammen mit USLandwirtschaftsexperten mehrere Wochen lang China bereist. Diese Fachleute kennen die landwirtschaftliche Situation in Asien, Afrika und Lateinamerika; sie sind nicht unvorbereitet nach China gefahren.

Prof. Barlogh hat in der New York Times in einem Bericht seine Eindrücke über den Stand der Landwirtschaft und über die Ernährungssituation in China veröffentlicht. Darin heißt es, die Delegation habe auf ihrer Reise durch China nicht ein einziges Feld entdecken können, das schlecht bestellt war. Überall habe man einen sehr hohen Stand der Agrikultur gesehen und keine Ernährungsprobleme angetroffen.

Kohlhase

Ich will mich nach einem einmonatigen Studienaufenthalt in China, von dem ich gerade zurückkomme, nicht als Chinakenner ausgeben. Aber auch dem nur interessierten Beobachter wird auf Reisen durch das Land sehr bald klar, daß der erklärte Modellcharakter Chinas für andere Entwicklungsländer allenfalls darin besteht, die Konsequenz zu bedenken, mit der die Verantwortlichen in der Volksrepublik nach dem Scheitern des "Großen Sprunges nach vorn" 1958 und der Hungersnot 1959-1961 auf eine prioritäre Förderung der Landwirtschaft umgeschwenkt sind. Die arbeitsintensive Entwicklung einer Landwirtschaft mit den Dimensionen eines ganzen Kontinentes hat zwar nicht die Armut beseitigt, wohl aber Hunger, Seuchen und die Misere von Jahrhunderten. Ob der Preis einer solchen Politik anderen Ländern angemessen und zumutbar erscheint, bleibt zu prüfen.

Sohn

Die volkswirtschaftliche Theorie hat bisher zu den Problemen, mit denen wir es in den Entwicklungsländern zu tun haben, an wirklich brauchbaren Vorstellungen und an realistischen Analysen wenig beigesteuert. Wir besitzen weder in der Beschäftigungs-, noch in der Wachstums- oder in der Verteilungstheorie Analysen und Modelle, welche die Voraussetzungen in Entwicklungsländern ausreichend berücksichtigen. Deshalb ist jede Entwicklungspolitik mit dem Risiko des Scheiterns belastet, weil sie sich zum Beispiel in den Ansätzen, von denen sie ausgeht, geirrt hat. Wer die Entwicklungshilfe kritisiert, sollte nicht übersehen, auf wie unsicherem Boden sie sich bewegt.

Entwicklungspolitik ist der Transfer von Kapital sowie von technischem und auch personellem Wissen zu concessional terms. Reine Außenhandelsaktivitäten würde ich nicht unter Entwicklungshilfe subsumieren, es sei denn, sie werden zumindest teilweise zu besonderen Bedingungen geleistet.

Entwicklungsländer unterscheiden sich von den Industrieländern sowohl im Pro-Kopf-Einkommen, im Grad der Unterbeschäftigung, in der Intensität ihrer Außenbeziehungen, aber auch im Bildungsniveau und in vielem anderem mehr. Sie weisen außerdem sehr viel stärkere interne Strukturunterschiede auf als die Industrieländer, ob das nun regionale, Einkommensoder Bildungsunterschiede sind.

Die Entwicklungspolitik muß schon deswegen sehr differenziert vorgehen und sich an der Situation des jeweiligen Landes orientieren, weil die Entwicklungsländer selbst untereinander sowohl in ihrer inneren Struktur als auch in ihrem Entwicklungsstand so außerordentlich verschieden sind. Um überhaupt die richtige Politik treiben zu können, brauchen wir eine Analyse der Situation des jeweiligen Landes zu einem bestimmten Zeitpunkt. Das bereitet aber schon deshalb Schwierigkeiten, weil wir keine brauchbaren Informationen über diese Länder besitzen. Nicht einmal die Weltbank ist bisher über Ansätze hinausgekommen. Es ist sogar ungewiß, ob die Informationen, die wir besitzen, auch nur einigermaßen zutreffen.

So wird zum Beispiel in Nigeria die Bevölkerungszahl kraft Gesetz höher festgesetzt, weil jemand meint, es müßten mehr Menschen sein. Als ich mich einst im Sudan aufhielt, nannte mir der Informationsminister gesprächsweise eine Bevölkerung von 18 Millionen. Als Staatspräsident Numeiri sagte, es seien 25 Millionen, stimmte der Informationsminister sofort zu. Da werden fast 40 Prozent einfach hinzuaddiert, weil es der Präsident so will. Unter solchen Voraussetzungen müssen wir Entwicklungspolitik treiben.

Woher nehmen wir eigentlich die Werte, an denen wir Erfolg oder Mißerfolg unserer Leistungen definieren? Wir transferieren unsere Leitbilder von Wachstum, Entwicklung, Bildung, ja sogar unsere Universitäts- und Schulsysteme in die betreffenden Länder. Das ist in der Tat überheblich, weil wir uns offenbar für die Größten halten. Wir gehen von unserem Leistungsideal aus, von dem wir gar nicht wissen können, ob die anderen es akzeptieren wollen.

Dagegen will die deutsche Entwicklungshilfepolitik entsprechend ihrer Konzeption Hilfe zur Selbsthilfe und zur Sicherung der Autonomie der Entwicklungsländer leisten. Das ist keineswegs so anspruchsvoll oder ideologisch, wie uns manche Leute unterstellen. Wir bieten einer autonomen Regierung nur unser Instrumentarium an, damit sie es zur Realisierung ihrer eigenen Ziele anwendet. Dagegen könnte man allenfalls einwenden, daß uns diese Ziele in diesem und jenem Punkt fragwürdig erscheinen. Wir können aber die Ziele, die diese Länder anstreben sollen, nicht vorschreiben.

Wir respektieren also die Autonomie des Entwicklungslandes und versuchen in keiner Weise, in seine inneren Angelegenheiten hineinzuregieren. Deshalb bin ich auch der Meinung, daß jede Auflage, etwa die DDR nicht anzuerkennen, außerhalb der Entwicklungshilfe liegt. Sie wäre dann ein Instrument der Außenpolitik zur Sicherung unserer Interessen, und dafür gäben wir Geld. Wir müssen allerdings bei dem gegenwärtigen Konzept in Kauf nehmen, daß wir Hilfe an ein Land geben, das aufgrund seiner Autonomie eine eigene Zielsetzung verfolgt, der wir uns anzupassen haben. Als Politiker muß ich jedoch - um nicht ganz so altruistisch zu erscheinen - auch nach den Interessen meines Landes fragen. Darum werde ich den Partnern, denen ich die Hilfe gewähre, gewisse Bedingungen stellen müssen. Es geht also auch um die Wahrung der beiderseitigen Interessen.

Als Entwicklungspolitiker komme ich jedoch nicht umhin, mir auch den Partner auf der anderen Seite, von der Regierung bis hin zur Sozialstruktur, daraufhin ansehen, ob er in das Konzept paßt, das ich mit der Entwicklungshilfe verfolgen will. Es gibt eine Reihe von Ländern, bei denen ich zurückhaltend wäre. Es gibt andere, in denen ich mich um so stärker engagierte. Wenn ich mein Geld ausbebe, habe ich auch das Recht, gewisse Prioritäten zu setzen.

Es ist für mich die Frage, wo die Entwicklungshilfepolitik aufhört und wo die Kooperation anfängt. Wenn die Bundesrepublik zum Beispiel Rohstoffvorhaben in Entwicklungsländern erschließt, dann erbringt sie zwar solche Leistungen zu concessional terms, aber doch in der Erwartung, daß ihre eigenen Rohstoffinteressen dabei befriedigt werden. Das ist dann keine Entwicklungshilfe im Sinne des totalen Altruismus. Die kann sich kein Land - auch Schweden nicht - auf die Dauer leisten. Voraussetzung für die Realisierung unseres Konzepts ist allerdings, daß unsere eigene Kooperationsfähigkeit mit den Entwicklungsländern im Rahmen der Veränderungen des gesamten weltwirtschaftlichen Gefüges erhalten bleibt.

Todenhöfer

Sicher gibt es kein allgemein gültiges Entwicklungsmodell, Herr Sohn, und selbst wenn es eines gäbe, hätte die Bundesrepublik nicht das Recht, es einem Entwicklungsland aufzudrängen. Gegen diesen Grundsatz haben wir in den letzten Jahren häufig verstoßen, indem wir versuchten, unsere gesellschaftspolitischen Vorstellungen den Entwicklungsländern zumindest mit einigem Druck zu präsentieren. Herr Matthöfer zum Beispiel hat einmal gesagt, für ihn könne es in Entwicklungsländern nur sozialistische und demokratische Entwicklungen geben.

Wenn der CDU etwa das Modell Tansania nicht gefällt, sollte sie es trotzdem unterstützen, weil Tansania dieses Modell gewählt hat. Genauso sollte die SPD einem Land wie Chile Entwicklungshilfe geben, auch wenn sie sich - wie übrigens auch die CDU in keiner Weise mit der jetzigen Regierungsform Chiles identifizieren kann, so wie die CDU der Entwicklungshilfe an Chile generell zugestimmt hat, als Allende noch an der Regierung war.

Ich kenne kaum ein Entwicklungsland, dessen Gesellschaftsstruktur mir wirklich zusagt. Aber die in diesen Ländern erforderlichen Strukturveränderungen können nur von ihnen selbst und nicht von den Industrieländern durchgeführt werden.

Das gleiche gilt für unsere Wirtschaftsmodelle. Eine Zeitlang waren wir der Meinung, die Entwicklungsländer müßten so schnell wie möglich in Ballungszentren industrialisiert werden. Heute gibt McNamara die Parole aus, jetzt müßten die ländlichen Bereiche so schnell wie möglich entwickelt werden. Wahrscheinlich wäre in den meisten Fällen eine gleichgewichtige Entwicklung von Stadt und Land das richtige. Letztlich aber ist das von Fall zu Fall verschieden. Und was noch wichtiger ist: Die Entscheidung über den einzuschlagenden Weg muß beim Entwicklungsland liegen. Wir sollten diese Entscheidung respektieren und die Entwicklungsansätze dieser Länder weiterfördern.

Malaviya

Ist die Illusion der Entwicklungshilfe nicht eine Folge von Denkansätzen und von politischen Entscheidungsprozessen, die auf falschen Voraussetzungen beruhen? Wir haben so getan, als brauchten wir bestimmte Länder nur juristisch autonom werden zu lassen, dann seien sie auch in der Lage, vom Tage ihrer Unabhängigkeit an die ökonomischen Prozesse und die internationale Arbeitsteilung umzugestalten. Indien ist heute unfähig, mit der wachsenden Zahl der Menschen, die am Rande des Existenzminimums leben, fertig zu werden. Dies gibt die indische Regierung selbst zu. Es ist eine Folge, daß Indien und die internationale Gesellschaft nicht in der Lage sind, diese Umgestaltung zu bewerkstelligen.

Ich stimme Herrn Todenhöfer zu, daß wir vielen Ländern selbst überlassen sollten, welche Art von Entwicklung sie anstreben. Aber als Inder frage ich Sie: Können Sie es zulassen, daß in Ländern der Dritten Welt Freiheit offenbar nur um den Preis des Hungers zu haben ist? Teilen wir damit die Welt nicht wiederum in zwei Gruppen von Menschen ein: die einen, die sich den Luxus von Demokratie und Freiheit leisten können, während die anderen dazu nicht in der Lage sind? Wir haben es nicht mit Ländern zu tun, die autonom und souverän sind. Die sozial-ökonomische Wirklichkeit sieht anders aus.

Wenn wir China als Vorbild nehmen, kann das nicht ohne politische Schlußfolgerungen bleiben. Ich muß als Inder wissen, ob die ganze demokratische Phrase, die man 25 Jahre lang im Munde geführt hat, in der Weltwirklichkeit überhaupt der Realität entspricht. Für mich geht es hier nicht um eine theoretische Möglichkeit, sondern um die Frage, inwieweit das Grundlage für konkrete politische Entscheidungen sein kann.

Wir müssen uns entscheiden, Herr Todenhöfer, inwieweit wir das von Tansania entwickelte Modell unterstützen können. Von mir aus soll die SPD das Chile-Modell unterstützen. Ich kann aber eine Arbeitsteilung nicht akzeptieren, bei der zum Beispiel ein Mitglied der SPD bei der Weltbank sitzt und mit dazu beiträgt, daß Allende gestürzt wird, während andere Mitglieder der SPD, sagen wir die Jungsozialisten, dafür sorgen, daß man irgendwelche Straßen nach Allende benennt.

Hemmer

Wenn wir den Partnern in den Entwicklungsländern nicht in die Ziele, die sie anstreben wollen, hineinreden dürfen, Herr Sohn, dann müssen wir sie doch auch die Projekte selbst vorschlagen lassen.

Clausen

Herr Sohn, Sie verbinden den Respekt vor der Autonomie mit unserem Recht, Prioritäten zu setzen. Darin liegt ein gewisser Widerspruch. Wir können uns jedoch hier nicht mit Zwar-Aber-Formulierungen

helfen, obwohl das im tagespolitischen Geschehen ganz praktisch ist. Deshalb kommen wir ohne eine Wertung nicht aus.

Ich habe vorhin etwas boshaft gesagt: Entwicklungshilfe ist auf einer gewissen Ebene zum Beispiel dann erfolgreich, wenn ich einen Stützpunkt dafür erhalte. Das rechnen Sie aber in die bezahlte Außenpolitik. Darin folge ich Ihnen gern.

Wenn wir uns also um Kriterien für Unterentwicklung und Entwicklung bemühen, dann müssen wir uns auch fragen: Was sehen wir denn in unserem eigenen Lande als typisch unterentwickelt an? Sonst läuft das nur auf die arrogante Feststellung hinaus: Wir sind gut, die anderen sind schlecht.

Jede inhaltlich ausgefüllte Entwicklungshilfe wirft uns zugleich auf die Probleme unserer eigenen Sozialstruktur zurück. Nur aus der Diskussion um die Unterentwicklung in Deutschland läßt sich eine wertende Definition von Entwicklung gewinnen, wie wir sie den anderen Ländern vorschlagen wollen.

Sohn

Ich bin nicht verpflichtet, mit jedem Entwicklungsland zu kooperieren, Herr Clausen. Da es mir an Geld fehlt, muß ich Prioritäten setzen. Aber im Rahmen dieser Prioritäten habe ich dann die Autonomie dieser Länder zu respektieren. Darin sehe ich keinen Widerspruch.

Im Gesamtkontext müssen wir uns aber auch überlegen, ob diese Prioritätenauswahl mit den wohlverstandenen Interessen der Bundesrepublik in Einklang zu bringen ist, ohne die Autonomie dieser Länder zu stören.

Matzke

Sie sagen, Herr Sohn, grundsätzlich sei die Zielsetzung des Entwicklungslandes maßgebend. Ich sehe aber keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Hilfe, die zwecks Rohstoffsicherung im Rahmen wirtschaftlicher Zusammenarbeit gegeben wird, und einer Hilfeleistung, mit der ich erreichen will, daß zum Beispiel die DDR nicht anerkannt wird. Beides ist keine echte Entwicklungshilfe. Etwas anderes ist es schon, wenn ich betone, die Gesellschaftsstruktur des Empfängerlandes müsse mir zusagen, zum Beispiel im Hinblick auf eine Landreform und so weiter.

Sohn

Maßgeblich sind die concessional terms.

Matzke

Das ist ein zu formelles Kriterium.

Valdés

Ich glaube nicht, Herr Sohn, daß es in der Dritten Welt sehr viele autonome Regierungen gibt, die auch nur einige selbständige Zielsetzungen verfolgen können. Man muß sich darüber im klaren sein, daß jede echte Entwicklungshilfe irgendwie subversiven Charakter hat.

Thurn

Es ist ein neuer Gesichtspunkt, daß jede Entwicklungshilfe subversiv ist.

Valdés

Das ist nicht schwer zu verstehen, wenn man davon ausgeht, daß Unterentwicklung eine Folge von gestörten Verhältnissen ist. Jede echte Entwicklungshilfe, also eine Hilfe, die nicht allein die Helfer begünstigt und die auch nicht den Status quo zu erhalten versucht, muß über kurz oder lang zu einer Änderung der jetzigen Verhältnisse führen. Da aber die Unterentwicklung auf einem Abhängigkeitsverhältnis beruht, ist jede Änderung im eigentlichen Sinne revolutionär. Die Worte revolutionär und subversiv bedeuten das gleiche, sie unterscheiden sich nur in ihrem emotionalen Gehalt. Jene, die die Macht innehaben, werden von Subversion sprechen und jene, die unterdrückt sind, von Revolution.

Es wäre interessant zu untersuchen, inwieweit eine objektive Beschreibung der sozialen Wirklichkeit eines unterentwickelten Landes von der betreffenden Regierung akzeptiert wird. Daran ließe sich erkennen, ob sie bereit ist, eine Änderung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Struktur ihres Landes zu unterstützen. Darin unterscheiden sich die einzelnen Regierungen der Dritten Welt. Nicht

alle sind bereit, die Unterentwicklung aufzuheben, weil dadurch ihre eigene Stellung gefährdet wird. Diese Überlegungen gelten nicht nur für die internen Probleme eines Landes, sondern mutatis mutandis für das ganze internationale System.

Senghaas

Die These, wir hätten es in den Ländern der Dritten Welt, soweit sie sich im kapitalistisch beherrschten Weltwirtschaftssystem befinden, mit autonomen Regierungen zu tun, halte ich aus verschiedenen Gründen für falsch. Denn mit diesem Bild wird suggeriert, es gebe so etwas wie einen Nord-Süd-Konflikt, ein "widening gap" zwischen Nord und Süd. Das ist aber nicht der Fall.

Die Struktur sieht vielmehr so aus: Auf der einen Seite gibt es so etwas wie einen internationalisierten Kernbereich. Dazu gehören die Industrieländer sowie die privilegierten Schichten in den Ländern der Dritten Welt, einschließlich eines Teils der sogenannten "Arbeiter-Aristokratie", insbesondere in den multinationalen Firmen. Auf der anderen Seite stehen jene Menschen, die in absoluter Armut leben. Die These von der Autonomie der Länder der Dritten Welt ist also höchst fragwürdig.

Es geht bei dem Konflikt zwischen Nord und Süd um eine anteilmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts zwischen uns und den privilegierten Schichten in den Ländern der Dritten Welt; nicht zwischen uns und den Gesellschaften der Dritten Welt insgesamt.

Thurn

Was verstehen Sie unter privilegierten Schichten?

Senghaas

In Brasilien zum Beispiel sind das circa fünf Prozent der Bevölkerung, immerhin also etwa fünf Millionen Menschen. Man muß dies im Gesamtzusammenhang sehen: Ein Prozent der brasilianischen Bevölkerung hat ein Pro-Kopf-Einkommen von 12000 Dollar, weitere 4 Prozent von 2 000 Dollar pro Jahr. Fünfzehn Prozent der Bevölkerung haben 600 Dollar, weitere dreißig Prozent 200 Dollar und fünfzig Prozent 100 Dollar.

Thurn

Privilegiert ist für Sie also ein Synonym für reich?

Senghaas

Nein, nicht ausschließlich. Hier bedarf es einer präziseren Definition. Es handelt sich um die Menschen, die durch ihre ökonomischen und administrativen Tätigkeiten und nach Bildungsstand, Einkommen, Konsummuster und dergleichen in den von mir genannten internationalisierten Kernbereich eingegliedert sind. Dazu gehört insbesondere die Tätigkeit in multinationalen Firmen in diesen Ländern, vor allem im Rohstoffsektor und in der Importsubstitutions-Produktion. Außerdem gehört die Verwaltung jener ausländischen Industrieunternehmen dazu, die ihre Produktion aus Kostengründen dorthin verlagert haben.

Damit komme ich zur Definition der Unterentwicklung. Die internationale Arbeitsteilung im Rahmen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems hat in den vergangenen Jahrhunderten zum Aufbau zweier völlig verschiedener kapitalistischer Akkumulationsmodelle geführt, nämlich dem metropolitanen und dem peripheren. Das metropolitane Akkumulationsmodell war relativ erfolgreich. Es ist durch die Kombination von drei Faktoren gekennzeichnet: erstens eine enorme Produktivitätssteigerung im landwirtschaftlichen Sektor, zweitens den Aufbau einer Produktionsgüterindustrie in Verbindung mit, drittens, dem Aufbau einer Konsumgüterindustrie für den Massenbedarf.

Der Erfolg war insbesondere dadurch bedingt, daß die Arbeitskraft knapp wurde und daß die Erträge aus den Produktivitätssteigerungen nicht ausschließlich in den Akkumulationsfonds, sondern auch in Reallohnsteigerungen eingegangen sind.

Demgegenüber zeichnet sich das periphere Akkumulationsmodell durch defekte Wirtschaftskreisläufe aus. Innerhalb der klassischen internationalen Arbeitsteilung findet hier die Produktion für den Export auf dem mineralischen und dem landwirtschaftlichen Sektor statt. Gleichzeitig werden Konsumgüter importiert. Was überhaupt nicht existiert, ist ein Investitionsgütersektor, insbesondere fehlt ein Sektor, der Produktionsgüter für den landwirtschaftlichen Bereich herstellt. Gemessen am Entwicklungspotential stagniert der landwirtschaftliche Bereich völlig. Damit geht diesen Ländern

etwas Entscheidendes verloren. In Europa nämlich war die Produktivitätssteigerung im landwirtschaftlichen Bereich für die gesamtkapitalistische Entwicklung in der übrigen Ökonomie von fundamentaler, im Falle Englands sogar von vorgängiger Bedeutung.

Die ungleiche internationale Arbeitsteilung ist dadurch entstanden, daß die dynamischen Industriesektoren, der berühmte Schlüsselsektor für die Produktion von Produktionsgütern oder die Abteilung I, sich in den Industrieländern entwickelt haben, während ihre Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt verhindert wurde. Die Folge eines derart defekten Wirtschaftskreislaufs ist eine systematische Bereicherung der Industrieländer und eine systematische strukturelle Verarmung der Peripherien - woraus eigentlich Ausbeutung resultiert.

Wenn Sie diesen Prozeß durch das 18., 19., 20. Jahrhundert bis heute verfolgen, dann sehen Sie, daß die Art, wie multinationale Firmen diese Gesellschaften, zum Beispiel in Brasilien, durchdringen, dazu führt, daß diese dadurch immer disparater und strukturell heterogener werden. Während sich im metropolitanen Kapitalismus hinsichtlich Produktivitätsniveau, Arbeitsintensität und Profitraten zwischen den einzelnen Sektoren, wenigstens tendenziell, ein Ausgleich vollzieht, werden im peripheren Kapitalismus die internen Strukturunterschiede immer größer. Diesen Prozeß kann man im einzelnen statistisch belegen.

Unterentwicklung bedeutet also die historische Herausbildung einer strukturellen Heterogenität aufgrund der Eingliederung dieser Gesellschaft in eine ungleiche internationale Arbeitsteilung. In bestimmten Sektoren - den berühmten Enklaven - sind diese Gesellschaften zeitweilig dynamisiert worden. Wir sprechen deshalb von Boom-Phasen. Sie wurden aber sofort wieder in die Stagnation gedrängt, wenn die Nachfrage von seilen der Metropole zurückging.

Ein Entwicklungskonzept und eine Entwicklungstheorie ist auf diesem Hintergrund nur sinnvoll zu formulieren, wenn erstens die Produktivität in der Landwirtschaft massiv gesteigert wird, zweitens ein Produktionsgütersektor aufgebaut wird, der Produktionsgüter insbesondere für den landwirtschaftlichen Sektor produziert, und drittens Massenkaukraft durch eine Veränderung der Gesellschaftsformation, die sich unter anderem in einer gerechten Einkommensverteilung niederschlagen würde, geschaffen wird. Unter diesen Voraussetzungen habe ich auch nichts gegen eine zusätzliche Hilfe von außen, im Gegenteil!

Nur durch die Schaffung solcher in sich kohärenten Wirtschaftskreisläufe, die heute nicht vorhanden sind und deren Aufbau durch die weitere Einbeziehung dieser Gesellschaften in eine ungleiche internationale Arbeitsteilung verhindert wird, ist es überhaupt denkbar, daß Entwicklung im Sinne der Befriedigung von Primärbedürfnissen in den nächsten Jahrzehnten stattfindet.

Genau das ist in China geschehen: eine Entwicklung außerhalb des Weltmarktes; keine Integration in den kapitalistischen Weltmarkt durch multinationale Firmen im Bereich der Produktion von dauerhaften Konsumgütern für eine gehobene differenzierte Nachfrage (wie Autos und Elektrogeräte); dafür eine Integration der Industrie in den landwirtschaftlichen Bereich, gefolgt von einer enormen Produktivitätssteigerung gerade in diesem Sektor. Das ist ein völlig andersartiges Akkumulationsmodell, wie Sie sicher nicht bestreiten werden.

Heck

Es gibt Länder, auf die Ihre Beschreibung nicht mehr zutrifft, Herr Senghaas. Ich denke nur an Brasilien, Mexiko, Argentinien und Indien, die über einen ausgedehnten Produktionsgütersektor verfügen.

In Mexiko etwa wirkte sich die Produktion von landwirtschaftlichen Investitionsgütern nachteilig auf die Landwirtschaft aus, weil die Importgüter wesentlich billiger und besser waren. Auf diese Weise hat man die Landwirtschaft noch zusätzlich belastet.

Senghaas

In einigen Ländern, zum Beispiel in Brasilien, Mexiko, Argentinien, Indien, Nigeria und zum Teil in Ägypten werden auch Produktionsgüter hergestellt, aber nicht für den landwirtschaftlichen Sektor, sondern für die Produktion von langlebigen Konsumgütern für den gehobenen Bedarf.

Heck

Das stimmt nicht.

Senghaas

Sehen Sie sich doch die Statistiken an.

Heck

Genau das tue ich ja. Ich habe in Mexiko einige Jahre lang gelebt. Dort gibt es eine ständig steigende Traktorenproduktion, und Traktoren sind üblicherweise für die Landwirtschaft bestimmt.

Senghaas

Aber um was für eine Landwirtschaft handelt es sich dabei? Um Latifundien, wo man Traktoren einsetzt, oder um Minifundien oder um hochmoderne landwirtschaftliche Produktionsbetriebe, die von multinationalen Firmen betrieben werden, wie demnächst durch VW do Brasil im Norden Brasiliens?

Matzke

Das ist doch aber nicht mehr unser Problem, Herr Senghaas. Schon gar nicht hat es etwas mit Ausbeutung zu tun.

Senghaas

Wenn man die Entwicklung der letzten Jahrhunderte verfolgt, ist es relativ uninteressant, Herr Matzke, ob die Engländer, die Franzosen, die Deutschen, die Japaner oder die Amerikaner, die noch vor wenigen Jahrzehnten in diesen Ländern präsent waren, diese noch in der Weise ausbeuten, daß sie Extraprofite in Form von billigen landwirtschaftlichen Produkten oder verbilligten Rohstoffen aus diesen Ländern herausholen. Auch wenn diese Formen der Ausbeutung keine Rolle mehr spielen sollten (sie spielen jedoch immer noch eine entscheidende Rolle): Mein Hauptargument betrifft die ungleiche internationale Arbeitsteilung.

Während sich die Industrieländer auf die Produktion von verarbeiteten Produkten und Investitionsgütern spezialisieren, müssen sich die Entwicklungsländer auf die Produktion von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen konzentrieren. Hinzu kommt die Internationalisierung des Binnenmarktes durch die multinationalen Firmen sowie die Ausnutzung billigster Arbeitskräfte durch die sogenannten "run-away-Industrien", wie Textil, Spielwaren und andere in zum Beispiel freien Produktionszonen. Dies alles bewirkt, daß weiterhin Ausbeutung besteht.

Entscheidend ist der Tatbestand, daß die historisch gewachsene internationale Arbeitsteilung eine Struktur mitproduziert hat, die dazu führt, daß diese Ökonomien und damit die Gesellschaften desintegriert werden. Da die multinationalen Firmen die dynamischsten Bereiche durchdringen, werden diese Gesellschaften weiter nachdrücklich desintegriert und können sich nicht zu einem kohärenten Wirtschaftskreislauf, gerade nicht einmal im Sinne des metropolitanen kapitalistischen Modells, integrieren. Es ist ein statistisch belegbarer Tatbestand, daß die Heterogenität zunimmt. Er kann zum Beispiel mit Input-Output-Tabellen à la Leontieff belegt werden.

Natürlich sind auch die Industriegesellschaften nicht völlig homogen. Es ist aber ein Unterschied, ob das durchschnittliche Produktivitätsverhältnis in den USA zwischen Industrie und Landwirtschaft 1:3 oder wie in Lateinamerika Ende der sechziger Jahre 1:69 beträgt.

Matzke

An Ihren Thesen ist sicher etwas dran, Herr Senghaas. Aber von diesem Tatbestand, der in Veränderung begriffen ist, auf die Ausbeutung zu kommen, ist eine maßlose Übertreibung.

Senghaas

Er ist nicht im Abklingen, er verschärft sich.

Matzke

Das liegt dann in der Verantwortung der Länder, die jetzt autonom geworden sind. Die sollten selbst etwas dagegen tun.

Chacón

Herr Senghaas hat mit der internationalen Arbeitsteilung das Hauptproblem berührt. Die Erdölkrise ist erst der Anfang einer neuen Epoche. Wenn es nicht zu einer Festigung der Rohstoffpreise kommt,

wird die Anarchie schon in der nächsten Zeit immer größer werden. Herr Bauer ist in meinen Augen ein Isolationist, wenn er dieses Problem unterschätzt.

Sogar der Club of Rome hat auf seiner letzten Jahrestagung in Westberlin erkannt, daß die Welt realistisch nur als System miteinander agierender Regionen betrachtet werden kann, deren Kulturen, Traditionen, politische und wirtschaftliche Entwicklungen unterschiedlich sind. Aktionen zur Vermeidung von regionalen Krisen, wie Massenhunger, Epidemien und so weiter, können nur im globalen Kontext erfolgen. Keine Region wird letztlich von der Kette katastrophaler Ereignisse verschont bleiben, wenn sich die Menschheit nicht zu gemeinsamem Handeln aufrafft.

Die Entwicklungshilfe ist nur ein Teil der Handelsbilanz und der Außenpolitik eines Landes. Es gibt hier keine Geschenke, sondern nur langfristige Anleihen, die verzinst werden. Es wird geprüft, ob diese Investitionen lohnen oder nicht. Entwicklungsmodelle dürfen nicht exportiert werden, sondern müssen in den verschiedenen Ländern der Dritten Welt selbst entstehen.

Steeg

Wenn hier von einer neuen Weltwirtschaftsordnung, von einer nicht funktionierenden internationalen Arbeitsteilung, von den schlechten Gebräuchen der multinationalen Unternehmen die Rede ist, dann hat mir bis heute niemand gezeigt, wie eine neue Weltwirtschaftsordnung aussehen soll, die besser funktioniert. Jeder weiß, daß es Mißstände gibt. Aber ich bin davon überzeugt, daß die alte Ordnung trotz aller Mängel immer noch besser ist als Ordnungen, die von Funktionären dirigistisch von oben gelenkt werden.

Es wird häufig gesagt, daß jede weitere Liberalisierung des Handels zu einer Verschlechterung der Situation in den Entwicklungsländern führe. Dies ist eine völlig falsche These. Im Gegenteil: Je mehr generell liberalisiert wird, desto mehr werden auch die Entwicklungsländer davon profitieren. Deshalb kann man den Entwicklungsländern am meisten damit helfen, wenn man den Welthandel soweit wie möglich liberalisiert.

Thurn

Wir kommen jetzt zu unserem dritten Diskussionspunkt, der die Bedingungen betrifft, welche die Industrieländer an die Entwicklungsländer bei der Leistung von Entwicklungshilfe stellen können. Ich sehe drei Kriterien für die Verteilung von Entwicklungshilfe: erstens den Bedarf, zweitens das politische Wohlverhalten und drittens die performance, also die eigenen Anstrengungen.

Böll

Bei den Kriterien ist zu unterscheiden zwischen solchen, die sich auf Art und Bedingungen der Entwicklungshilfe beziehen: Wann geben wir wem was - und solchen, die die Verteilung der Hilfe auf verschiedene Länder betreffen. Ich konzentriere mich im folgenden auf die Verteilungskriterien.

Die Ausarbeitung der jährlichen Rahmenplanung ist ein langwieriger und schmerzhafter Prozeß; denn bei den sehr vielen Anspruchsberechtigten und den zu wenigen Mitteln ist immer wieder eine Revision nötig. Wenn alle Länder, mit denen wir jetzt Beziehungen aufnehmen, Entwicklungshilfe erhalten sollen, haben wir im kommenden Jahr wohl fast ein Dutzend Entwicklungsländer mehr zu bedenken als 1973. Die endgültige Verteilung der Mittel ist dann ein Kompromiß zwischen verschiedenen Gesichtspunkten: Bedürftigkeit, Eigenanstrengung, geografische Nähe, Versuch neuer Schwerpunktbildungen, Beharrungskraft alter eingefahrener Partnerschaften und besondere Engpässe, die zu beseitigen Entwicklungshilfe von außen unerlässlich ist, weil im eigenen Land das erforderliche Wissen in absehbarer Zeit nicht verfügbar sein wird.

Die eigentliche Schwierigkeit sehe ich darin, abstrakte Entwicklungsziele auf der Ebene der konkreten Arbeit konsequent, das heißt logisch ableitbar zu operationalisieren. Das ist bis heute praktisch kaum gelungen.

Für die Entwicklung gibt es das vertikale und das horizontale Entwicklungsmodell. Das vertikale Modell zielt auf eine Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft - jetziger Prägung - ab. Man hofft dabei, daß sich der "wirtschaftliche Fortschritt" nach dem Muster der Industrieländer allmählich ausbreiten wird, und zwar in der Welt insgesamt und auch in jedem einzelnen Land.

So zielt beispielsweise das brasilianische Modell darauf ab, zunächst in den Metropolen Wachstum um jeden Preis zu fördern. Die Verteilung des Wohlstandes über das ganze Land werde, so glaubt man, dann von selbst kommen. Wenn also die Metropolen eines Tages abgesättigt sind, wird man in die Peripheriebereiche gehen. Aber erstens funktioniert es so nicht und zweitens bestimmt nicht so

schnell, wie es notwendig wäre, um erhebliche Opfer unter den ganz Armen zu verhindern. Zwar macht man auch Versuche in armen Gegenden, aber ohne rechten Erfolg.

Zudem hat sich auch in Europa gezeigt, daß der Fortschritt nicht eine automatische Folge der Segnungen des Kapitals ist, wenn man es nur seinem Rentabilitätsstreben überläßt. Auch dafür bietet Brasilien ein anschauliches Beispiel. So ziehen Steuererleichterungen für den Nordosten von Brasilien nicht, was man erreichen wollte, arbeitsintensive Industrien dorthin, sondern kapitalintensive. Der Staat müßte gegensteuern, also erst die Voraussetzungen schaffen, damit in benachteiligten Regionen ein Ausbreitungseffekt erreicht wird. Dazu ist er aber zu schwach, das heißt abhängig von den Wachstumsinteressen der großen Unternehmungen, aber auch von alten Strukturen.

Deshalb stellt das zweite Entwicklungsmodell auf horizontale Wirkungen ab, das heißt auf die Stärkung von örtlichen Ansätzen. Sogar unter bewußter Abschirmung der Peripherien von Einflüssen der hochentwickelten Zentren und deren Übermacht im ökonomisch-kulturellen Feld. Der Grundgedanke ist - eines der Prinzipien des chinesischen Modells;- , alles zu tun, was den Selbsthilfewillen und die Selbsthilfechance in der Breite, in jeder Region, jedem Dorf stärkt auf Kosten schneller "Modernisierung" des Lebens und des Konsumstils in den städtischen Produktionszentren. Doch ist dieses Konzept der Gegensteuerung außerhalb brutal gelenkter zentralistischer Regime großen Widerständen ausgesetzt und nur selten erfolgreich.

Was die Bundesregierung angeht: Wir haben kein starres Entwicklungsmodell. Unsere Konzeption besteht aus einer Reihe von auf dem Kompromißwege zwischen den Ressorts ausgehandelten Grundsätzen und Empfehlungen, bestimmte Tendenzen zu unterstützen und andere möglichst zu vermeiden. Wir setzen uns in unserer Konzeption jedoch weder mit dem vertikalen noch mit dem horizontalen Modell explizit auseinander. Das kann man von einem Ressort wohl auch kaum erwarten, das sich im Interessensdschungel der eigenen Gesellschaft behaupten muß und flexibel auf die Kooperationsangebote souveräner Regierungen in Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zu antworten hat. Es würde mich aber interessieren, wie Herr Senghaas sein Modell für die tägliche Praxis der Entwicklungshilfe operational machen will.

Wir sind uns einig, daß unsere Entwicklungshilfe schon vom Umfang her im allgemeinen für das jeweilige Partnerland nur eine marginale Bedeutung hat - bei sehr kleinen Gesellschaften kann der Einfluß größer sein. Die Anstrengungen der Selektion müssen zweifellos von den Ländern selbst kommen. Man muß dieses Verhalten auch auf dem Hintergrund der ungleich wirksameren kommerziellen Einflüsse sehen. Die Vorstellungswelt der an Warendistribution und Medien angeschlossenen Massen, das Verhalten "verwestlichter" Kader, Absorption von Kaufkraft zugunsten von Konsum wird nicht unerheblich von Warenangebot, Reklame und Filmen, Fernsehdarbietungen und letztlich der tatsächlichen "Vorbildhaftigkeit" von Touristen und Besuchern stimuliert - nicht in Richtung auf Selbsthilfe.

Herr Thurn nannte neben dem Bedarf, der vorhanden sein muß, die performance, also die Eigenanstrengungen, als Kriterium für die Verteilung der Entwicklungshilfe. Aber wie soll man das performance-Kriterium messen? Beim Pro-Kopf-Einkommen und beim Bruttosozialprodukt - wie unsolide die Statistiken auch immer sein mögen - hat man wenigstens die Illusion, einen einigermaßen objektiven Maßstab zu besitzen. Wenn Regierungen uns plausibel machen können, daß das, was sie mit unserem Geld machen wollen, in etwa vernünftig und machbar ist, geben wir nach entsprechender Prüfung unsere Zustimmung.

Es ist zweifellos ein Systemfehler unserer technischen Zivilisation, daß die Tatsache der Meßbarkeit über die Brauchbarkeit und damit über die Anwendung von Kriterien bestimmt. Dabei weiß jeder, wie problematisch Größen wie Bruttosozialprodukt und Pro-Kopf-Einkommen sind. Unter anderem hat der Präsident der Weltbank oft darauf hingewiesen. Gegen die unsinnigen Konsequenzen solcher Herrschaft von "objektiven" Meßgrößen helfen dann nur politischer Mut und politische Phantasie, also oft verlästerte "unwissenschaftliche" Größen - auch in der Entwicklungspolitik.

Die Entwicklungshilfe ist in den meisten Fällen projektorientiert. Die Gesamtwirkung eines Projekts einschließlich aller Nebenwirkungen, auch der nicht beabsichtigten Wirkungen, lassen sich im voraus zumeist nur schwer abschätzen. Eine Maßnahme kann lokal geeignet, aber für die Volkswirtschaft als Ganzes von Nachteil sein. Sie kann kurzfristig von Nutzen, aber langfristig schädlich sein oder umgekehrt. Außerdem sind Projekte Gemeinschaftsaktionen, lebende Vorgänge, die ihre eigene Geschichte entwickeln. Viele Regierungen, mit denen wir es zu tun haben, stehen unter dem Zwang kurzfristiger Erfolgsnachweise. Gelegentlich sind sie bereit, manchen Unsinn zu fordern, wenn kurzfristig auch nur der Schein eines Vorteils daraus resultiert. Denn in der Politik zählt ja häufig eher, an was die Leute heute glauben, als das, was langfristig sinnvoll ist.

Auch ändern sich Prioritäten aus guten Gründen. Die Bundesregierung ist zum Beispiel daran interessiert, die Landwirtschaft stärker zu fördern. Wir haben es aber mit Regierungen zu tun, die keineswegs bei dieser Priorität bleiben. So hat noch Minister Eppler mit einem großen Entwicklungsland ein umfangreiches flächendeckendes Landwirtschaftsprojekt vereinbart. Jetzt kommt die Partner-Regierung und meint, das könne man zur Not auch alleine machen. Viel wichtiger sei, daß wir bei der Kohleverflüssigung helfen, damit die gewaltigen Verluste, die durch die Verteuerung des Öls entstanden sind, verringert werden können. Verständlich. Da steht man dann vor viel Unvorhergesehenem. Mit abstrakten allgemeinen Grundsätzen läßt sich dabei nichts ausrichten.

In vielen Fällen fehlt es uns Industrieländern auch an geeigneten Lösungsangeboten. Was nutzt es beispielsweise, wenn man in einem Land fünf Krankenhäuser nach unserem Muster mit erheblichem Aufwand und entsprechenden Unterhalts- und Folgekosten errichtet, in denen die kompliziertesten Krankheiten kuriert werden können, wenn es eigentlich viel wichtiger wäre, in jedem Dorf des Landes die drei häufigsten Krankheiten auszurotten. Was nützt es, wenn wir Atomkraftwerke oder zentrale Kraftwerksanlagen bauen können, wo Kleinkraftwerke viel geeigneter wären, die bei uns aber nicht ausreichend weiterentwickelt worden sind?

Die exportfähige Produktion unserer Wirtschaft ist auf die Bedürfnisse der Mittelschichten in konsumorientierten Gesellschaften ausgerichtet. Deshalb sind wir häufig gar nicht in der Lage, Lösungen für Versorgungs- und Beschäftigungsprobleme einkommensschwacher Massen anzubieten, Lösungen, welche für Entwicklungsländer vordringlich sind. Hier muß der Bedarf der Entwicklungsländer von diesen selbst - oft mit unserer Hilfe - neu definiert und identifiziert werden. Lösungen, die den Selbsthilfemöglichkeiten der Partner angepaßt sind, müssen erfunden, erprobt und bereitgestellt werden.

Auf der anderen Seite geraten wir mit unseren guten Ratschlägen immer wieder in Konflikte, wenn ein Entwicklungsland von uns, sagen wir, Lokomotiven mit zwei Führerhäusern, Funkausrüstung und induktiver Zugsicherung haben will und wir dann darauf hinweisen, daß einfachere Lokomotiven in diesem Falle völlig ausreichen würden. Dann heißt es: Wenn ihr uns die wirklich guten Sachen nicht geben wollt, kaufen wir eben woanders. Die Folge ist, daß uns die Arbeiter unserer Lokomotivfabriken, die ohnehin in einer schwierigen Lage sind, unter Druck setzen.

Wir haben es mit souveränen Regierungen zu tun, die aber keineswegs immer unabhängig sind. An ihnen kann zwischenstaatliche Entwicklungspolitik nicht vorbeigehen. Auch unsere Regierung muß Rücksichten nehmen: innen- und außenpolitisch - wenn ich etwa an die Einwirkungen unseres großen Bruders in Washington oder an die Interessen unserer europäischen Nachbarn im Lauf der Geschichte der Entwicklungshilfe denke. Natürlich ist niemand heute noch unabhängig, aber das letzte bißchen Weltordnung, das einigermaßen geregelte Kommunikation zwischen Staaten ermöglicht, basiert auf der Fiktion, daß es autonome Regierungen gibt, die für ihr Land voll verantwortlich sind und sein können.

Wir können auf unsere Partner zur Durchsetzung unserer Kriterien von Entwicklung kaum Druck ausüben, sondern höchstens die Hilfe oder die Erfüllung einzelner Wünsche verweigern. Niemand kann uns zwingen, Geld für Vorhaben zu geben, die uns nicht sinnvoll erscheinen.

Wir müssen oft auch Illusionen über unsere Möglichkeiten und unsere eigenen Institutionen zerstören. So meinen viele Entwicklungsländer, beispielsweise die deutsche Schul-, Universitäts- und Berufsausbildung sei uneingeschränkt nachahmenswert und unbegrenzt exportfähig. Wenn wir sie über die Probleme eben dieser einmal so fortschrittlichen Bildung und Ausbildung aufklären, dann ist das zwar nicht im Sinne einer heute überholten älteren Vorstellung von auswärtiger Kulturpolitik - die war darauf ausgerichtet, Deutschland im Ausland als groß, schön und perfekt zu verkaufen;- , aber im Sinne einer richtig verstandenen Entwicklungspolitik, die den Partner auch über problematische Seiten von Elementen der Modernisierung aufklären muß, Selbstkritik also mitzuliefern hat.

Hier wird der Konflikt zwischen kurz- und langfristigen Interessen deutlich. Im kurzfristigen Interesse mag es vielleicht liegen, die Leute mit der Überzeugung nach Hause fahren zu lassen, sie könnten eindrucksvolle deutsche Institutionen und Verfahren ungestraft übernehmen. Langfristig schlägt aber das Pendel um so stärker zurück, je mehr die hohen Erwartungen enttäuscht werden. Dies gilt für alles, was wir anbieten. Es muß in kritischer Verpackung und mit distanzierender Gebrauchsanweisung geliefert werden.

Überleben wird, wer einen langen Atem hat. Das gilt vornehmlich für die Definition unserer "Eigeninteressen". Natürlich muß man sich auf dem Weltmarkt behaupten. Aber ich frage immer wieder vor allem die Großfirmen, die es sich leisten können, in langen Fristen zu denken: Ist es nötig, jede Schwäche eines Entwicklungslandes auszunutzen, nur um einen Auftrag anzubringen? Ist es

erforderlich zu schmieren, nur weil die anderen auch schmieren? Wird durch einige Aquisitionsmethoden nicht das, was wir im internationalen Gespräch und in der Beratung von Regierungen langsam aufzubauen versuchen, wieder zerstört?

Erstaunlich, wie viele Zwischenträger manchmal an Aufträgen beteiligt sind und verdienen und mit welchen Methoden sie arbeiten. Ist man für die Vermittler nicht verantwortlich? Oder ist es etwa für eine Consulting unzumutbar, einen wichtigen Tatbestand an den Auftraggeber weiterzumelden, nur weil er zur Aufgabe eines Projekts und damit eines lukrativen Auftrags führen kann? Wir brauchen einen internationalen Verhaltenskodex im Entwicklungsgeschäft.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir es mit schwachen Regierungen zu tun haben, die gegen Verführungen oft einfach machtlos sind. Der Gesichtspunkt: Wenn wir es nicht tun, dann machen es die anderen, die Franzosen oder die Engländer, ist eine gefährliche Art der Gewissensberuhigung. Ich meine, auch in den gegenwärtig schwierigen Zeiten wird auf lange Sicht derjenige die besten Geschäfte machen, der nicht nur Qualität liefert, sondern auch von lohnenden Geschäften Abstand nimmt, um der wohlverstandenen Interessen unerfahrener Partner willen. Es gibt Gott sei Dank eine gute Zahl auch solcher Geschäftsleute.

Besonders betrübt bin ich, wenn ich in Diskussionen mit Arbeitnehmerfunktionären in diesem Zusammenhang gelegentlich höre: Hier geht es schließlich um unsere Löhne und Aufträge. Sollte die paritätische Mitbestimmung eingeführt werden, steht zu befürchten, daß auch Arbeitnehmervertreter Firmeninteresse und Branchensolidarität höher bewerten als die Einsicht in entwicklungspolitische Erfordernisse. Erfreulicherweise verstärken die Gewerkschaften zur Zeit ihre Aufklärungsarbeit.

Ausnutzung von Schwäche ist es auch, einem Land, das unter dem Zwang steht, Arbeitsplätze zu schaffen, eine Ausnahmegesetzgebung im Interesse einer eigenen Filiale abzurufen. Selbst ein revolutionärer Staat in Lateinamerika mußte für eine große deutsche Firma praktisch ein Sondergesetz erlassen, damit bestimmte Rechte für Arbeiter in ihren Betrieben nicht zum Zuge kommen konnten. So etwas ist kurzsichtig.

Die Entwicklungspolitik zwingt uns, sich auch mit den inneren Strukturen von Gesellschaften in der ganzen Welt zu befassen. In diesem Sinne ist sie, überspitzt gesagt, eine der bedeutendsten Volksbildungsveranstaltungen nach dem Zweiten Weltkrieg geworden. Vielleicht wirkt sich eines Tages das, was hier an Einsichten gesammelt wird, durchaus existenzhaltend auf die Orientierung unserer eigenen Wirtschaft aus, wenn die Wirtschaft nämlich noch mehr gezwungen sein wird, sich den Bedürfnissen der Entwicklungsländer anzupassen, als das jetzt schon zutage tritt. Als Entwicklungspolitiker betrachte ich in diesem Sinne die Ölscheichs als meine Verbündeten, auch wenn ich mit einzelnen ihrer Entscheidungen nicht ganz einverstanden bin.

Schunck

Sie sprechen die Schwierigkeiten der deutschen Entwicklungspolitik an, Herr Böll, die durch die Interessenvertretung der sozialen Gruppen in der Bundesrepublik angeblich verursacht werden und die letztlich auf eine Einschränkung der autonomen Entscheidungen der Regierung hinauslaufen.

Ich räume zunächst ein, daß manche Betriebsräte sich so nachhaltig für die Auftragsbeschaffung im Interesse ihrer Unternehmen verwenden, daß auch der IG Metall dies in einigen Fällen bedenklich erscheint. Daher hat Herr Loderer vor kurzem gegenüber vier Bundesministerien klargestellt, daß Betriebsräte, die ohne vorherige Abstimmung mit dem IG Metall-Vorstand solche Anliegen vertreten, im eigenen Namen handeln und in diesen Fällen nicht als Vertreter der IG Metall gelten. Obwohl immer wieder von der Gewerkschaftsmacht und der gewerkschaftlichen Zentralisierung gesprochen wird, zeigt dies doch, daß zum Beispiel die Betriebsräte sich unabhängig genug fühlen, um solche Aktivitäten im Unternehmensinteresse zu entwickeln, die bei der Organisation durchaus auf Zurückhaltung stoßen.

Was mich überrascht ist, daß Sie, Herr Böll, die Mitbestimmung in diesem Zusammenhang in derartig negativer Weise erwähnen. Sie unterstellen unumwunden, daß die Arbeitnehmervertreter in Zukunft dann auch noch auf der Gegenseite anzutreffen sind, weil die Firmen- und Branchensolidarität größer sei als die Einsicht in die Entwicklung politischer Erfordernisse. Für die deutschen Gewerkschaften ist die Mitbestimmung ein Mechanismus zur Regelung konkurrierender Interessen. Jeden Versuch, sie im Sinne von Interessenharmonie fehl zu interpretieren, muß ich zurückweisen.

Ich meine aber auch, Herr Böll, daß die sogenannten entwicklungspolitischen Erfordernisse stets auch mit den Interessen der Arbeitnehmer im Inland in Einklang gebracht werden müssen. Da gibt es kein Entweder-Oder, sondern nur eine vernünftige Abwägung.

Was Ihren Hinweis auf die gefürchtete Branchensolidarität angeht, so darf ich Sie hier auf die Veröffentlichungen der IG Metall hinweisen, die gegen paritätische Branchenräte mit politischer Hoheitsgewalt gerichtet sind. Diese Position ist seit langem bekannt, und wir sollten daher über solche Zweifel erhaben sein.

Hemmer

Sie sprechen vom performance-Test, Herr Böll, der besagt, daß man den tatsächlichen Zustand mit einem normativen vergleicht. Was nehmen Sie aber als Norm? Sie können doch nur darüber spekulieren, in welcher Lage sich die Entwicklungsländer ohne Hilfe befinden würden.

Die gleiche Kritik richte ich gegen Herrn Bauer, wenn er behauptet, die Entwicklungshilfe habe nichts bewirkt. Diese Aussage beinhaltet ebenfalls einen unzulässigen performance-Test, weil er überhaupt nicht auf die ohne Hilfe zustande kommende Alternativentwicklung eingeht. Vielleicht würde es den betreffenden Ländern noch schlechter gehen, wenn sie keine Hilfe bekommen hätten, und dann wäre die Hilfe sinnvoll gewesen.

Kreye

1970 ist die Weltbevölkerung auf 3,5 Milliarden Menschen geschätzt worden, von denen ungefähr 1,8 Milliarden in den unterentwickelten Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas lebten, China "nicht eingerechnet. Von diesen 1,8 Milliarden Menschen lebten ungefähr ein Drittel im entwickelten Sektor, zwei Drittel dagegen im unterentwickelten Sektor, also unter Bedingungen äußerster Armut und des Elends. Bei der Entwicklungshilfe geht es vorrangig darum, die Bedingungen dieser ärmsten 1,2 Milliarden Menschen zu verbessern.

Herr Böll sagte, das letzte bißchen Weltordnung, das noch existiere, basiere auf der Fiktion, man habe es mit handlungsfähigen Regierungen zu tun. Dem widerspreche ich nicht, würde aber hinzufügen: Das letzte bißchen Weltordnung beruht auch auf der Fiktion, daß die Welt so weiterbestehen wird wie bisher. Das wird jedoch kaum der Fall sein, wenn Armut und Elend so wie in den letzten zwanzig Jahren zunehmen.

Diese Erkenntnis aber, so hieß es hier, sei in der täglichen Arbeit nicht operationalisierbar, selbst wenn man das Beispiel Chinas oder andere Modelle vor Augen habe. Die Welt kann jedoch auf die Dauer so nicht weiterexistieren, weil die Widersprüche ein solches Ausmaß annehmen werden, daß sie vermutlich Kriege auslösen.

Ich möchte deshalb folgenden Vorschlag machen. Es sollte untersucht werden, was für ein ökonomischer Aufwand nötig wäre, um die Dinge zu produzieren, die notwendig sind, um die Primärbedürfnisse jener 1,2 Milliarden Menschen zu befriedigen, die im Hunger und Elend leben. Es ist klar, daß diese Probleme nicht unter Beibehaltung der herkömmlichen Produktions-, Techno- und Konsumtionsstrukturen gelöst werden können. Worauf es ankommt ist, eine Technologie zu entwickeln, mit deren Hilfe Arbeitskräfte in den unterentwickelten Ländern in den Produktionsprozeß einbezogen werden könnten.

Auf einen Katalog der Primärbedürfnisse wird man sich relativ schnell einigen können. Denn es ist ohne große Schwierigkeiten definierbar, was an Nahrungsmitteln, Textilien, Unterkunft, medizinischer Versorgung und so weiter notwendig ist, damit Menschen als Menschen leben können.

Matzke

Und wie soll ein solches Programm in die Praxis umgesetzt werden?

Kreye

Das ist das politische Problem.

Thurn

Ich bin nur erstaunt, Herr Kreye, daß Sie über die Produktionsstruktur und die Technostruktur sprechen, die es ermöglichen sollen, 1,2 Milliarden Menschen anständig zu versorgen, aber nicht die Frage aufwerfen, welche Wirtschaftsordnung denn am besten geeignet ist, diese Leistungen hervorzubringen.

Bauer

Die Tatsache, daß es einer Reihe von Ländern trotz Auslandshilfe immer noch schlecht geht, ist an sich kein Beweis für die Unwirksamkeit der Hilfe. Offenkundig ist jedoch, daß viele der Pläne, die für die Auslandshilfe aufgestellt wurden, falsch sind, etwa daß vier oder fünf Jahre Auslandshilfe ausreichen würden, die Probleme dieser Länder zu lösen.

Wie kann Entwicklung gemessen werden? Ich bin mir der methodologischen Probleme voll bewußt. Wenn hier bemängelt wurde, es gebe keine Theorie der Entwicklung, so bin ich der Meinung, daß es eine solche Theorie gar nicht geben kann, die vergleichbar wäre etwa der Theorie des Oligopols oder der Theorie der Nachfrage. Wirtschaftliche Entwicklung und materieller Fortschritt sind ein Aspekt der historischen Entwicklung von Gesellschaften. Und genauso wie es nie eine gültige Geschichtstheorie im eigentlichen Sinne des Wortes gegeben hat, kann es auch keine Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung geben.

Wir können zum Beispiel feststellen, daß sich innerhalb der Minderheiten wiederum besonders produktive Minderheiten befinden. Wenn versucht wird, deren Aktivitäten einzuschränken, verlangsamt sich der materielle Fortschritt. Wir können auch sagen, daß sich der materielle Fortschritt, historisch gesehen, stets von den relativ fortgeschrittenen Ländern zu den weniger entwickelten ausgebreitet hat. Es ist daher zu erwarten, daß Maßnahmen, welche diese Kontakte einschränken, die wirtschaftliche Entwicklung und den materiellen Fortschritt verlangsamen.

Ich stimme mit Herrn Heck überein, daß überall ungeeignete Modelle verwendet werden, die von außen kommen. Diese Modelle dienen den politischen, gesellschaftlichen und administrativen Interessen der städtischen Bevölkerung - also den Akademikern, Staatsbeamten und Politikern;- die einen weit größeren Einfluß als die Landbevölkerung hat.

Herr Böll sagte in seinem ersten Beitrag, unser Wohlstand habe wesentlich damit zu tun, daß wir andere Länder wirtschaftlich ausgebeutet haben. Aber einige der reichsten Länder besaßen nie Kolonien, zum Beispiel Kanada, die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Im Gegenteil, die Vereinigten Staaten waren viel länger Kolonien Großbritanniens als die afrikanischen Länder. Es ist sicher richtig, daß Länder zu Kolonien werden, wenn sie arm sind. Aber sie sind nicht arm, weil sie Kolonien waren.

Politischer Kolonialismus ist klar zu definieren; er liegt vor, wenn die Regierung eines Landes Weisungen von der Regierung des Mutterlandes entgegennehmen muß. Wirtschaftlicher Kolonialismus dagegen, wie er aus den Worten von Herrn Senghaas zu verstehen war, ist ein ganz vager Begriff.

Senghaas

Nach Leontieff kann man eine Input-Output-Matrix aufstellen. Die einschlägigen Untersuchungen belegen meine These.

Bauer

Mag sein. Aber Afghanistan zum Beispiel ist ein äußerst armes Land, das nie eine Kolonie war. In Ihrem Modell, mit dem Sie die Bedeutung der Produktionsgütererzeugung hervorheben, lassen Sie völlig die Konsumentenwünsche oder die Produktionskosten außer acht. Sie sollten nicht übersehen, daß eine Wirtschaft aus Menschen besteht, deren Bedürfnisse sie befriedigen muß und deren Fähigkeiten und Motivationen ihre Leistungskraft bestimmen. Sie erwähnten die Einkommensunterschiede in Brasilien. Sie wiesen aber nicht darauf hin, daß Brasilien ethnologisch gesehen ein ungeheuer heterogenes Land ist. Dort leben Libanesen, Japaner, Deutsche; ungefähr sechzig Prozent der Bevölkerung sind Neger.

Senghaas

Welchen Einfluß hat das?

Bauer

Sie können die wirtschaftlichen Fragen nicht erörtern, ohne auf die ethnologischen Merkmale Bezug zu nehmen.

Malaviya

Herr Bauer, dann sagen Sie doch gleich, daß es gewisse Arten von Völkern in dieser Welt gibt, die für eine Entwicklung nicht geeignet sind. Ihre Feststellungen enthalten ein Wertesystem. Es sind hier

Mitglieder dieser Länder anwesend, die eine solche Betrachtungsweise nicht anerkennen können. Ihre Intellektuellen spielen vielleicht dieses Spiel mit. Ich bin jedoch nicht bereit, mich auf ein Spiel einzulassen, bei dem Sie die Völker beurteilen und bewerten. Warum sagen Sie nicht, daß Sie der Meinung sind, Brasilien sei zu einer Entwicklung nicht fähig, weil es eine gemischte Gesellschaft aufweist?

Bauer

Ich habe keineswegs behauptet, daß diese Menschen zur wirtschaftlichen Entwicklung unfähig sind.

Ich möchte noch ein Wort zur Frage des Selbstbewußtseins, der Identität dieser Menschen sagen. Ich weiß nicht, was dieses Problem etwa mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun hat. In Nigeria gibt es zum Beispiel sechzig verschiedene Stämme. Kein Nigerianer wird sich, wenn er offen spricht, als Nigerianer bezeichnen, sondern er wird sagen, er sei ein Ibo, ein Hausa und so weiter. Ich weiß deshalb weder, was diese Identität bedeuten soll, noch inwiefern sie eine Bedingung für materiellen Fortschritt ist.

Was die terms of trade angeht, so ist dies wiederum ein Versuch, äußere Einflüsse für die Rückständigkeit eines Landes verantwortlich zu machen. Die ärmsten Länder in der weniger entwickelten Welt haben jedoch praktisch keine wirtschaftliche Verbindung nach außen. Deshalb sehe ich nicht, wie sie von den terms of trade betroffen werden können. Ich denke etwa an Afghanistan, Äthiopien, Nepal und viele andere Länder. Natürlich will jedes Land die terms of trade für sich verbessern, indem es die Preise für seine Leistungen erhöht.

Malaviya

Ich behaupte, Herr Bauer, daß die vom Kolonialismus geprägten Intellektuellen in den entwickelten Ländern unfähig sind, die Probleme richtig zu sehen. Das reicht bis in die Wissenschaft hinein. Deshalb bin ich der Meinung, daß die Entwicklungshilfe in ihrer heutigen Form nicht ein Instrument der Befreiung vom Kolonialismus ist, sondern nur dazu dient, den Übergang vom Kolonialismus zum Neokolonialismus zu vollziehen. Entwicklungshilfe, wie sie heute betrieben wird, ist eine Illusion - aber nicht für die Reichen, sondern für die Armen, wenn sie glauben, sich mit der Hilfe aus ihrer schlechten sozialen und ökonomischen Lage befreien zu können.

Dazu drei Bemerkungen. Erstens: Die Wissenschaften in den entwickelten Ländern müssen ihre Denksysteme daraufhin untersuchen, wie weit sie noch von kolonialistischen Überzeugungen geprägt sind. Diese Denksysteme und Wertvorstellungen müssen so verändert werden, daß die Wissenschaften allmählich zu einer sozialen Symmetrie gelangen, die heute nicht gegeben ist.

Zweitens bin ich der Meinung, daß die Entwicklungshilfe nur dann verändert werden kann, wenn in den industrialisierten Zentren die karitativ organisierten Spendensammlungen für die Entwicklungsländer völlig eingestellt werden. Als einer, der aus der Dritten Welt kommt, bin ich der Meinung, daß die multinationalen Konzerne und deren Generaldirektoren nicht so viel Schaden anrichten, wie die Spendensammlungen, die die Kirchen heute in den Industrieländern durchführen.

Drittens bleibt die Entwicklungshilfe so lange eine Illusion, wie unsere Denkmodelle auf einem Wertsystem aufbauen, das nur an den Interessen derjenigen ausgerichtet ist, die in den Zentren der entwickelten Gebiete leben.

Sohn

Herr Bauer, der als extremer Liberaler Entwicklungspolitik prinzipiell für erfolglos hält, ist sicherlich in der Lage, ein Alternativkonzept zu entwickeln, das zeigt, wie dieselben Ziele, die wir mit der Entwicklungshilfe verfolgen, auf einem anderen Weg erreicht werden können. Sonst würden wir uns als moderne Darwinisten verhalten und nur den Entwicklungsländern, die fähig sind, sich selbst zu entwickeln, eine Chance geben, während wir den anderen, die dazu nicht in der Lage sind, sagen: Daran seid Ihr selber schuld.

Ich bin jedenfalls der Auffassung, daß wir Entwicklungshilfe, und zwar gerade in Form der öffentlichen Leistungen, auch weiterhin einer großen Zahl von Ländern gewähren müssen. Es gibt zu dem, was wir hier tun, bisher keine Alternative.

Allerdings müssen wir auch unseren Erwartungshorizont reduzieren. Wir können mit der öffentlichen Entwicklungshilfe nicht mehr annähernd die Erwartungen verknüpfen, die noch die Pearson-Kommission damit verband. Schließlich ist es erforderlich, Entwicklungshilfe stärker auf die strukturellen Unterschiede der einzelnen Entwicklungsländer abzustellen. Dabei müssen wir auch

künftig die Partner auf der anderen Seite, also die Regierungen, anerkennen; denn mit wem sonst sollen wir verhandeln? Welche Länder wir aber für eine enge, entwicklungspolitische Zusammenarbeit auswählen, diese Entscheidung muß uns selbst überlassen bleiben.,

Außerdem halte ich es für wichtig, daß die Geberländer eine eigene entwicklungspolitische Konzeption erarbeiten, um die Entwicklungshilfepolitik so rational wie möglich zu gestalten.

Ich stimme Herrn Garzón Valdés zu, daß Entwicklungshilfepolitik im Prinzip subversiv ist. Sie ist darauf angelegt, bestehende Strukturen, insbesondere bestehende Machtstrukturen, zu verändern, wenn nicht gar zu beseitigen. Wir werden stärker darauf achten müssen, daß die Situation gerade der ärmsten Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern durch die Hilfe verändert wird. Deswegen ist zu prüfen, ob die Partner, das heißt die Empfänger der Hilfe, so autonom sind, daß sie die Bedingungen für unsere Hilfeleistung in eben diesem Sinne erfüllen.

Darüber hinaus muß die Entwicklungshilfe in stärkerem Maß als bisher mit den verschiedensten Instrumenten arbeiten. Was für Afghanistan richtig ist, gilt sicher nicht für ein Land wie Indonesien oder für Korea. Entsprechend der jeweiligen Situation in den einzelnen Empfängerländern müßten sich die Leistungen der Entwicklungshilfe in Umfang und Qualität unterscheiden. Das ist eine schwere Aufgabe, bei der uns die Wissenschaft bisher noch recht wenig geholfen hat.

Auch die Zielsetzung, die wir mit der Entwicklungshilfepolitik verbinden, muß klarer definiert werden. Wenn wir zudem noch bedenken, daß wir künftige Entwicklungshilfe wohl unter extrem veränderten internationalen Bedingungen leisten müssen, dann haben wir so ungefähr den Rahmen abgesteckt, in dem wir die Frage "Entwicklungshilfe - eine Illusion?" beantworten können. Entwicklungshilfe ist dann keine Illusion, wenn wir unsere Erwartungen, die wir an sie stellen, reduzieren und den veränderten internationalen Bedingungen anpassen.

Thurn

Herr Sohn bezeichnete Herrn Bauer eben als einen extremen Liberalen. Ich habe Vorjahren in einem Gespräch mit Herrn Bauer irgend jemanden extrem genannt, worauf Herr Bauer sagte: Sie sollten mit dem Begriff "extrem" vorsichtig umgehen. Man kann nur extrem richtig oder extrem falsch liegen. Ich vermesse mich nicht zu sagen, wer in dieser Diskussion extrem richtig und wer extrem falsch lag.

Über die Definition der Entwicklungshilfe haben wir uns wohl im großen und ganzen geeinigt. Sie beinhaltet den Transfer von Mitteln zu concessional terms aus Steuergeldern, sowie Handelshilfe ohne Auflagen, aber mit der Möglichkeit, die Hilfe unter bestimmten Umständen zu verweigern.

Das Ob der so definierten Entwicklungshilfe wurde von Herrn Bauer entschieden in Frage gestellt. Ich habe bei dem einen und dem anderen Teilnehmer ein gewisses Verständnis für diesen Standpunkt gefunden. Aber die Mehrheit hier ist für die Fortsetzung der Entwicklungshilfe, wobei die Form den Verhältnissen oder der Lage in den Entwicklungsländern angepaßt werden kann. Konkrete Lösungen, wie das geschehen soll, sind nicht geboten worden. Sie sind wahrscheinlich auch schwer zu finden.

Wir waren uns offenbar alle einig, daß die Entwicklung nicht primär vom Geldtransfer abhängt, sondern von den Verhaltensweisen und von den Institutionen in den Entwicklungsländern selbst. Ich füge noch hinzu, daß die Teilnehmer aus den Entwicklungsländern selbst sehr große Vorbehalte gegenüber der Entwicklungshilfe in ihrer derzeitigen Form äußerten. Diese Vorbehalte werden die Industrieländer nicht abhalten, die Entwicklungshilfe in der gleichen oder nur geringfügig abgeänderten Form fortzusetzen.

Körber

Wir stehen am Schluß eines sehr kontroversen Gespräches. Die Gegensätzlichkeit der hier vertretenen Standpunkte täuscht nicht darüber hinweg, daß wir auf die Tatsache der sich verschärfenden Unterentwicklung in großen Bereichen der Welt eine Antwort finden müssen. Diese Antwort kann keine ideologische, sie muß eine praktisch machbare sein.

Die gegenseitige Abhängigkeit von industriegütererzeugenden und rohstoffbesitzenden Ländern wird sich noch verstärken. Hinzu kommt die Verpflichtung beider, denjenigen Ländern zu helfen, die weder über Rohstoffe noch über ein Industriepotential verfügen. Ein Rezept für die Lösung dieser Probleme hat unsere Diskussion nicht erbracht, wohl aber konnten wir feststellen, daß das System der bisher geleisteten Entwicklungshilfe diese schwierige weltweite Aufgabe nicht bewältigt.

Um einer Lösung näherzukommen, wird sich der nächste, der 50. Gesprächskreis im März dieses Jahres mit dem Thema befassen: "Kooperation oder Konfrontation - Stürzt die Wirtschaft in eine

weltpolitische Krise?" (Referent: Bundeskanzler Helmut Schmidt, Bonn; Diskussionsleiter: Ministerpräsident Gaston Thorn, Luxemburg.)